



Landtag von Baden-Württemberg

84. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 28. November 2013 • Kunstgebäude

Beginn: 9:32 Uhr

Mittagspause: 14:34 bis 16:00 Uhr

Schluss: 17:27 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	5031	b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0 – Drucksache 15/3460	5053
1. Aktuelle Debatte – EnBW-Deal: Zuerst Verfassungsbruch der CDU-Regierung und nun 780 Millionen € zu viel. Schaden für das Land jetzt gemeinsam abwenden! – beantragt von der Fraktion GRÜNE.	5031	Abg. Dr. Patrick Rapp CDU.	5053, 5082
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	5031, 5039	Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	5054
Abg. Alexander Throm CDU	5033, 5040	Abg. Thomas Reusch-Frey SPD	5058
Abg. Sascha Binder SPD	5034, 5041	Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.	5060, 5074
Abg. Andreas Glück FDP/DVP	5036	Ministerpräsident Winfried Kretschmann	5062
Minister Dr. Nils Schmid	5037	Abg. Peter Hauk CDU	5069
2. Aktuelle Debatte – Gute Politik für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg – jetzt ist Grün-Rot am Zug – beantragt von der Fraktion der CDU.	5041	Abg. Edith Sitzmann GRÜNE.	5077
Abg. Paul Locherer CDU	5041	Abg. Claus Schmiedel SPD	5078
Abg. Martin Hahn GRÜNE	5043, 5051	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	5083
Abg. Alfred Winkler SPD	5045, 5052	Minister Alexander Bonde	5083
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP.	5046, 5052	Beschluss	5084
Minister Alexander Bonde	5048	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE (zur Geschäftsordnung)	5086
Abg. Karl Rombach CDU	5050	4. Fragestunde – Drucksache 15/4358	
3. a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften – Drucksache 15/4127		4.1 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Auswirkungen eines möglichen gesetzlichen Mindestlohns auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft und Landwirtschaft	5086
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 15/4192		Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	5087
		Staatssekretär Ingo Rust	5087

<p>4.2 Mündliche Anfrage der Abg. Nicole Razavi CDU – Erster Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshaupt Stuttgart – Tunnel Ober-/Untertürkheim – am 4. Dezember 2013 5088</p> <p>Abg. Nicole Razavi CDU 5088</p> <p>Staatssekretärin Dr. Gisela Splett 5088, 5089</p> <p>Abg. Andreas Schwarz GRÜNE 5089</p>	<p>7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz – ZwEWG) – Drucksache 15/4277 5095</p> <p>Beschluss 5095</p> <p>Staatssekretär Ingo Rust (zu Protokoll) 5095</p> <p>Abg. Tobias Wald CDU (zu Protokoll) 5096</p> <p>Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE (zu Protokoll) 5097</p> <p>Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP (zu Protokoll) 5098</p>
<p>4.3 Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Lusche CDU – Kompensationsüberlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim 5089</p> <p>Abg. Ulrich Lusche CDU 5089, 5091</p> <p>Minister Franz Untersteller 5089, 5090, 5091</p> <p>Abg. Manfred Hollenbach CDU 5090, 5091</p> <p>Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 5091</p>	<p>8. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 15/4282 5098</p> <p>Beschluss 5098</p>
<p>4.4 Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften 5092</p> <p>Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP 5092</p> <p>Ministerin Theresia Bauer 5092, 5093</p> <p>Abg. Nikolaos Sakellariou SPD 5093</p> <p>Abg. Helmut Walter Rüeck CDU 5093</p>	<p>9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 18: Hochwasserschutz für das Strudelbachtal – Drucksachen 14/6502, 15/4323</p>
<p>4.5 Mündliche Anfrage der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Beteiligung der kommunalen Landesverbände an der Jury im Wettbewerb RegioWIN 5094</p> <p>Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU 5094</p> <p>Staatssekretär Ingo Rust 5094</p> <p>Abg. Helmut Walter Rüeck CDU 5094</p> <p>Abg. Winfried Mack CDU 5094</p>	<p>10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 7. November 2013 – Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Corrensstraße 41/41 a in Tübingen – Abschluss eines Nachtrages zum Kaufvertrag vom 6. Juni 2013 (Mindererlösklausel) – Drucksachen 15/4266, 15/4359</p>
<p>5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes – Drucksache 15/4225</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/4322 5095</p> <p>Beschluss 5095</p>	<p>11. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 13. November 2013 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung – Drucksachen 15/4328, 15/4362</p>
<p>6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften – Drucksache 15/4352 5099</p> <p>Ministerin Bilkay Öney 5099</p> <p>Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU 5101</p> <p>Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE 5102</p> <p>Abg. Rosa Grünstein SPD 5103</p> <p>Abg. Andreas Glück FDP/DVP 5104</p> <p>Beschluss 5105</p>	<p>12. Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/4329, 15/4330, 15/4331, 15/4332</p> <p>13. Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/4324 5099</p> <p>Gemeinsamer Beschluss zu den Tagesordnungspunkten 9 bis 13 5099</p> <p>Nächste Sitzung 5105</p>

Protokoll

über die 84. Sitzung vom 28. November 2013

Beginn: 9:32 Uhr

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 84. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich niemandem erteilt.

Krankgemeldet sind Frau Abg. Graner und Herr Abg. Schneider.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Kretschmann nach der Mittagspause, Frau Ministerin Krebs ab ca. 14:30 Uhr, Frau Ministerin Öney heute Vormittag, Frau Staatsrätin Erler und Herr Minister Friedrich ganztags, Herr Minister Hermann ab 11:00 Uhr, Herr Minister Dr. Schmid ab 14:00 Uhr und Herr Abg. Dr. Reinhart wegen Vertretung des Landes im Ausschuss der Regionen in Brüssel.

(Zurufe: Oi!)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – EnBW-Deal: Zuerst Verfassungsbruch der CDU-Regierung und nun 780 Millionen € zu viel. Schaden für das Land jetzt gemeinsam abwenden! – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was war das am vergangenen Donnerstag für ein Paukenschlag, als die Staatsanwaltschaft das Ergebnis des von ihr in Auftrag gegebenen Gutachtens verkündet hat. Die alte Landesregierung hat mit Ihrer Zustimmung, Ihrer Billigung und Ihrer Unterstützung,

verehrte Kolleginnen und Kollegen der Opposition, 780 Millionen € zu viel für den EnBW-Deal bezahlt. Meine Damen und Herren, das ist ein Ereignis, wie wir es in der Geschichte von Baden-Württemberg noch nie hatten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Falscher Fuffziger! – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir haben jetzt eine neue Situation. Ich sage: Die Debatte um die Bewertung des Kaufpreises, um Gutachten und Gegengutachten, muss jetzt zu Ende gehen, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Richtig! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Wer hat denn begutachtet? Das Gutachten wurde im Auftrag der Staatsanwaltschaft erstellt. Es handelt sich nicht um ein Gutachten einer Partei. Es ist ein Gutachten, das sich an den Grundsatz größtmöglicher Objektivität halten musste, und – hören Sie gut zu, meine Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP –

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Hören, bloß nicht verstehen! – Zurufe: Lauter! – Weitere Zurufe von der CDU)

es ist ein Gutachten, das nach der Rechtsprechung dem Grundsatz der weitestgehend positiven Beurteilung für die Beschuldigten verpflichtet ist. Der Gutachter war gehalten, den für die Beschuldigten günstigsten Maßstab anzulegen; trotzdem haben wir dieses Ergebnis.

(Unruhe – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ruhe!)

Ich meine, wir haben nach zweijähriger Debatte nun einen Punkt erreicht, an dem wir die Diskussion über den Kaufpreis als erledigt betrachten sollten.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir werden uns den Gutachter im Untersuchungsausschuss sehr aufmerksam und möglichst zu allen Bereichen öffentlich anhören. Als Termin haben wir den 17. Januar 2014 vorge schlagen.

Diese Debatte um den Kaufpreis, das verzweifelte Festhalten und Klammern wenigstens noch an einen korrekten Kaufpreis, das Rechtfertigen, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, muss mit dem heutigen Tag zu Ende gehen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Wir können über das Gutachten heute leider nicht diskutieren – das wissen wir –, das würden wir liebend gern in allen Einzelheiten tun. Ich bin mir aber sicher, dass der Gutachter im Januar in puncto Renommee, das er hat, Gründlichkeit seiner Analyse, Präzision und Urteil überzeugen wird und dass wir gut beraten sind, die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen. Wir müssen heute beginnen, im politischen Bereich darüber zu diskutieren. Das ist der Sinn dieser Aktuellen Debatte.

Über die zu viel gezahlten 780 Millionen € wurde in den letzten Tagen viel diskutiert. Kollege Binder hat in unserer gemeinsamen Pressekonferenz Beispiele für eine sinnvollere Verwendung des Geldes gebracht. Solche Beispiele standen auch in der Zeitung. Ich nenne Ihnen zwei weitere, die Ihnen gefallen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP: Mit 780 Millionen € könnten wir den Nationalpark Nordschwarzwald 200 Jahre lang finanzieren.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

Wir könnten auch den Verzicht auf die von Ihnen so scharf kritisierte zeitliche Verzögerung der Anpassung der Beamtenbezüge finanzieren.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Die zeitgleiche Anpassung hätte für 2013/2014 731 Millionen € gekostet.

An diesen beiden Beispielen sieht man bereits, welche gravierenden Auswirkungen das hat, was Sie uns beschert haben. Da spreche ich ausdrücklich auch Sie an, die 46 Abgeordneten der CDU, die 2010 dem Landtag bereits angehörten und sich deshalb dieser Verantwortung stellen müssen.

Auch Sie, Herr Hauk, müssen sich der Verantwortung stellen, vor allem auch deshalb, weil Sie einen Tag nach Bekanntgabe des Ergebnisses des Gutachtens schon begonnen haben, dieses zu relativieren. So sagten Sie in der „Eßlinger Zeitung“ in einem Interview – ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten –:

Die 780 Millionen € sind schmerzlich, aber rein haushaltspolitisch betrachtet eine einmalige Fehlinvestition oder Nichtinvestition gewesen.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Unmöglich!)

Das ist unglaublich. Bereits einen Tag nach der Bekanntgabe wird fortgesetzt, was Sie zwei Jahre lang gemacht haben, nämlich der Versuch der Relativierung. Ich kann verstehen, dass die Anwälte von Mappus und Notheis so vorgehen – dafür werden sie bezahlt –, aber dass Sie so vorgehen, macht Ihre Beteuerung, an Aufklärung interessiert zu sein und Konsequenzen ziehen zu wollen, nicht glaubwürdig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Was die „einmalige Fehlinvestition“ angeht, so belastet uns Ihr Geschäft jedes Jahr mit Zinsen in Höhe von 109 Millio-

nen €. An dieser Stelle sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit: Wer 40 Milliarden € Schulden hinterlassen hat, sollte sich in solchen Fragen in Demut üben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

Ihr Geschäft hat das Schuldenobligo des Landes mit einem Schlag um 4,5 Milliarden € vergrößert. Sie kritisieren uns in allen Haushaltsfragen ständig maßlos, aber Sie können – das zeigt die vernichtende Bilanz dieses Deals – weder Haushalt noch Wirtschaft, meine Damen und Herren von der Opposition.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich denke, wir haben in dieser Woche zum ersten Mal in der Geschichte des Landes mit dem Finanzierungsplan 2020 und den Orientierungsplänen ein klares und nachvollziehbares Konzept für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik vorgelegt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weder klar noch nachvollziehbar!)

Jetzt kommen wir zum Lackmuestest für CDU und FDP; denn es war und ist auch Ihr Deal und nicht nur der Deal des Herrn Mappus, um das an dieser Stelle noch einmal klar zu sagen. Das Land war – und ist es heute mehr denn je – gehalten, das offensichtlich zu viel bezahlte Geld zurückzufordern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Stichwort heißt: ICC-Schiedsklage, von Ihnen zwei Jahre lang diffamiert, mit populistischen Sprüchen belegt. Ich erinnere an die Aussage des Kollegen Rülke, wir hätten Lehrerstellen gestrichen, um Schauklagen zu finanzieren. Aber auch der Kollege Hauk hat noch bis in diesen Sommer hinein vom Finanzminister mehrfach die Rücknahme der Klage gefordert.

Sie haben in diesen zwei Jahren, in denen Ihnen das Sich-Klammern an Reste einer vermuteten Glaubwürdigkeit wichtiger war als die Interessen des Landes, diesen Interessen massiv geschadet. Ich fordere Sie auf: Stellen Sie diese Propaganda gegen das Tätigwerden der Landesregierung ein, schließen Sie sich an, unterstützen Sie ab heute die Schiedsklage, damit wir das Geld, das zu viel gezahlt worden ist, zurückholen. Darauf kommt es jetzt an.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stefan Mappus hat am 6. Dezember 2010 und danach immer wieder die „schwäbische Hausfrau“ in den Zeugenstand gerufen, die angeblich von diesem Deal begeistert gewesen wäre.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Sie haben jetzt die Chance, zu den Tugenden der schwäbischen Hausfrau zurückzufinden. Kehren Sie die Scherben zusammen, die Sie verursacht haben, ziehen Sie Konsequenzen, sagen Sie heute, wie Sie mit der Sache umgehen wollen. Es reicht nicht, bestürzt zu sein, es reicht nicht, nachdenklich zu sein. Handeln Sie, schließen Sie sich der Unterstützung an. Machen Sie auf unserer Seite mit! Es geht darum, Schaden

(Hans-Ulrich Sckerl)

vom Land und Schaden von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern abzuwenden.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Bravo! – Zuruf von der CDU: Bei so einer Rede schämt man sich!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Throm das Wort.

Abg. Alexander Throm CDU: Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen noch hatte es Grün-Rot ganz eilig, den Untersuchungsausschuss zu beenden, auch ohne Vorliegen des Gutachtens von Herrn Professor Ballwieser, ohne die Unterlagen der EdF und ohne die Akten von Morgan Stanley, auf die wir noch warten. Wir von der CDU-Fraktion hatten Vorbehalte angemeldet.

Heute sieht die Lage anders aus: Wir konnten letzte Woche in der Presse lesen, dass Herr Kollege Sckerl meint, der Untersuchungsausschuss könne noch bis zum Jahr 2016 dauern. Vor wenigen Tagen noch hieß es, das Ballwieser-Gutachten sei nur eines von vieren, und man dürfe seine Bedeutung nicht überhöhen. Heute sieht das anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer Redlichkeit von anderen einfordert, muss auch bereit sein, diese selbst entgegenzubringen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Schwacher Ansatz!)

Sie haben genauso wie wir ein anderes Ergebnis erwartet und wollten deshalb den Untersuchungsausschuss beenden.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Meine Herren! Was für eine Mythenbildung! Das ist ja Verzweiflung!)

Jetzt liegt das Gutachten vor.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Throm, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Alexander Throm CDU: Nein. Ich bitte um Verständnis.

(Unruhe)

Ja, jetzt liegt das Gutachten vor. Es stellt eine deutliche Differenz zwischen Kaufpreis und Wert des Unternehmens zum Stichtag fest. Eine solche Diskrepanz war für uns in der Tat nicht vorstellbar.

(Zuruf von der SPD: Sie haben geschlafen! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Ja, der Gutachter hat eine anerkannte Reputation. Er wurde von der Staatsanwaltschaft beauftragt, und wir haben keinerlei Anhaltspunkte, an seiner Objektivität zu zweifeln. Und: Er hatte erstmals Einblick in die unternehmensinternen Daten der EnBW. Bislang hatte das noch niemand. Wir haben vor der Bekanntgabe des Gutachtens gesagt, dass es eine besondere Bedeutung hat, und das gilt für uns auch danach. Das gebietet uns die Redlichkeit.

Wir haben im nächsten Jahr Gelegenheit, den Gutachter anzuhören, das Gutachten zu prüfen und zu hinterfragen. Aber dazu gehört auch, dass wir dies öffentlich tun können. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch darauf, zu erfahren, weshalb der Gutachter zu diesem Ergebnis gelangt. Insofern fordere ich Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren der Landesregierung, auf, auch auf das Unternehmen EnBW Einfluss zu nehmen, damit wir öffentlich darüber verhandeln können. Die EnBW versagt sich momentan der Möglichkeit, über die Gründe und Hintergründe des Ergebnisses des Gutachtens öffentlich zu diskutieren.

Ich will den Blick aber nach vorn richten. Er geht zunächst in Richtung unserer Vertragspartner. Morgan Stanley, eine große Investmentbank, hatte die Federführung, was die Vorgehensweise und die Preisverhandlungen angeht.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Der damalige Chef, Dr. Notheis, hatte bei den Preisverhandlungen direkten Kontakt mit der EdF. Er hat die Fäden in der Hand gehabt.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Auch ein CDU-Mitglied!)

Morgan Stanley hat in seiner Bewertung vor allem den Preis als fair und angemessen bezeichnet. Für diese Bewertung müssen sie jetzt eintreten. Wir sehen einen erheblichen Erklärungsbedarf aufseiten der Bank.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist ja peinlich! Meine Herren, ist das peinlich!)

Der Blick geht auch in Richtung Gleiss Lutz. Auch sie hatten die Aufgabe, zu prüfen, welche Bewertungsmaßstäbe anzusetzen sind. Ich sehe hier beide Vertragspartner in der Verantwortung.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, warten Sie doch ab. Jetzt kommen wir auch zur EdF.

Ansatzpunkt der Verhandlungen war der Buchwert von 39,90 €. Dieser als testiert angegebene Preis kam von der EdF. Ich weiß wohl, dass ein Buchwert kein tatsächlicher Wert sein muss, aber eine derart eklatante Diskrepanz, wie sie der Gutachter festgestellt hat, dürfte nicht sein. Hier sehen wir erheblichen Klärungsbedarf bei der EdF hinsichtlich der Frage, ob der Buchwert tatsächlich gerechtfertigt oder doch zu hoch angesetzt war. Insofern sehen wir auch die Geltendmachung von Rückforderungsansprüchen gegenüber der EdF in einem anderen, in einem neuen Licht. Aber,

(Zuruf von den Grünen: „Aber“!)

sehr geehrter Herr Finanzminister Schmid, Sie schießen mit dieser Klage deutlich über das Ziel hinaus.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was? – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a.: Immer noch nichts gelernt! – Meine Herren, jetzt wird es peinlich!)

(Alexander Throm)

In einem wesentlichen Teil der Schiedsklage begehren Sie, wenn auch nur hilfsweise, die Rückabwicklung dieses Aktiengeschäfts.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Machen Sie nur so weiter!)

Sie haben beantragt, das Geschäft Zug um Zug gegen Rückzahlung rückabzuwickeln. Dies ist ein Risiko, das zu tragen wir nicht bereit sind. Wir halten die EnBW für einen wichtigen Pfeiler unserer Daseinsvorsorge, für ein wichtiges Unternehmen unseres Landes und für einen wichtigen Akteur bei der Umsetzung der Energiewende.

Herr Minister Schmid, ich möchte Sie an das erinnern, was Sie seinerzeit, am 6. und 7. Dezember 2010, gesagt haben. Sie haben gesagt:

Mappus hat uns eine riesige Chance beschert, weil wir als Eigentümer nun Einfluss auf den Konzern nehmen können.

Dann tun Sie das, und gehen Sie nicht das Risiko ein, dass dieses Geschäft rückabgewickelt wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sind Sie für oder gegen die Schiedsklage? – Zurufe von der SPD)

Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von Grün-Rot, müssen der Öffentlichkeit, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unseren Partnern von den OEW erklären, ob Sie tatsächlich bereit sind, dieses Risiko in Kauf zu nehmen. Wir sind es nicht.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Große Worte von jemandem, der gerade 780 Millionen an die Wand gefahren hat! – Gegenrufe von der CDU – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will Sie in diesem Zusammenhang auch auf das hinweisen, was Herr Ministerpräsident Kretschmann und Herr Finanzminister Schmid damals – noch in anderen Funktionen – im Hinblick auf die Interessen des Landes Baden-Württemberg gesagt haben. Bezogen auf das damalige Geschäft, den Verkauf der Anteile an die EdF, haben Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, gesagt:

Wir haben schon damals darauf hingewiesen, dass für die EdF die EnBW nur ein kleines Rädchen in einem großen internationalen Konzern darstellt. Baden-württembergische Interessen standen hier nie im Vordergrund.

Ich hoffe, dass baden-württembergische Interessen bei Ihnen im Vordergrund stehen und Sie nicht das Risiko einer Rückabwicklung eingehen.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von den Grünen und der SPD, u. a. Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das sagt der Richtige!)

Ich fordere Sie auf, zumindest den Teil der Schiedsklage, der die Rückabwicklung beinhaltet, wieder zurückzunehmen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Meine Herren! Die CDU schadet unserem Land! Ist das Verzweiflung?)

Sie, Herr Minister Schmid, haben in dieser Zeit gesagt – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus der „Badischen Zeitung“ vom 7. Dezember 2010 –:

Nils Schmid strahlt: Dies sei die Korrektur einer historischen Fehlentscheidung aus dem Jahr 2000.

(Staatssekretär Ingo Rust: Richtig!)

Deswegen, sehr geehrter Herr Minister: Wer von anderen Redlichkeit erwartet, sollte diese auch selbst erbringen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe)

Wer den Rückkauf der EnBW-Anteile für richtig hält oder ihn gar als Behebung eines historischen Fehlers bezeichnet, darf hinterher nicht bereit sein, dies alles aufs Spiel zu setzen. Nutzen Sie gemeinsam mit den OEW diese Chance, und nutzen Sie unsere Beteiligung an der EnBW, um Baden-Württemberg weiter voranzubringen und die Energiewende zu bewältigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Binder.

Abg. Sascha Binder SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU und der FDP/DVP, seit dem letzten Donnerstag haben wir es schwarz auf weiß: Sie haben dem Land einen Schaden in Höhe von 780 Millionen € zugefügt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es war nicht Dirk Notheis, es war nicht Herr Schockenhoff. Es war die Regierung Mappus, es waren die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion, die diesen Schaden verursacht haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und Sie ruinieren heute die EnBW vollends!)

Sie reden heute davon, man könne Zweifel haben an dem Können von Herrn Notheis, an der Reputation und der Ehrlichkeit der Beratung. Ich zitiere Herrn Hauk aus der Plenarsitzung vom 15. Dezember 2010:

Dass der Chef dieser Bank außerdem zufällig Unionsmitglied ist, das ist eine Bereicherung für die Union, ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Beifall des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE)

Da kann ich nur sagen: Herrn Notheis würde ich nicht einmal 5 € anvertrauen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wer jetzt die Verantwortung auf die damaligen Berater bei diesem Geschäft abschiebt, muss sich einmal fragen lassen – Sie ziehen sonst mit dem Selbstverständnis durch die Lande – zu Recht –, man sei direkt gewählter Abgeordneter, man ver-

(Sascha Binder)

trete die Interessen des Wahlkreises, in allen Wahlkreisen habe man die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hinter sich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nur kein Neid!)

– Das ist kein Neid. – Das hat aber auch etwas mit Verantwortung zu tun. Ihnen war diese Verantwortung damals egal. Sie haben diesen Deal durchgewinkt. Nach den Aussagen von Herrn Mappus war es für Sie, Herr Hauk, nur entscheidend, dass Sie in den Aufsichtsrat der EnBW kommen, anstatt einmal nachzufragen, warum das Parlament nicht beteiligt werden soll.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: So ein Quatsch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was tun Sie denn heute für die EnBW?)

Wir können das Ganze einmal in einer Rückschau betrachten. Nach Ihrem Selbstverständnis kommen nämlich nicht zuerst die Interessen des Landes, sondern kommt erst die CDU, dann die CDU,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

und dann kommt der Korpsgeist. Nur wenn die CDU und ihr Korpsgeist zufällig mit den Interessen des Landes zusammenkommen, steht für Sie das Land im Mittelpunkt. In dieser Reihenfolge haben Sie regiert, meine Damen und Herren – in einer Rückschau betrachtet.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Frechheit! Völlig daneben! – Weitere Zurufe von der CDU)

Deshalb haben Sie immer nur dann etwas zugegeben, wenn Sie keine andere Chance mehr hatten. Herr Hauk wusste lange, bevor wir es wussten, dass Herr Müller und Herr Schebesta in Kontakt mit Mappus und Notheis standen, ohne dass er dem einen Riegel vorgeschoben hätte.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sagen Sie einmal etwas zur Zukunft der EnBW!)

Erst als dieser Kontakt bekannt wurde, wurde die Konsequenz gezogen. Das hätten Sie früher machen sollen. Dann wäre das redlich gewesen – und nicht anders.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre Rede steigert den Wert der Aktien deutlich!)

Kommen wir zum Urteil des Staatsgerichtshofs. Die Kollegen Kretschmann und Schmid – damals in der Opposition – haben vor dem Staatsgerichtshof eine Klage erhoben. Der damalige CDU-Generalsekretär und heutige CDU-Landesvorsitzende sagte am 17. Januar 2011 zu dieser Klage vor dem Staatsgerichtshof:

Jeder blamiert sich selbst so gut er kann.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So wie Sie jetzt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn sich jemand blamiert hat, dann waren Sie das, denn Sie haben diesen Deal am Parlament vorbei abgeschlossen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Es waren die Herren Kretschmann und Schmid, die bereits in der Opposition Verantwortung für dieses Land und dieses Parlament wahrgenommen haben. Sie haben diese Klage erhoben und auf die Rechte des Parlaments verwiesen. Es waren nicht die direkt gewählten Abgeordneten der CDU, die sich darüber aufgeregt haben, dass dieser Deal am Parlament vorbeigegangen ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Es gab auch einen Bericht des Rechnungshofs. Deshalb wundert mich auch die plötzliche Bestürzung. Auch der Rechnungshof hat Ihrem Deal ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Zu diesem Rechnungshofurteil und der Reaktion der Regierungsfractionen von Grün und Rot sagte Herr Strobl gegenüber der „Stuttgarter Zeitung“:

Die grün-rote Landesregierung wäre gut beraten, die Backen nicht allzu sehr aufzublasen und einen Gang zurückzuschalten, damit das Unternehmen, das den Steuerzahlern gehört, nicht Schaden nimmt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Sie haben dem Unternehmen und den Steuerzahlern einen Schaden zugefügt, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Mit der Schiedsklage hat dieser Finanzminister Mut bewiesen. Er hat Mut bewiesen, um den Schaden, den Sie verursacht haben, wieder wettzumachen. Deshalb gebührt ihm allerhöchster Respekt für den Mut, den er da gezeigt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Aber anstatt ihn zu unterstützen, sagte Herr Hauk in der Plenarsitzung am 20. Juni 2012 im Rahmen einer von der CDU beantragten Aktuellen Debatte mit dem Titel „ICC-Klage der Landesregierung – Schaden für das Land und die EnBW“:

Wer solche Anträge stellt, schadet dem Land.

Er sagte weiter:

Wir wissen heute, dass der Kaufpreis angemessen war.

Sie dachten noch bis letzten Donnerstag, 9:59 Uhr, dass dieser Preis angemessen ist. Danach sagten Sie, Sie seien bestürzt. Wer die Beratungen des Untersuchungsausschusses verfolgt hat, wer die Gutachten kennt, weiß, dass das Ergebnis, das in der letzten Woche bekannt wurde, alles andere als eine große Überraschung war, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch ein Blödsinn!)

Ich kann nur sagen: Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Eine CDU-Pressemitteilung im September 2012 trägt die Überschrift: „Landesregierung gibt ein verheerendes Bild ab und gibt das Land der Lächerlichkeit preis!“ Ich zitiere:

(Sascha Binder)

Finanzminister Schmid müsse in Sachen ICC-Schiedsklage jetzt endlich einsehen, dass er sich komplett verrannt habe. „Das Verschieben einer Entscheidung durch das Schiedsgericht ins Jahr 2014 macht deutlich, dass sich die Landesregierung mit einer Aufrechterhaltung der Klage lächerlich macht und für das Land, die EnBW und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schwerer Schaden droht. Finanzminister Schmid muss jetzt den Anstand und die Größe haben, seine Fehler zu erkennen und die Klage umgehend zurückziehen. Ansonsten blamiert sich das Land bis auf die Knochen“, so Hauk.

Sehr geehrter Herr Hauk, Sie müssen jetzt endlich einsehen, dass Sie sich komplett verrannt haben. Sie sollten sich heute beim Finanzminister des Landes Baden-Württemberg dafür entschuldigen. Ansonsten blamieren Sie sich nämlich selbst.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal, Herr Binder: Das, was Sie da gerade vorgetragen haben, war schon ein bisschen ein populistisches Geschwätz.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was? Wie bitte?)

Sie haben gerade eben dezidiert gesagt, es wären die Fraktionen der CDU und der FDP/DVP gewesen, die dieser Transaktion zugestimmt hätten.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Ja, klar! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Klar!)

Das ist nicht richtig. Das waren nicht die Fraktionen. Da sieht man einmal, wie gut Sie sich auskennen. Es waren die Fraktionen, die die Bürgerschaft übernommen haben, aber der Deal war zu diesem Zeitpunkt bereits vorüber. Den hätten Sie nicht aufhalten können.

(Lachen und Widerspruch bei den Grünen und der SPD)

Deswegen ist der Vorwurf an die Fraktionen völlig fehl am Platz.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wissen Sie eigentlich, was wir heute machen? – Zurufe von den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Abg. Glück.

(Vereinzelt Beifall)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Vielleicht hören Sie jetzt einfach einmal zu.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist doch unglaublich! Jetzt wird es peinlich!)

Denn wenn Sie nur zum Schreien hergekommen sind, können Sie genauso gut auf die Toilette gehen und da den Spiegel anschreien, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Meine Herren!)

Der Untersuchungsausschuss hat gestern getagt. Herr Sckerl, Herr Binder, Sie waren doch auch mit dabei. Es gab einen Beweisantrag, der einstimmig beschlossen und von allen Seiten begrüßt wurde. Das war der Beweisantrag, dass wir den Gutachter, Herrn Ballwieser, im Untersuchungsausschuss hören möchten. Das kommt nicht von ungefähr. Dieses Gutachten ist geheim; man darf darüber jetzt nichts sagen. Aber was man sagen kann, ist, dass es auf jeden Fall sehr komplex ist. Es ist ein sehr komplexes Werk. Offensichtlich besteht ja auch auf allen Seiten Klärungsbedarf bezüglich dieses Gutachtens. Ansonsten hätten Sie selbst doch diesem Beweisantrag gar nicht zugestimmt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wir haben ihn eingebracht! Der stammt von uns, Herr Kollege! – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Oder hängt es womöglich damit zusammen, dass Sie das Ganze bloß populistisch breittreten wollen? Ich weiß es nicht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Mich hat aber, als dieses Gutachten veröffentlicht wurde, auch gewundert, wie schnell da reagiert wurde. Noch bevor der Erste dieses Gutachten in die Hand genommen hat und es lesen konnte, hat die eine Seite schon getanzelt, und die andere Seite war bestürzt. Tut mir leid, ich habe das Spiel nicht mitgemacht, denn ich pflege die Dinge erst einmal zu lesen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sie waren einfach sprachlos!)

und dann versuche ich, es zu verstehen, bevor ich mich dazu äußere.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Man muss es auch verstehen!)

Wenn ich das nicht schaffe, meine sehr geehrten Damen und Herren – das haben Sie auch nicht geschafft –, dann brauche ich Expertise.

(Zurufe)

In diesem Zusammenhang wundere ich mich auch über diese heutige Aktuelle Debatte.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Was muss denn noch passieren?)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Dieses Gutachten hätte zunächst in den Untersuchungsausschuss gehört. Da hätte man Ballwieser dazu hören können, und dann hätte man sich weiter damit beschäftigen können. Aber dass die Grünen heute das Wasser nicht halten können, zeigt, dass es hier nicht um Inhalte geht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen und der SPD)

(Andreas Glück)

Ich möchte mich nicht gegen dieses Ballwieser-Gutachten aussprechen. Das Einzige, was ich dazu sage, ist: Bevor wir darüber urteilen, müssen wir es voll verstehen, und wir müssen es auch im Kontext mit anderen Gutachten, die zu anderen Ergebnissen kommen, sehen. In irgendeine Relation zueinander müssen wir diese doch bringen. Sie alle reagieren bloß auf eine Pressemitteilung und tun so, als hätten Sie die Weisheit mit Löffeln gefressen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Zum Schluss noch zwei Anmerkungen. Sie waren es, die damals gejubelt haben über den Aktienrückkauf,

(Zuruf von der FDP/DVP: Sehr richtig!)

so, als wollten Sie die Aktien um jeden Preis. Bitte fassen Sie sich auch einmal an die eigene Nase.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Dann noch eine Anmerkung zur ICC-Schiedsklage. Die ICC-Schiedsklage haben wir kritisiert, und wir sehen sie nach wie vor in einem kritischen Licht. Ich sage Ihnen auch, warum. Sie fußt auf einem juristischen Konstrukt, nämlich der Annahme einer unerlaubten Beihilfe. Sie fußt darauf, dass man sagt, das Land Baden-Württemberg habe damals eine unerlaubte Beihilfe an die EdF geleistet. Dieses Gutachten hat auf diesen riskanten juristischen Weg, auf dem Ihre Klage fußt, überhaupt keinen Einfluss. Daher: Die Kritik war da, die Kritik bleibt da.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst vor wenigen Tagen haben wir den 60. Geburtstag unserer Landesverfassung gefeiert. Artikel 48 dieser Verfassung macht deutlich, in welcher Verantwortung wir stehen, nämlich dem Wohle des Volkes zu dienen, seinen Nutzen zu mehren, Schaden von ihm zu wenden, Verfassung und Recht zu wahren und zu verteidigen, Gerechtigkeit gegen jedermann zu üben. Wir als Regierende haben dies bei unserer Vereidigung geschworen. Wir alle hier in diesem Haus fühlen uns diesem Auftrag verpflichtet.

Umso schwerer wiegt im Licht dieser Verantwortung, was wir seit nunmehr drei Jahren erleben durften. Es fällt mir, offen gestanden, schwer, zu glauben, dass die Hauptverantwortlichen in diesem Drama von damals sich diesem zentralen Grundsatz der Landesverfassung verpflichtet gefühlt haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie erinnern sich alle daran – manche waren ja führend daran beteiligt –: Nikolaustag 2010, Rückkauf der EnBW-Anteile von der EdF durch die Regierung Mappus.

Es ist richtig: Ich selbst habe damals im Kern begrüßt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht bloß im Kern! Gejubelt haben Sie!)

dass wir, das Land, wieder direkt Verfügungsgewalt über diese Aktien haben, weil ich es – das haben Sie zu Recht zitiert – in der Sache für einen historischen Fehler gehalten habe, dass Ministerpräsident Teufel damals diese Aktien überhaupt verkauft hat. Ich sage Ihnen: Nachdem wir und auch ich als Person im Mai 2011 Verantwortung für das Land übernommen haben, habe ich genau das, was ich damals in der Sache begrüßt habe, weiter gepflegt. Ich habe diese Anteile der EnBW, das Land hat diese Anteile der EnBW strategisch sinnvoll im Rahmen des Aktienrechts eingesetzt zur Durchsetzung der energiepolitischen Vorstellung – wie gesagt: immer unter Beachtung der Regelungen des Aktienrechts.

Wir haben gemeinsam mit den OEW als unserem verlässlichen Partner sowohl in Personalfragen als auch bei der Kapitalerhöhung, als auch bei der Erarbeitung des strategischen Konzepts „EnBW 2020“ zur Gestaltung der Energiewende zusammengearbeitet, weil wir der Überzeugung sind: Jawohl, es ist richtig, dass die OEW und das Land diesen Konzern gemeinsam auf den Weg der Energiewende bringen. Insofern habe ich kein Wort, kein Jota von meiner damaligen politischen Haltung zurückzunehmen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sollen es aber jetzt nicht wieder zerstören!)

Wir haben genau dies in die Tat umgesetzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist ja in Ordnung! Nur sollen Sie es nicht wieder zerstören!)

Ich sage Ihnen: Ich habe damals diesen Rückkauf in der Sache begrüßt, weil ich überzeugt bin, dass es ein historischer Fehler war. Ich habe das getan, obwohl es wenige Monate vor der Landtagswahl war, obwohl ich als Spitzenkandidat meiner Partei auch einfach hätte sagen können: „Das, was die Landesregierung gemacht hat, lehne ich aus Prinzip ab.“ Ich habe das nicht getan, weil mir schon damals Fundamentalopposition zuwider war, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Damals wusste ich allerdings nicht, dass dieses Geschäft am Parlament vorbei durchgepeitscht werden sollte. Wir wussten nicht, wie der Preis zustande gekommen war, dass es keine vernünftige Due Diligence gab.

(Abg. Peter Hauk CDU: Waren Sie Gesellschafter?)

Wir wussten nicht, wer da im Hintergrund die Fäden gezogen hatte. Wir wussten damals noch nicht, dass der Deal von A bis Z ein einzigartiger Skandal in der Landesgeschichte gewesen ist, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb ist es richtig, dass wir das aufarbeiten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Das Urteil des Staatsgerichtshofs war eindeutig: Die Regierung aus CDU und FDP/DVP hat die Verfassung gebrochen. Das Ergebnis des Rechnungshofs war eindeutig: Die Preisermittlung entsprach weder der Landesverfassung noch der Landeshaushaltsordnung. Das Wertgutachten, das wir bei einem unabhängigen Gutachter in Auftrag gegeben hatten, war eindeutig: Der Preis war völlig überhöht. Deshalb ist auch das allgemeine Urteil über das Zustandekommen dieses Deals eindeutig: Die alte Landesregierung, die Regierung Mappus, und die sie tragenden Fraktionen von CDU und FDP/DVP haben dem Land schweren Schaden zugefügt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Was wir, die Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, seit zweieinhalb Jahren tun, ist, trotz allem das Beste daraus zu machen. In der Sache, glaube ich, kann man das belegen, was die Entwicklung der EnBW anbelangt, aber auch wenn es darum geht, Nutzen zu mehren und weiteren Schaden abzuwenden. Denn es geht um das Unternehmen EnBW – 20 000 Arbeitsplätze –, es geht um einen zentralen Akteur der Energiewende, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um gigantische Summen. 4,67 Milliarden € hat Schwarz-Gelb damals bezahlt. Heute wissen wir: Es war zu viel. Deshalb, nur deshalb, haben wir die Schiedsklage eingereicht: um das zu viel gezahlte Geld, das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Baden-Württemberg, zurückzufordern und damit den Schaden für das Land Baden-Württemberg zu minimieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Spätestens nachdem jetzt das Gutachten von Herrn Ballwieser vorgelegt wurde, sollte es auch dem Letzten – auch in den Reihen der FDP – klar sein: Für dieses Vorgehen bei der Schiedsklage gibt es mindestens 780 Millionen gute Gründe, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn ich mir dann noch einmal vor Augen halte, wie Sie, Herr Hauk, Herr Rülke, Herr Schebesta, damals die Schiedsklage torpediert haben – eine Schiedsklage, die nur eines zum Ziel hatte, nämlich dem Landeshaushalt mehrere Hundert Millionen Euro zu retten –, frage ich mich schon: Sind Sie sicher, dass Sie im Geiste von Artikel 48 der Landesverfassung gehandelt haben? War es Ihr Ziel, zum Wohle des Volkes den Nutzen zu mehren und Schaden abzuwenden? Mein Eindruck, sehr verehrte Damen und Herren, ist ein anderer. Mein Eindruck ist, dass Sie das Schiedsverfahren zum EnBW-Deal gezielt diffamiert haben, um von Ihrem persönlichen Anteil an der Verantwortung bei diesem EnBW-Deal abzulenken,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

dass Sie nach wie vor die Interessen der CDU, die Interessen von Herrn Mappus über das Wohl des Landes stellen. Deshalb sollten Sie endlich von diesem Weg abweichen und die Schiedsklage offensiv unterstützen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich will noch etwas zu der Art der Debatte sagen, die Sie, Herr Rülke und Herr Hauk, damals angezettelt haben. Bei Dolf Sternberger hieß es einst:

Der Verderb der Sprache ist der Verderb des Menschen.

Wir können in Ihrem Interesse nur hoffen, dass er sich irrte. Denn was Sie dieser Landesregierung und auch mir ganz persönlich vorgeworfen haben, richtet sich jetzt alles gegen Sie selbst. „Skandalös“, „dilettantisch“, einen „Winkelzug“ nannten Sie unser Vorgehen. Es hieß: „Die Forderungen sind absurd.“ Sie sagten, die Landesregierung habe „systematisch verschleiert und getäuscht“, sie gebe „das Land der Lächerlichkeit preis“. Ich selbst hätte gelogen und das Parlament und die Öffentlichkeit getäuscht, das Unternehmen beschädigt und wolle mich mit der Klage nur profilieren. Natürlich wussten Sie eines ganz genau: Der Kaufpreis war angemessen. Das alles, Herr Hauk, stammt aus Ihrem Mund.

Herr Rülke, bei Ihnen – man mag es kaum glauben – war das Niveau noch eine Stufe niedriger.

(Heiterkeit bei der SPD)

Auch Sie sprachen von „Täuschung von Öffentlichkeit und Parlament“, von „Schaden für das Unternehmen“ und davon, dass wir „die Energiewende ad absurdum“ führen würden; wir alle wissen ja, wie wichtig Ihnen die Energiewende war, Herr Rülke. Aber wie man den Kollegen Rülke kennt, reichte ihm auch das noch nicht. Ich habe eine besondere „Perle“ gefunden, eine Pressemitteilung vom 4. Juli 2013. Darin heißt es zunächst in indirekter Rede – ich zitiere –:

Durch diese unsägliche, parteipolitisch motivierte Kampagne mit dem Ziel der Diffamierung der schwarz-gelben Vorgängerregierung habe Grün-Rot schon jetzt Millionen verschwendet. Jetzt drohe ein zweistelliger Milliardenschaden für das Land.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Auf die folgende Formulierung scheinen Sie, Herr Rülke, besonders stolz zu sein. Denn mit „Rülke wörtlich“ kommt jetzt das Highlight:

„Grün-Rot streicht Lehrerstellen, um unsinnige Propagandaschlachten vor Schiedsgerichten finanzieren zu können.“

Herr Rülke, mich würde eines interessieren: Ist Ihnen das heute nicht einfach peinlich?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein! Überhaupt nicht!)

Meine Damen und Herren, all Ihre Argumente – ich drücke mich zu Ihren Gunsten einmal so aus – haben sich in Luft aufgelöst.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von wegen!)

All Ihre Vorwürfe der Täuschung, der Verschleierung und des Schadens an der EnBW richten sich gegen Sie selbst. Sie, Herr Hauk, Sie, Herr Rülke, haben Seite an Seite mit Herrn Mappus den Deal durchgeboxt,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

(Minister Dr. Nils Schmid)

samt Verfassungsbruch, samt Mondpreis, samt Täuschung der Öffentlichkeit. Eines ist klar – und das können Sie nicht ungeschehen machen –: Ihr Umgang mit der Schiedsklage war ein weiteres Kapitel in einem beispiellosen Skandal, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Die Fakten liegen auf dem Tisch.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Von wegen!)

Ihre Regierung hat damals mindestens 780 Millionen € zu viel gezahlt. Wir versuchen, möglichst viel von diesem Geld für das Land zurückzuholen. Die einzige Möglichkeit – ich glaube, zumindest das dürfte unumstritten sein –, diese 780 Millionen € oder einen erheblichen Teil davon zurückzuholen, ist die Schiedsklage. Selbst wenn wir zivilrechtliche Ansprüche gegen Herrn Mappus, Herrn Notheis – da mag vielleicht ein bisschen was da sein – oder gegen die beteiligten beratenden Institute prüfen, stellt sich schnell heraus: Diese 780 Millionen € zurückzuholen geht nur über die Schiedsklage.

Ich freue mich ja über die späte Erkenntnis zumindest der CDU. Bei der FDP/DVP bin ich mir noch nicht so sicher.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich habe eher den Eindruck, Sie bezweifeln nach wie vor, dass überhaupt ein Schaden entstanden ist. Das ist Ihr Problem. Aber zumindest die CDU zeigt sich jetzt nicht nur bestürzt, sondern sagt auch, die Schiedsklage sei in einem neuen Licht zu sehen.

Aber ich sage Ihnen eines: Hätten wir bis November 2013 auf diese Erkenntnis gewartet, hätten wir gar keine Schiedsklage mehr einreichen können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn Fristablauf war im Frühjahr 2012. Deshalb mussten wir zum damaligen Zeitpunkt handeln, und deswegen haben wir zum damaligen Zeitpunkt einen rechtlich sicheren Weg gesucht, um diese Rückforderung zu stellen – mit den Anträgen und Hilfsanträgen, die wir gestellt haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mit den Hilfsanträgen!)

Aber damals waren Sie überhaupt nicht bereit, eine Schiedsklage einzureichen. Ich hätte gern Ihre rechtlichen Hinweise entgegengenommen, und wir hätten darüber reden können, ob wir die Anträge anders hätten stellen können. Meine Überzeugung lautet nach intensiver rechtlicher Beratung: Nein. Aber Sie wollten zu diesem Zeitpunkt gar keine Schiedsklage. Sie wollten weiterhin Mappus verteidigen. Sie waren nicht einmal bereit, einzusehen, dass es einen Schaden für das Land gegeben hat. Sie haben die Schiedsklage torpediert und sabotiert, und jetzt kriechen Sie zu Kreuze und wollen uns immer noch rechtliche Hinweise geben. Was ist denn das für ein unverschämtes Vorgehen?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wer verteidigt hier die Interessen des Landes? Wir sind es doch und nicht etwa Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt sage ich noch eines: Wenn Sie meinen, Sie könnten mit diesem billigen Ablenkungsmanöver Erfolg haben – man müsse sich jetzt die Beratungsleistungen von Gleiss Lutz ganz genau anschauen, und man müsse auch Morgan Stanley noch einmal in einem neuen Licht betrachten oder gar noch einmal auf die EdF zureiten und sagen, die Buchwerte seien eine Verschleierung oder ein Baustein gewesen, der zu diesem unangemessenen Kaufpreis geführt habe –, dann versichere ich Ihnen: All das machen auch wir in unserer Verantwortung,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

was mögliche zivilrechtliche Ansprüche anbelangt.

(Abg. Alexander Throm CDU: Wo ist dann ein Ablenkungsmanöver?)

Aber die Frage lautet doch: Wer in diesem Hohen Haus steht dafür ein, dass wir den materiellen Schaden für das Land wiedergutmachen? Wer steht dafür ein, dass die Interessen des Landes, der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler höher gewichtet werden als das Interesse an einer Verklärung der Ära Mappus, der Sie noch immer hinterherweinen, sehr verehrte Damen und Herren?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deshalb kann ich zuversichtlich feststellen: Die SPD-Fraktion, die Fraktion GRÜNE und die Landesregierung kommen dem Auftrag nach, dem Wohle des Volkes zu dienen, seinen Nutzen zu mehren und Schaden von ihm zu wenden. Ich kann nur hoffen, dass Sie, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, uns dabei vollumfänglich unterstützen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Seckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP/DVP, Übernahme von Verantwortung sieht anders aus als das, was Sie heute hier geboten haben – um das in aller Deutlichkeit festzustellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: So ist es!)

Ich hätte erwartet, dass klare Worte kommen: „Wir übernehmen die politische Verantwortung für diesen Deal, wir stehen dazu, wir stehen jetzt endgültig zur Aufarbeitung; wir haben uns vom System Mappus verabschiedet, wir unterstützen das Land bei der Schiedsklage und bei der weiteren Aufklärung.“ Nichts davon kam.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

(Hans-Ulrich Sckerl)

Sie tauchen wieder ab in die Ebenen, Sie suchen Ablenkungsmanöver, Sie suchen andere Schuldige. Herr Hauk, so werden Sie uns hier nicht davonkommen. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Finanzminister hat vollumfänglich gesagt, was wir tun, und Sie haben jetzt die Gelegenheit, noch mitzumachen – sehr spät, aber immerhin. Es gibt genug Felder, auf denen Sie Gutes tun können. Bringen Sie doch einmal die Landräte der OEW zur Raison!

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Was ist denn das für ein Verständnis?)

Erklären Sie ihnen doch einmal, dass Mappus nicht mehr regiert, dass das Jahr 2010 vorbei ist. Oberschwaben ist eine so fortschrittliche Region; die Uhren dort gehen doch richtig. Bei Landrat Seiffert scheinen die Uhren stehen geblieben zu sein; das erkennt man, wenn man seine Presseäußerungen liest. Da haben Sie eine richtige Aufgabe.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir wollen diese Partnerschaft – wir schätzen die OEW –, aber bitte nicht ständig in dieser Konfrontation mit dem Land. Das ist unsinnig; er verrennt sich gerade.

Kümmern Sie sich auch noch einmal um Dirk Notheis. Dirk Notheis ist kein „Spin-Doctor“, der aus den finsternen Ebenen New Yorks gekommen ist. Er war ein Produkt der CDU. Er hat mit zwölf Jahren schon Plakate geklebt. Er war 2010 im Landesvorstand. Er hat im Übrigen nach Professor Ballwieser 2,145 Millionen € zu viel Honorar erhalten.

(Zuruf von der CDU: Bei welcher Partei haben Sie Plakate geklebt?)

Denn sein Honorar war prozentual an den Kaufpreis gekoppelt. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Da haben Sie genug zu tun. Tun Sie es!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Throm das Wort.

Abg. Alexander Throm CDU: Herr Finanzminister Schmid, ich kann durchaus nachvollziehen, dass Sie heute eine gewisse Zufriedenheit versprühen und fühlen. Das, was Sie gesagt haben,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

wir würden die Interessen der CDU und des Herrn Mappus höher schätzen als die Interessen des Landes,

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

schießt jedoch deutlich über das Ziel hinaus.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Es gibt einen gewissen Grundkonsens unter Demokraten, den ich jedem zugestehe. Das heißt, dass wir uns zunächst für die Interessen des Landes einsetzen,

(Abg. Sascha Binder SPD: Das haben Sie aber nicht gemacht! Das machen Sie heute noch nicht!)

in dessen Parlament wir gewählt worden sind. Das gestehe ich allen zu, und das erwarte ich auch von Ihnen. Gerade als junger Abgeordneter nehme ich Ihnen das persönlich übel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann haben Sie auf die Klage verwiesen. Zunächst einmal: Wir haben die Klageschrift von Ihnen gar nicht erhalten; das haben Sie verweigert. Wir konnten inhaltlich gar keine richtige Stellungnahme abgeben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie haben kein Wort zu der Frage gesagt, ob Sie bereit sind, das Risiko einzugehen, die Rückabwicklung des Geschäfts in Kauf zu nehmen mit der Folge, dass die Aktien wieder nach Frankreich kämen.

Eines ist auch klar – so viel wissen wir als Juristen –: Niemand ist gezwungen, einen hilfsweisen Antrag zu stellen. Niemand ist gezwungen, einen Antrag zu stellen, mit dessen Rechtsziel er nicht einverstanden ist. Sie nehmen dies billigend in Kauf.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Ja!)

Ich komme zu der Frage, inwiefern die Schiedsklage, die Sie eingereicht haben, auf sicheren Füßen steht. Wir können das Gutachten von Professor Ballwieser heute nicht diskutieren. Wir kennen aber das Gutachten von Herrn Professor Jonas, Ihr Gutachten. Eines kann ich Ihnen sagen: Sie kennen das Gutachten von Professor Ballwieser inhaltlich noch nicht vollständig, weil die Staatsanwaltschaft das Gutachten der Landesregierung bisher nicht zur Verfügung gestellt hat. Sie reden also über ein Gutachten, dessen Inhalt Sie nicht kennen. Sie kennen ausschließlich das Ergebnis.

Dagegen konnten ich und andere Kollegen des Untersuchungsausschusses das Gutachten einsehen. Klar ist: Die Ergebnisse von Ballwieser und Jonas mögen sich zwar ähneln – rund 800 Millionen € –, aber die Begründung ist jeweils eine ganz andere.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Aha!)

Das sollten Sie sich einmal ansehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Sascha Binder SPD: Das macht es noch schlimmer! – Weitere Zurufe von der SPD)

Deshalb habe ich auch erklärt, dass wir das Gutachten des Herrn Ballwieser ernst nehmen.

(Unruhe)

(Alexander Throm)

Zum Schluss: Sie sagten, es sei ein billiges Ablenkungsmanöver, die Verantwortung auf die Berater zu schieben. Herr Minister Schmid, wenn Sie gleichzeitig sagen, dass Sie all diese Ansprüche selbst geltend machen, kann es kein billiges Ablenkungsmanöver sein. Ich habe aber in den zwei Jahren, in denen ich im Untersuchungsausschuss und auch hier im Parlament mitarbeite, die Erfahrung machen müssen, dass die Zielrichtung von Grün-Rot immer nur in eine Richtung geht und die Berater eher in Schutz genommen werden.

(Abg. Sascha Binder SPD: So ein Quatsch! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Quatsch! Wer hat die Berater denn gerufen? – Weitere Zurufe)

– Doch, Herr Kollege Binder, gerade Sie, noch gestern in der Landespressekonferenz. Deswegen sollten auch Sie das jetzt nicht als billiges Ablenkungsmanöver bezeichnen, sondern endlich auch in dieser Hinsicht tätig werden.

(Abg. Sascha Binder SPD: Ein bisschen Selbstkritik würde Ihnen gut anstehen! – Zurufe von den Grünen)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Kollege Throm, Sie werfen uns heute vor, die Schiedsklage würde eine Rückabwicklung zur Folge haben. Es war der Ministerpräsident dieses Landes – Mappus, CDU –, der die Aktien gar nicht halten wollte, sondern die EnBW wegen des Koalitionspartners FDP/DVP wieder an die Börse bringen wollte.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie tun täglich alles dafür, dass der Wert sinkt! – Unruhe)

Wenn jemand die EnBW-Aktien wieder verkaufen wollte, dann waren Sie es und nicht wir, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Herr Kollege Glück, Sie sprechen davon, dass wir fälschlicherweise angenommen haben, dass die CDU-Fraktion und die FDP/DVP-Fraktion in der Zeit der vergangenen Landesregierung eine Rolle gespielt hätten. Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass dieser Deal am Parlament vorbeigegangen ist. Aber es waren doch die Fraktionen von FDP/DVP und CDU, die diese Strukturen in Jahrzehnten geschaffen haben, die dazu führten, dass so etwas, wie es Mappus getan hat, überhaupt möglich war. Sie haben diese Strukturen geschaffen, nicht wir.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wenn Sie, Kollege Throm, sagen, wir haben zwei Gutachten mit unterschiedlicher Begründung, die aber zum gleichen Ergebnis kommen, frage ich: Was gibt es denn Besseres, als zwei Gutachten zu haben, die von verschiedenen Seiten kommen, aber zum gleichen Ergebnis führen?

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Zu den Beratern: Wir alle haben sowohl die Beratung von Gleiss Lutz als auch die Beratung von Morgan Stanley von Anfang an kritisiert. Wir haben auch gefragt: Warum hat man einfach Herrn Notheis genommen? Da wurde uns entgegengehalten, einen Freund in der Finanzbranche zu haben sei kein Schaden, sondern ein Vorteil. Also: Von Vetterleswirtschaft wollten Sie gar nichts wissen.

All diese Fragen haben wir diskutiert, und zwar bereits in der Finanzausschusssitzung kurz nach dem Deal. Deshalb sind Ihre Geschichten „Wir waren überrascht“, „Wir haben uns gefreut“ – über Tage hinweg – völlig falsch. Bereits im Finanzausschuss hat die SPD und haben die Grünen gefragt: Was haben Sie überhaupt mit der EnBW vor? Der Ministerpräsident wusste nicht, was man mit der EnBW machen soll. Herr Stächele wusste nicht, was er mit der EnBW machen soll. Die Hauptsache war ein Aktienkauf vor der anstehenden Wahl; das war das Ziel und sonst nichts. Jetzt müssen der Steuerzahler und die Steuerzahlerin Ihren Wahlkampfgag aus dem Jahr 2011 teuer bezahlen, nämlich mit 780 Millionen €.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Debatte – Gute Politik für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg – jetzt ist Grün-Rot am Zug – beantragt von der Fraktion der CDU

Die Gesamtredezeit beträgt wie zuvor 40 Minuten. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Für die CDU-Fraktion darf ich Herrn Abg. Locherer das Wort erteilen.

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn Herr Minister Bonde noch nicht da ist, werden wir mit der Aktuellen Debatte beginnen. Ich denke, wenn es um die Landwirtschaftspolitik geht, können wir im Augenblick doch etwas entspannter ans Werk gehen als beim ersten Tagesordnungspunkt.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Meine Damen und Herren, die Wirtschaftsleistung der Bäuerinnen und Bauern in Baden-Württemberg gilt es einmal wieder im Hohen Haus, im Landtag von Baden-Württemberg zu würdigen. Denn 10 % der Wirtschaftsleistung unseres Landes kommen aus bäuerlicher Hand. Wir dürfen es auch würdigen, dass wir hieraus Lebensmittel, Essen und Trinken von bester Qualität, vorzügliche Landschaftspflege und Bioenergie bekommen. Das verdient ein besonderes Lob und eine besondere Anerkennung an die Bäuerinnen und Bauern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber vorgestern hat der SWR sehr eindrucksvoll und nachdenkenswert darauf hingewiesen, dass wir, die Verbraucher in Deutschland, uns tatsächlich die teuersten Küchen leisten und

(Paul Locherer)

die billigsten Lebensmittel einkaufen. Das muss uns nachdenklich machen. Gerade die kleinteilige, mittelständische Landwirtschaft in Baden-Württemberg ist besonders abhängig von Transferleistungen der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland und auch des Landes Baden-Württemberg. Der Grundsatz „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ – sprich: für Landschaftspflege aus bäuerlicher Hand –, der jetzt auch in den GAP-Verhandlungen in Brüssel so hoch gehandelt wurde, wurde schon vor vielen Jahren in Baden-Württemberg erfunden. Das ist nichts Neues. Dieser Grundsatz trägt den Namen Gerhard Weiser, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Locherer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger? – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Kollege, halten Sie es nicht für angebracht, dass wir kurz unterbrechen? Denn die Landwirtschaft hat eine so hohe Bedeutung, dass zumindest ein Vertreter des Hauses bzw. der Minister da sein sollte.

(Minister Franz Untersteller: Er ist doch da! Entschuldigung! Was soll das denn?)

– Der Minister kommt gerade. – Entschuldigung; es ist einfach eine Ohrfeige für alle Bauern, wenn man bei einer so wichtigen Thematik

(Minister Franz Untersteller: Oh Jesses, nee!)

erst kommt, wenn die Rede des Kollegen zur Hälfte vorbei ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Locherer, Sie haben eine Frage gestellt bekommen. Sie dürfen darauf antworten.

Abg. Paul Locherer CDU: Ich begrüße den Herrn Minister. Er kommt in manchem zu spät, aber jetzt ist er ja da.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Herr Minister, herzlich willkommen an Bord. Jetzt können auch Sie meinen Worten zuhören. Denn Sie bekommen von mir noch einiges an Aufgaben mitgeteilt.

(Zurufe)

Herr Minister Bonde, Sie freuen sich über das Ergebnis, das in Brüssel erzielt wurde. Sie freuen sich über das Ergebnis der Agrarministerkonferenz vom 4. November in München. Sie dürfen sich freuen, wir dürfen uns freuen. Nur wundere ich mich, dass Sie im Vorfeld dieser Verhandlungen, als im Juli 2013 schon die guten Ergebnisse für die süddeutschen Bauern auf dem Tisch lagen, hier noch gegen die Kanzlerin und gegen Frau Aigner gewettert haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war vor der Wahl! – Weitere Zurufe)

Das verstehe ich nicht. Wer da zu spät kommt, den bestraft wirklich das Leben. In München waren Sie nicht einmal dabei, Herr Minister Bonde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört, hört!)

Ja, wir dürfen von einem Erfolg sprechen. Meine Damen und meine Herren, der Erfolg hat bekanntlich viele Väter,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und Mütter!)

aber in diesem Fall ist der Erfolg weiblich –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

liebe Kolleginnen von Grün und Rot, da dürfen auch Sie klatschen –; denn er trägt zunächst einmal den Namen Ilse Aigner. Sie hat es geschafft – zunächst auf europäischer Ebene, aber dann auch auf der nationalen Bühne –, mit den Agrarministern für die kleinteilige und mittelständische Landwirtschaft

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Im Süden!)

in Baden-Württemberg und in Bayern hervorragende Ergebnisse herauszuholen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das verdient größtes Lob und Anerkennung.

Ich nenne auch die oberschwäbische Europaabgeordnete Elisabeth Jeggle. Sie hat ein hervorragendes landwirtschaftspolitisches Netzwerk in Europa aufgebaut. Ihr haben wir es zu verdanken, dass gerade kleine Strukturen so großartig gefördert werden. Ein herzliches Dankeschön an Elisabeth Jeggle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Was wurde erreicht? Mein Kollege Karl Rombach wird darauf nachher noch im Detail eingehen. Die bäuerlichen Familienbetriebe werden bei den Direktzahlungen, also der sogenannten ersten Säule, stärker berücksichtigt. Es gibt zusätzliche Zahlungen für die – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Weihnachtsmärchen im November!)

– Nein, das ist kein Weihnachtsmärchen; das sind Tatsachen. Über diese Tatsachen freuen sich die Bäuerinnen und Bauern in unserem Land. Das muss ich Ihnen deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt Direktzahlungen und erhöhte Zahlungen für die ersten 46 ha eines Betriebs. Auch das Greening wird praxisnah und nicht praxisfremd ausgeführt. Es werden Junglandwirte unterstützt. Zudem gibt es eine Abgrenzung der sogenannten benachteiligten Gebiete, was den bäuerlichen Interessen entgegenkommt.

Wo stand der grüne Landesagrarminister, meine Damen und Herren? Noch im Jahr 2011 hat er zusammen mit Kollege Rimmel und Kollegin Höfken auf Basis des Ciolos-Papiers bis zu 10 % Stilllegungen gefordert. Meine Damen und Herren, die haben gar nicht kapiert, dass Baden-Württemberg

(Paul Locherer)

schon meilenweit, viele Jahre voraus ist und das in diesem Umfang und in diesem Maß gar nicht braucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Dann gab es interessanterweise – das möchte ich hier schon deutlich kritisieren – die Forderung, 15 % der Gelder der ersten Säule in die zweite Säule zu übertragen. Meine Damen und Herren, da geht es um Geld, das die Landwirte im Land direkt in der Tasche brauchen, um wirtschaften zu können. Gerade die kleinen Betriebe brauchen es. Deshalb habe ich das, Herr Minister, nicht verstanden. Gott sei Dank hat die Vernunft gesiegt und haben wir ein gutes Ergebnis erzielt. Vor allem haben die Bäuerinnen und Bauern im Land eines: Sie haben in den Jahren 2014 bis 2020 Planungssicherheit. Hut ab, das kommt an.

Sie haben dies bei der Bundestagswahl entsprechend honoriert; sie haben es der Union gedankt. Die Bauern sind wieder voll und ganz bei uns, bei der CDU. Darüber dürfen wir uns freuen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Herr Minister Bonde, jetzt sind Sie am Zug: Grünlandstandorte fördern, Agrarumweltmaßnahmen stärken, Tierhaltung und Tierwohl begleiten, die Ausgleichszulage entsprechend ausgestalten, für die Herausforderungen des ländlichen Raums insbesondere aufgrund des demografischen Wandels Lösungen herbeiführen, Innovationen und Zukunftsgestaltung für den ländlichen Raum, und – das ist die Hauptforderung an Sie – mit dem Landeshaushalt Ihren Beitrag, Ihren Anteil leisten. Dabei habe ich große Sorgen, meine Damen und Herren.

Wie wir im Entwurf des Nachtragshaushalts erkennen müssen, soll bereits 2015 aus dem Agrarhaushalt eine Summe von 5,7 Millionen € und 2016 sogar eine Summe von 9,4 Millionen € herausgestrichen werden. Dann gibt es noch einen ganz großen offenen Scheck – darüber diskutieren wir nachher –, nämlich für den Nationalpark im Nordschwarzwald, der auch nicht annähernd durchfinanziert ist, meine Damen und Herren. Dies hat uns kürzlich auch der Rechnungshof bestätigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Mir schwant Schlechtes, wenn der Europaminister Friedrich – er ist heute entschuldigt – zum Ergebnis feststellt, er fürchte den „Fluch der guten Tat“. Da rufe ich dem Europaminister zu: Nicht jammern, sondern handeln – für die Bäuerinnen und Bauern und für den ländlichen Raum in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Minister Bonde, Ihr Janker steht Ihnen gut. Aber ein Janker macht noch keinen guten Landwirtschaftsminister. Deshalb erwarten wir jetzt von Ihnen Taten.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Wir erwarten nicht Schweigen wie kürzlich am Bodensee, wo die Bauern Probleme haben. Sie sind vor Ort gegangen, ha-

ben aber nicht einmal – ich wiederhole es noch einmal – „Grüß Gott“ gesagt. So kann man keine erfolgreiche Landwirtschaftspolitik für Baden-Württemberg betreiben. Da müssen Sie sich noch ein bisschen mehr anstrengen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Hahn.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP zu Abg. Martin Hahn GRÜNE: Sag, was du denkst! Nicht, was man hören will! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt kommt der Bodensee! Total vernebelt!)

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erst einmal möchte ich mich bei der CDU für diese Debatte bedanken. Es besteht zwar das Problem, dass dieses Thema zwischen zwei Topthemen – etwas eingekeilt – behandelt wird; dennoch ist es eine wichtige Debatte, und es geht im Kern um genauso viel Geld wie bei dem Thema des vorherigen Tagesordnungspunkts – oder eher noch um mehr.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

180 Millionen € zusätzlich für Baden-Württemberg – und die sind schon einmal da. Das ist ganz gut, das ist ein tolles Ergebnis.

Dann ist es so, wie du, lieber Paul, gesagt hast: Bei guten Ergebnissen gibt es natürlich immer viele Väter und Mütter, die dafür zuständig waren. Man muss jetzt einmal abräumen, dass Frau Aigner das schon vorher vorgeschlagen hätte. Das ist einfach Hafenkäs’.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Denn Frau Aigner hat einen Vorschlag gemacht, mit dem nur Bayern und Baden-Württemberg hätten leben können. Wenn wir einmal davon ausgehen, dass es im Bundesrat Mehrheiten geben muss, dann muss man Vorschläge so gestalten, dass sie nicht nur für die Südschiene, sondern für alle passen. Daher ist es nicht so, dass wir gar nicht mehr hätten verhandeln müssen. Vielmehr wäre ohne diese Verhandlungen ein Kompromiss in dieser Form für uns und unser Land gar nicht möglich gewesen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

An dem Verhandlungsergebnis ist eines wirklich bemerkenswert: National gesehen gibt es 5 % weniger Mittel, aber Baden-Württemberg erhält 5 % mehr. Nun gibt es zwei Möglichkeiten. Die eine ist, den Minister und sein Haus zu loben, weil sie gut verhandelt haben. Oder man könnte die andere Möglichkeit nehmen und fragen: „Wieso ist letztes Mal bei uns so wenig Geld angekommen?“ In diesem Fall – das muss ich einfach sagen – ist, Herr Hauk, der Schwarze Peter aufseiten der CDU.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Sie drehen es auch nur, wie Sie es brauchen! – Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

– Nein. Es ist doch ganz klar: Man kann ein Mehr für ein Land bei einer nationalen Absenkung nur auf zwei Gründe zurück-

(Martin Hahn)

führen: Entweder ist dieses Mal gut oder letztes Mal schlecht verhandelt worden. Anders geht es nicht.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Oder beides!)

– Oder beides.

(Abg. Peter Hauk CDU: Und die Rahmenbedingungen haben sich verändert!)

– Was hat sich denn verändert?

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Es gibt jetzt das, was wir immer gewollt haben, was Sie aber immer abgelehnt haben. Das Einzige, was sich wirklich verändert hat, war die Umschichtung von der ersten Säule in die zweite Säule. Diese haben wir immer gewollt. Sie war notwendig, um das zu gewährleisten, was eine der Kernaufgaben der Landwirtschaft ist, nämlich die Pflege und die Freihaltung der Landschaft – sozusagen als Unterstützung für die Produkte, die die bäuerliche Landwirtschaft erzeugt, für eine Leistung, die aber nicht am Markt zu verkaufen ist. Das war notwendig. Dafür haben wir diese Umschichtung gebraucht.

Jetzt käme der zweite Schritt. Wir wissen, dass Europa von Frau Merkel die Vorgabe bekommen hat, über weniger Geld zu verhandeln. Man kann sagen, dies war in Ordnung; man kann das im Nachhinein tragen.

(Beifall des Abg. Paul Locherer CDU)

Dann müsste jetzt

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

im Koalitionsvertrag in Berlin stehen, dass die GAK-Mittel aufgestockt werden und die Gelder direkt zu uns kommen. Das ist leider nicht der Fall. Es gibt keine Aufstockung der GAK-Mittel. Das heißt, die CDU hat als Regierungsfraktion in Berlin die Mittel für den ländlichen Raum faktisch massiv zurückgefahren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Rechnung verstehen nicht einmal Ihre Kollegen! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Wieso? Sollen wir das beklatschen? Das war doch negativ! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das verstehen wir schon! Aber da kann man nicht applaudieren, weil das ja nichts Positives ist!)

– Das verstehen sie gut. – Die gesamte Grundaufstellung heißt: Wir haben jetzt eine Agrarreform, in der das Greening eingeführt wurde, in der die von uns immer geforderten Zuschläge für die ersten Hektare umgesetzt worden sind. Das heißt, in die kleinen Betriebe kommt mehr Geld.

Wir unterstützen weiterhin massiv die kleinen Strukturen in Baden-Württemberg. Die Junglandwirteförderung ist in die erste Säule übergegangen; das ist wichtig und richtig und führt endlich weg von der direkten Investition. Dann nenne ich auch noch die Übertragung von 4,5 % von der ersten Säule in die zweite Säule, was bei der aktuellen Lage erforderlich war – das alles unter der Überschrift „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“. Zentrale Botschaft dieser Agrarreform ist, dass dies endlich Wirklichkeit wird und wir mit unserer Agrarpolitik das unterstützen, was die Gesellschaft am meisten

braucht, nämlich intakte Höfe, eine Landwirtschaft, die die Natur pflegt und hegt und unsere Kulturlandschaft nach wie vor frei hält.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Frau Gurr-Hirsch, natürlich wissen wir, dass nicht wir das „entdeckt“ haben. Aber wir können doch nicht immer über die Entbindung sprechen. Irgendwann werden die Kinder größer.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

– Ja, das stimmt. Irgendwann ist man einmal geboren worden. Aber die Fort- und die Weiterentwicklung sind entscheidend. Entscheidend ist, dass wir da weitermachen und weiterentwickeln. Dafür haben wir an diesem Punkt die Grundlage geschaffen.

Ich möchte noch zwei Punkte erwähnen, die mir ganz wichtig sind. Das ist zunächst die Linie, in der es weitergeht. Dazu muss man vielleicht noch zwei wichtige Dinge sagen. Wir haben jetzt – die erste Säule ist klar – im Prinzip in der zweiten Säule eine massive Stärkung. Dazu muss man noch einmal sagen, dass es hier nicht nur – wie es gern gesagt wird – um Öko- und Kulturlandschaft geht. Vielmehr liegt in der zweiten Säule die Zukunft der bäuerlichen Betriebe in unserem Land. Dort sind die Betriebsentwicklung, die Beratung, die Marktstrukturverbesserung. Alles das liegt in der zweiten Säule – auch das, was früher einmal MEKA hieß. Das werden wir wahrscheinlich umtaufen müssen, weil MEKA gar nicht mehr das Thema von heute ist. Das war ein tolles und richtiges Programm.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Daher beziehe ich mich nicht mehr auf die Geschichte. Wir haben ein Programm. In Zukunft geht es um die Entwicklung und die Unterstützung der bäuerlichen Familien am Markt und bei dem, was sie für unsere Gesellschaft produzieren. Das Thema Marktentlastung, das, was im Programm MEKA steckte, ist Geschichte.

Wir haben also auf der tollen Grundlage dieser Geschichte die Möglichkeit geschaffen, die Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft im Land voranzutreiben, die Wertschätzung der bäuerlichen Familien für das, was sie machen, auch monetär auszudrücken. Dazu gehören auch die Erhaltung und die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft. Dafür sind gute Grundlagen geschaffen worden; das ist eine Kernaufgabe. Nun haben wir das Geld, um das voranzutreiben, was angefangen wurde. Das ist die wichtigste Aufgabe in den nächsten sieben Jahren.

Für mich ist das ganz Entscheidende an diesem Punkt, dass wir sehr gute Grundlagen dafür geschaffen haben, die intakten ländlichen Räume weiter zu unterstützen und dieses Gesamtkunstwerk ländlicher Raum, Landwirtschaft als Grundlage für intakte ländliche Räume, in Baden-Württemberg weiter nach vorn zu bringen. Das war für uns, die Regierungsfractionen, ein großes Ziel.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herrn! Die CDU hat den aufmunternden Titel „Jetzt ist Grün-Rot am Zug“ für diese Aktuelle Debatte gewählt – nach dem Motto: Jetzt macht mal! In der Tat: In Baden-Württemberg ist kein Chaos ausgebrochen, die Felder sind nicht verdorrt, die Landschaft ist grün, und die Tomaten werden immer noch rot.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die Täler sind noch offen!)

Das ist so.

Paul Locherer hat vorhin z. B. gesagt, die zweite Säule werde gestärkt. Lieber Paul, das war eine Forderung der Grünen, das war eine Forderung der SPD. Die CDU hat in der Vergangenheit immer abgelehnt, etwas von der ersten in die zweite Säule zu übertragen. Das war so.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Es ist wirklich kein Umbruch in der Landwirtschaftspolitik – es besteht ja auch ein Umbruchverbot –, es ist keine Systemwende. Es ist eine Neuausrichtung, eine Ausrichtung mit Maß in Richtung Ökologie – mehr Verbraucherschutz, mehr Biodiversität, mehr Natur und Umwelt und ein Mehr an Tierwohl.

Viele Landwirte sagen übrigens, die Entfremdung von ihrer traditionellen Landwirtschaft sei spürbar, gerade wenn der bisherige Weg so fortgesetzt würde.

Baden-Württemberg ist nicht das Land der Tierfabriken, nicht das Land der Großlandwirtschaft. Die Größe der Betriebe in unserem Land beträgt nur die Hälfte des Bundesdurchschnitts. Unser Land hat Höhenlagen und überdurchschnittlich viele Sonderkulturen. Bei uns wächst jedoch alles, was in den übrigen Teilen Deutschlands auch wächst.

„Grün-Rot ist am Zug“: natürlich. Das Einkommen ist gestiegen, die Produktionswerte sind gestiegen – die Produktion um 6 %, das Betriebseinkommen in der Landwirtschaft um 10 %.

„Grün-Rot ist am Zug“: Wir haben ein Plus bei Getreide sowie ein Plus bei den Erträgen der Ölsaaten und ganz besonders bei der Milch zu verzeichnen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der Markt spielt aber schon noch eine Rolle? – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir sind bei 40 Cent pro Liter Milch. Bei diesem Preis waren wir schon lange nicht mehr; wir waren es nur einmal, und das für kurze Zeit. Aber die Kosten für Dünger, für Futtermittel usw. sind gestiegen.

Die Stimmung in der Landwirtschaft ist überall positiv. Das ist zu spüren, und das hat auch seinen Grund. Baden-Württemberg profitiert am stärksten von der Veränderung der ersten Säule. Für Bayern gilt aber dasselbe. Je 50 € mehr gibt es für die ersten 30 ha und je 30 € mehr für weitere 16 ha. Insgesamt sind dies durchschnittlich fast 2 000 € mehr für den einzelnen Betrieb. Betriebe in genau dieser Größe gibt es in

Baden-Württemberg, und fast alle Betriebe profitieren davon. Wir haben vier Jahre über die GAP-Reform gestritten, jetzt bietet sie uns aber Vorteile.

In den letzten zwölf Jahren verschwanden jedoch 16 500 landwirtschaftliche Betriebe, sodass es jetzt noch 44 500 Betriebe im Land gibt. Nur ein Drittel sind Vollerwerbsbetriebe, zwei Drittel sind Nebenerwerbsbetriebe. Vor zwölf Jahren hatten wir noch rund 60 000 Betriebe. Dieser Strukturwandel ist so eingetreten.

Die deutschen Landwirte sind die europaweit größten Agrarexporteure. Es war wichtig, dass neue Märkte erschlossen werden konnten. Im Inland ist z. B. der Milchmarkt gesättigt, die Absätze sind rückläufig. Das ist u. a. eine Folge der demografischen Entwicklung. Wenn sich die Landwirte jetzt von dieser Entwicklung befreien wollen, müssen sie auf den Exportmarkt gehen. Die Landwirte gehen diesen Weg sehr erfolgreich.

Zu den neuen Märkten für die Landwirte gehören aber auch die Bioprodukte und die Energieerzeugung. Im Bund hat Rot-Grün die Energiewende eingeleitet, und die Landwirte profitieren davon. Mit der Energieerzeugung auf dem Dach oder im Fermenter der Biogasanlage sind neue Wirtschaftszweige für die Landwirte entstanden.

„Grün-Rot ist am Zug“: Wir haben neue Aufgaben, mehr Ökolandbau. Das wurde in Baden-Württemberg vernachlässigt. Wir waren nicht einmal in der Lage, unsere eigene steigende Nachfrage nach Bioprodukten zu befriedigen. So sind die Importe von Bioprodukten gestiegen – nicht aus unserer Erzeugung. Seit 2011 stagniert bei uns der Biolandbau. Das wollen wir ändern. Wir haben die Förderung wieder hochgefahren, wir haben Lehre und Forschung im Bereich Biolandwirtschaft hochgefahren, und wir haben Agrarförderprogramme an Ökologie und Tierschutz ausgerichtet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Der Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ kommt der Biolandwirtschaft zugute; dadurch wird die Vermarktung der Bioprodukte verbessert. In Bavendorf wurde ein Ökomodellbetrieb aufgebaut. Das Kompetenzzentrum Ökologischer Landbau in Emmendingen-Hochburg wurde erweitert.

(Abg. Klaus Burger CDU meldet sich. – Abg. Karl Zimmermann CDU: Drei Leute da oben, und keiner sieht etwas!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Zimmermann, üben Sie diese Kritik bitte außerhalb des Plenarsaals. Das sollte Ihnen klar sein. Sie kennen die Geschäftsordnung: Diese Kritik ist hier nicht gestattet. Wenn Sie sich nicht an die Geschäftsordnung halten, dann müssen Sie den Saal verlassen.

Herr Abg. Winkler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Burger?

Abg. Alfred Winkler SPD: Gern.

Abg. Klaus Burger CDU: Herr Winkler, danke, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen. – Sie haben vorhin ausgeführt, dass das Einkommen der Bäuerinnen und Bauern in Baden-

(Klaus Burger)

Württemberg gestiegen sei. Ist Ihnen bewusst, dass das Pro-Kopf-Einkommen in der Landwirtschaft in Baden-Württemberg – es sind 18 000 € pro mitarbeitendem Familienmitglied – bundesweit am geringsten ist?

Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist richtig. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: Zum einen liegt das daran, dass in der Landwirtschaft im Bereich Ackerbau – neben dem Anbau von Sonderkulturen – das höchste Einkommen erzielt wird, und Ackerbau wird in Baden-Württemberg weniger betrieben als im bundesweiten Durchschnitt. Der zweite Grund ist, dass die landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg im Durchschnitt nur halb so groß sind wie die Betriebe bundesweit; Betriebe, die nur halb so groß sind, können nur halb so viel Gewinn erzielen.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Deswegen ist es wichtig, die kleineren Betriebe stärker zu fördern. Die Gewinne sind zwar pro Kopf gerechnet, aber man muss auch feststellen, dass kleine Betriebe nicht dieselbe Gewinnkennziffer wie große Betriebe haben.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist auch logisch! –
Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber da besteht kein zwingender Zusammenhang!)

„Grün-Rot ist am Zug“: Wir stärken den aktiven Verbraucherschutz. Es gibt nun mehr Futtermittelkontrolleure, es gibt nun 44 zusätzliche Lebensmittelkontrolleure, und Baden-Württemberg ist dem europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir haben die gentechnikfreie Produktion zum Ziel. Die Landesregierung unterstützt dies aktiv. Sie hingegen haben das bisher nie aktiv unterstützt. Wir sind der Meinung, dass das für den Verbraucherschutz und zur Stärkung der Durchsetzungsfähigkeit dieser Produkte am Markt wichtig ist.

Ich komme zum Ende meiner Ausführungen in der ersten Runde. Es ist keine Sensation eingetreten. Wir sind am Zug. Wir springen nicht auf einen Zug auf, sondern wir lenken ihn in eine Richtung, in die er bisher nicht gefahren ist, und wir beschleunigen. Es ist dringend nötig, diese kleine Richtungsänderung vorzunehmen. Wir holen nach, was verpasst worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zwischen der Behandlung der medienwürdigen Tagesordnungspunkte 1 und 3 erörtern wir jetzt ein sehr wichtiges Thema. Ich möchte hier einen kurzen Rückblick über die Entwicklung in diesem Bereich geben. Ich muss dafür nicht all das wiederholen, was die Kollegen Locherer, Hahn und Winkler gesagt haben. Vielmehr möchte ich einen kurzen Rückblick geben, einiges richtigstellen und Ihnen erklären, wie es fachlich zu bewerten ist.

Meine Damen und Herren, die Gemeinsame Agrarpolitik, das, was jetzt auf uns zukommt, ist beschlossen. Die Beschlüsse

wurden in Brüssel und auf der Agrarministerkonferenz in München getroffen. Ich sage vorweg: Ich kann sehr gut mit diesen Beschlüssen leben.

Bereits vor Beginn der Verhandlungen in Brüssel habe ich klar und deutlich gesagt: Ein Betrieb mit einer Größe von über 1 000 ha bedarf keiner großen Unterstützung. Wenn in einem solchen Betrieb ordentlich gewirtschaftet wird und man dort etwas vom Geschäft versteht, dann ist der Betrieb auf dem globalen Markt sehr wohl konkurrenzfähig. Deshalb ist es richtig, dass wir entweder eine entsprechende Degression vornehmen oder die Fördersätze für die ersten Hektar anheben. Herr Räßle vom Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverband hat eine stärkere Förderung der ersten 50 ha eines Betriebs gefordert. Wir haben jetzt den richtigen Weg eingeschlagen.

Aber man muss wissen – darauf werde ich später noch näher eingehen –, welche Auswirkungen die Förderungen auf einen landwirtschaftlichen Familienbetrieb haben. Erhält der Betrieb 1 600 € pro Jahr mehr, so entspricht das einer Förderung von 133 € pro Monat. Davon können Sie 80 Liter Diesel kaufen, aber nicht damit die Existenz des Betriebs sichern. Dieser Förderbetrag ist besser als gar keine Förderung. Die Förderung geht in die richtige Richtung; sie ist positiv zu bewerten. Aber mit dieser Förderung können Sie die Betriebe, die kein Eigenkapital gebildet haben und von der Substanz leben – es handelt sich um ein Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe hier –, nicht retten.

Wir müssen hier ehrlich zueinander sein und klar und deutlich sagen: Die Förderung geht in die richtige Richtung, entspricht aber nicht dem, was vor allem die Betriebe benötigen, deren Einkommen sich im Durchschnitt bewegt.

Das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg liegt deutschlandweit am unteren Ende. Das zeigt die Statistik; dies lässt sich auf die Größe der Betriebe zurückführen. Im Durchschnitt liegt das Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe in Baden-Württemberg bei 30 000 €; im bundesdeutschen Vergleich liegt der Durchschnitt bei 40 000 €. Man muss diese Zahlen kennen.

Bei einer vierköpfigen Familie braucht man zunächst einmal 30 000 € für private Belange. Aber der Betrieb soll auch noch die Abschreibung erwirtschaften, soll auch noch weiterentwickelt werden. Wir erkennen daran, dass diese Agrarpolitik die Betriebe nicht rettet. Vielmehr brauchen wir Gestaltungsspielraum für die Betriebe.

Wir müssen die landwirtschaftlichen Unternehmer Unternehmer sein lassen. Wir sollten sie nicht weiter einschränken, nicht stärker bürokratisieren, ihnen nicht noch mehr Vorschriften machen. Wir müssen einen Rahmen schaffen, der es den gut wirtschaftenden Betrieben ermöglicht, fortzubestehen – also nicht noch mehr Vorschriften, nicht noch mehr Gängelung, nicht noch mehr Bürokratie. Das ist die Aufgabe bei der Umsetzung vor Ort. Das heißt, das Landratsamt, das Landwirtschaftsamt, das Regierungspräsidium und das Landwirtschaftsministerium müssen die Vorschriften erlassen, die den Betrieben in der Praxis die Chance eröffnen, sich auf dem globalen Markt, auf dem europäischen Markt, im Wettbewerb vor Ort selbst zu helfen.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Hier bestehen riesige Chancen für die Betriebe, meine Damen und Herren. Es besteht ein entsprechender Käufermarkt. Baden-Württemberg mit seinen 10,5 Millionen Einwohnern hat die kaufkräftigsten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland. Unabhängig davon, ob die Produkte konventionell erzeugt werden oder es sich um Bioprodukte handelt, hier besteht für die Betriebe eine Riesenchance.

Auch durch Energieerzeugung besteht eine Riesenchance, ein Zusatzeinkommen zu erzielen. Aber wenn ich auf die Energieerzeugung verweise, dann sage ich auch: Da gab es einmal etwas. Wenn in einem landwirtschaftlichen Betrieb Solaranlagen auf dem Dach angebracht wurden, erhielt der Betrieb in den folgenden 20 Jahren eine Rendite, die keine Bank garantieren konnte. Aber damit ist jetzt eigentlich Schluss.

Auch die Betriebskosten müssen berücksichtigt werden. Herr Hahn, Sie wissen von Ihrem Betrieb her ganz genau, was es heißt, wenn man für elektrische Energie 80 % mehr zahlen muss als früher, und Landwirtschaft ist kapital- und energieintensiv. Das muss man sehen. Wenn man für Diesel anderthalbmal so viel zahlen muss wie früher, dann reichen die 133 € pro Monat – es ist gut, dass der Förderbetrag gestiegen und nicht gesunken ist – nicht aus.

Wir müssen – auch das ist wichtig – auch die Beschlüsse auf Bundesebene berücksichtigen.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Ja!)

Die Beschlüsse auf Bundesebene müssen im Bundeshaushalt langfristig entsprechend abgebildet werden. Herzliche Grüße an den neuen Koalitionspartner von CDU und CSU, an die SPD.

Ich erinnere daran, dass Herr Steinbrück – vielleicht kann sich noch jemand erinnern, wofür er stand – im Frühjahr dieses Jahres gesagt hat, der Anteil von 38 %, den die Agrarausgaben am Gesamtbudget der EU ausmachen, sei viel zu hoch. Wenn es nach ihm gegangen wäre, wäre die Landwirtschaft in Baden-Württemberg ordentlich „rasiert“ worden.

Mit den erzielten Ergebnissen können wir leben. Jetzt gilt es vor allem, umzusetzen, was in Brüssel und in Berlin beschlossen wurde. Für mich bedeutet das: Wir müssen die Regulierungswut einschränken. Wir dürfen den Betrieben nicht noch mehr Vorgaben auferlegen und diese auf die bestehenden Regelungen durch die EU und das deutsche Naturschutzrecht draufsatteln. Vielmehr müssen wir verträgliche Rahmenbedingungen für die Betriebe in Baden-Württemberg schaffen.

Die Agrarstatistik zeigt auch, in welchen Bereichen die Zahl der Betriebe zugenommen hat. Die Zahl der Betriebe in Deutschland, die eine Fläche von bis zu 50 ha bewirtschaften, ist in den letzten sieben Jahren um 3 % gesunken. Zugenommen hat die Zahl der Betriebe mit einer Fläche von mehr als 50 ha. Hier muss man ansetzen, damit sich die Betriebe weiterentwickeln können.

Meine Sorge richtet sich auch auf die Entwicklung der Kostenstruktur in den Betrieben. In welche Richtung zeigt die Entwicklung? Was ist mit den Energiekosten? Was ist mit den Arbeitskosten? In immer mehr Vollerwerbsbetrieben werden auch Fremdarbeitskräfte beschäftigt. Zugleich besteht hier ein Fachkräftemangel. Das spürt auch die Landwirtschaft.

In der Fragestunde werden wir heute noch thematisieren, wie sich ein Mindestlohn auf die Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben auswirken würde, die Sonderkulturen anbauen, die im Weinbau tätig sind. Wir müssen abschätzen, wie sich ein Mindestlohn auswirken könnte. Ein Mindestlohn ist für die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Land- und Forstwirtschaft, für die Betriebe, die Sonderkulturen anbauen, alles andere als erfreulich.

Zum Abschluss in der ersten Runde möchte ich noch einen weiteren Gedanken anführen: Wir verhandeln über das Thema „Freihandel mit den USA“. Was dabei herauskommt, ist noch unklar. Dies ist ein Unsicherheitsfaktor, denn davon werden Dinge abhängen, die uns letztlich bilateral beim Export unserer guten Produkte in die ganze Welt berühren werden.

Meine Damen und Herren, vielleicht noch einen Punkt: Die Chancen in der Landwirtschaft sind nicht deshalb gut, weil wir vor Ort einen guten Markt haben, sondern weil weltweit täglich – darüber muss man einmal nachdenken – 220 000 Menschen geboren werden. Das heißt, die Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Energie wird weltweit steigen. Grund und Boden werden immer knapper.

Man muss sich auch die Entwicklung der Pachtpreise anschauen. Es hilft dem einzelnen Landwirt gar nichts, wenn er zusätzliche Flächen pachtet und diese Pacht an den Eigentümer weitergibt. Das bringt dem landwirtschaftlichen Betrieb vom Einkommen her nichts. Deshalb müssen wir auch hier schauen, dass man keine zusätzlichen Hürden aufbaut.

Ich verlange von der Landesregierung vor allem, dass sie die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass sich die Unternehmer in unserem Land, die landwirtschaftlichen Betriebe, entwickeln können. Dazu gehört eine Unterstützung bei der Betriebsübernahme, bei Existenzgründungen wie im industriellen oder gewerblichen Bereich. Ich darf auch daran erinnern, dass wir nicht technikfeindlich sein dürfen.

Kurzer Hinweis: Der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz war in diesem Jahr in Brasilien. Da hat man gespürt, woher der Wind global weht. Das muss man nicht hierher übertragen, aber man muss es im Hinterkopf haben.

Es ist auch völlig offen, wohin sich die Energiepreise entwickeln, z. B. was den Bioenergieverkauf angeht. Der Gaspreis in den USA beträgt nur ein Drittel des Gaspreises bei uns. Ich sehe, wohin der Preis bei den Möglichkeiten, Strom zu speichern, geht und was die Landwirte dann zahlen müssen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss noch einmal meine Forderungen an die Landesregierung: Sorgen Sie dafür, Herr Minister, dass vor allem durch die Rahmenbedingungen für junge Landwirte, für unternehmerische Landwirtschaft, für die agrarfinanzierten Betriebe ein gutes Klima herrscht. Sorgen Sie dafür, dass die Agrarstrukturpolitik bei aller Berücksichtigung einer naturverträglichen Landwirtschaft nicht behindert wird. Dazu gehören nach wie vor: Flurneuordnung, weniger Gängelung, weniger Agrarpolizei, Sachverstand vor Ideologie und vor allem keine einseitige Klientelpolitik. Das ist ganz wichtig. Ich habe noch einen weiteren Punkt: kein Draufsatteln von Regelungen auf EU- und Bundesvorschriften und nicht noch mehr Gängelung einführen.

(Dr. Friedrich Bullinger)

Meine Damen und Herren, ich habe noch eine große Bitte: Für Ihre Politik bis 2016 wünsche ich mir, dass Sie Artikel 14 des Grundgesetzes, nach dem das Eigentum und das Erbrecht gewährleistet werden, verstärkt im Hinterkopf haben, das heißt, das Eigentum nicht nur mit Verpflichtungen und mit Auflagen versehen. Dann bin ich mir sicher, dass unsere Landwirtschaft eine gute Zukunft hat.

Meine Damen und Herren, Stillstand bedeutet Rückschritt. Ein chinesisches Sprichwort sagt: „Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen“ – nach den Koalitionsbeschlüssen wahrscheinlich weniger Windräder in Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Landwirtschaftsminister Bonde das Wort.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Titel der Aktuellen Debatte lautet: „Gute Politik für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg – jetzt ist Grün-Rot am Zug“. Ich glaube, der Titel macht deutlich: Gute Politik in Baden-Württemberg findet statt. Ja, Grün-Rot ist am Zug und gestaltet erfolgreich in diesem Politikbereich.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Es ist gar niemand da!)

Meine Damen und Herren, eine gute Politik haben wir uns 2011 vorgenommen, und wir haben in diesem langen Prozess der Verhandlungen auf europäischer Ebene und im Bund erste Ergebnisse zu verzeichnen, die deutlich machen, dass sich diese Arbeit gelohnt hat.

Nun haben Sie, Herr Abg. Locherer, vorhin eine Reihe von Dingen orakelt. Ich kann verstehen, dass es für eine Opposition schwierig ist, wenn eine Landesregierung mit deutlich mehr Geld aus Brüssel und aus Berlin für die heimische Landwirtschaft nach Hause kommt, als es der Vorgängerregierung gelungen ist.

(Zurufe der Abg. Karl Zimmermann und Paul Locherer CDU)

Ich glaube aber, es wird deutlich, dass auch Sie froh sind, dass es hier für Baden-Württemberg mit einem entscheidenden Verhandlungserfolg vorangeht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ich will allerdings auch deutlich sagen: Sie wissen, dass das, was Sie hier zum Vernebeln des Erfolgs vorbringen – Gefährdung der Finanzierung der Landwirtschaft durch den Nationalpark und anderes –, nicht zutrifft. Sie wissen, dass der Nationalpark mit der deutlichen Erhöhung der Naturschutzmittel durchfinanziert ist und die Landwirtschaft weder in der Sache noch in der Finanzierung vom Nationalpark betroffen ist, sehr geehrte Damen und Herren aus der Opposition.

(Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Das Ziel unserer Koalition war: Agrarpolitik soll gerechter und ökologischer werden. Das war unser Motto. Genau damit konnten wir Erfolge in Brüssel erzielen. Europa hat sich bewegt. Mit der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik geht man in Brüssel auf neue, auf gerechtere und ökologischere Pfade. Damit können wir sagen: Wir, Grün-Rot, haben einen Beitrag geleistet, dass die Politik in die richtige Richtung geht und sie sich für unser Land, für die Landwirtschaft und für die ländlichen Räume in Baden-Württemberg auszahlt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Im Rahmen des Budgets in Brüssel sind die Mittel für Deutschland für den Bereich „Ländlicher Raum und Landwirtschaft“ empfindlich gekürzt worden. Warum haben wir es geschafft, für Baden-Württemberg nicht nur Kürzungen abzuwenden, sondern für die Landwirte, für unseren ländlichen Raum sogar noch mehr herauszuholen? Das ist uns deshalb gelungen, weil sich grün-rote Ideen in Brüssel als wirksam zeigen, weil es gelungen ist, mit einer richtigen Linie in der Landwirtschaftspolitik etwas für kleine und mittelständische Strukturen zu tun, etwas für diejenigen zu tun, die auf Regionalvermarktung, auf Qualität aus der Region, auf spezialisierten Anbau in kleinräumigen Strukturen setzen und von einer Zusammenarbeit mit denjenigen ausgehen, die in den Bereichen Naturschutz, Landschaftspflege und Tourismus tätig sind. Uns ist es gelungen, genau diesen Impuls in der europäischen Politik zu setzen. Und das, meine Damen und Herren, zahlt sich jetzt aus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist die Opposition auch auf dem Holzweg, wenn sie hier kritisiert, dass wir uns für das Greening, für die ökologische Gestaltung der ersten Säule, eingesetzt haben. Denn ohne diesen wichtigen Impuls aus Brüssel wäre es nicht zu einer gerechteren Verteilung der einkommenswirksamen Direktzahlungen gekommen. Doch genau das ist der zentrale Punkt, der die Betriebsstrukturen in Baden-Württemberg in der nächsten EU-Förderperiode stärkt.

Gerade weil es gelungen ist, in Brüssel das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ umzusetzen, profitiert Baden-Württemberg. Andernfalls wären die Verbesserungen für die Landwirte im Land weit geringer ausgefallen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren: Grün-rote Politik ist ein Gewinn für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Das zeigt das Verhandlungsergebnis.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Frage nach einer gerechteren Verteilung ist ein wichtiger Punkt. 80 % der Mittel sind bisher 20 % der Betriebe zugeflossen. Jetzt wird umgesteuert.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Locherer?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So frech, wie der vorher war! Das war leicht unverschämt!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Bitte.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Paul Locherer CDU: Herr Minister, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben gerade den Grundsatz „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ angesprochen. Ich habe das vorhin in meiner Rede deshalb angeführt, weil dieser Grundsatz nicht erst seit jetzt gilt, sondern vor vielen Jahren in Baden-Württemberg erfunden wurde –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Aber nicht in Europa!)

auch durch Herrn Minister Weiser. Was sagen Sie dazu? Ist das jetzt neu, oder haben wir das schon länger in Baden-Württemberg? Das Greening wirkt sich gar nicht so maßgebend aus, weil wir es in den Ausgleichsmaßnahmen schon haben. Es ist keine Leistung von Ihnen, sondern es ist eine Leistung der Vorgängerregierung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herr Kollege Locherer, ich hatte bei Ihrer Rede schon vermutet, dass Sie bestimmte Dinge voneinander abkoppeln. Das Greening hatten wir in Baden-Württemberg nicht; es ist ein völlig neues Instrumentarium in der Landwirtschaftsförderung.

Wir haben in Baden-Württemberg kleinere Betriebsstrukturen, wir haben in Baden-Württemberg die Situation, dass die Landwirte bei uns über die geografischen Strukturen viel enger in den Naturschutz und den Erhalt von Kulturlandschaft eingebunden sind. Insofern: Ja, Baden-Württemberg hat eine positive Kultur in der Landwirtschaft. Das bestreitet niemand von uns. Darauf sind wir über alle Parteigrenzen hinaus stolz.

Neu beim Greening ist, dass die Europäische Union über Kriterien bei den Direktzahlungen Teile der Mittel an bestimmte ökologische Leistungen bindet. Genau das kommt uns jetzt zugute, weil wir diese Tradition haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Umso weniger verstehe ich, weshalb Sie zwei Jahre dagegen gekämpft und uns zwei Jahre lang kritisiert haben, dass wir Herrn Kommissar Ciolos – aus Ihrer Parteienfamilie kommend – auf diesem Weg unterstützt haben. Denn uns war klar: Wenn in Brüssel die Agrarpolitik grüner wird, ist das besser für Baden-Württemberg. Und so ist es gekommen. Wir haben recht behalten, nicht Sie.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Man sieht es doch in der konkreten Ausgestaltung, daran, wie es jetzt, nach der Entscheidung in Brüssel, gelungen ist, dies auf Bundesebene auszugestalten: Ab 2014 gibt es einen Zuschlag, der für die ersten 30 ha jeweils 50 € beträgt und für die nächsten 16 ha jeweils 30 €. Davon profitieren 90 % der baden-württembergischen Betriebe. Es macht in der Summe 13 Millionen € mehr für Baden-Württemberg aus.

Ich hätte mir an dieser Stelle durchaus noch mehr Unterstützung für die kleinen und mittelständischen landwirtschaftlichen Betriebe vorstellen können. Auch die Europäische Uni-

on hätte uns hier in Deutschland mehr Spielraum ermöglicht. Allerdings waren CDU und FDP dagegen: Auch der Ausgangsvorschlag von Frau Aigner lag deutlich unter dem, was wir, die von Grünen bzw. SPD regierten Länder, in der Ministerkonferenz und im Rahmen des jahrelangen Verhandlungsprozesses dort erreichen konnten. Auch hier gilt: Grün-Rot bringt mehr heim, als es die CDU für Baden-Württemberg erreicht hätte.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Baden-Württemberg gewinnt durch die deutliche Angleichung der Prämie in der ersten Säule, für die wir uns starkgemacht haben, und zwar im Umfang von rund 75 Millionen € über die Förderperiode.

Um für Betriebe in benachteiligten Gebieten keine Kürzungen in Kauf nehmen zu müssen, um nicht bei wichtigen Agrarumweltmaßnahmen kürzen zu müssen, haben wir für eine Verlagerung von Mitteln aus der ersten in die zweite Säule gekämpft. Die B-Länder, die unionsgeführten Länder, wollten dies partout nicht. Es ist zum Ende der Verhandlungen gelungen, Einigkeit herzustellen und eine Umschichtung im Umfang von 4,5 % zu erwirken.

Ich sage: Dies war ein ganz zentraler Erfolg für uns. Denn ohne diese Umschichtung in die zweite Säule, ohne die Umschichtung in den Bereich, aus dem wir unsere Landesprogramme finanzieren, hätte es in puncto Ausgleichszulage gewackelt, und zwar mit verheerenden Auswirkungen für den Schwarzwald und andere benachteiligte Regionen. Es hätte bei den Agrarumweltmaßnahmen gewackelt, auf die die Betriebe – gerade weil die Landwirtschaft in Baden-Württemberg so strukturiert ist, wie Sie, Herr Locherer, es zu Recht beschrieben haben – in besonderem Maß angewiesen sind.

Ich hätte mich dem Vorschlag von Frau Aigner anschließen können, die Ausgleichszulage in die erste Säule zu nehmen. Aber außer Bayern und den grün geführten Ländern war niemand dafür; es gab hierfür keine Mehrheit. Deshalb verstehe ich nicht, weshalb Sie bis heute kritisieren, dass wir die Umschichtung von der ersten in die zweite Säule vornehmen. Denn MEKA, Ausgleichszulage, Agrarinvestitionen, LEADER und andere Programme wären in Baden-Württemberg nicht mehr möglich gewesen, wenn es nicht gelungen wäre, die Mittel zu kompensieren oder sie sogar etwas aufzustocken, so, wie uns dies gelungen ist. Auch hier fährt die Landwirtschaft und fährt der ländliche Raum besser mit Grün-Rot, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Aber gern.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister, ich glaube, die von Ihnen genannten Punkte sind weniger ein Verdienst der hiesigen Landesregierung. Vielmehr gab es in München tatsächlich eine Allianz derer, die die Strukturen und die

(Dr. Friedrich Bullinger)

Grundstimmung in Brüssel berücksichtigt haben. Dazu gehört vor allem Bayern mit Minister Brunner; dazu gehören aber auch Hessen, Rheinland-Pfalz und zum Teil auch Thüringen, also die Länder, die ähnliche Strukturen haben. Diese Länder haben doch gemeinsam erreicht, dass die Entwicklung in diese Richtung geht. Man sollte in Baden-Württemberg hierbei die grünen Backen nicht so stark aufblasen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: He, was war denn das jetzt? – Abg. Martin Rivoir SPD: Das sind rote Backen, keine grünen! – Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Claus Schmiedel SPD: Wo war die Frage? – Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Wo ist die Frage?

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Herzlichen Dank für die Frage.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Es geht um die Frage des Backenaufblasens, Herr Minister.

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Das ist ein langer Verhandlungsprozess, der bekanntlich über eine Reihe von Stationen lief. Es ging um harte Auseinandersetzungen bei einem deutlich geschrumpften nationalen Budget – es waren 5,2 % weniger. Insofern war es ein harter Verteilungskampf. Denn es bestehen unterschiedliche landwirtschaftliche Strukturen. Bei uns im Süden, in Baden-Württemberg und Bayern, ist die Landwirtschaft eher kleinteilig strukturiert und sind die geografischen Verhältnisse schwieriger. Dagegen ist der Osten unserer Republik strukturell eher von großflächiger Landwirtschaft geprägt; auch gibt es dort historisch hohe Fördersätze, die weit über dem liegen, was bei uns im Süden gezahlt wurde.

Es war überhaupt nicht so, dass wir am Anfang dieser Verhandlungen eine Einladung anderer Länder vorgefunden und das Signal vernommen hätten: „Wir haben jetzt alle weniger Geld; wir geben euch Baden-Württembergern trotzdem noch etwas obendrauf.“ Es waren vielmehr harte Verhandlungen, an denen natürlich alle Länder mitgewirkt haben. Es war ein wichtiger Punkt, dass wir mit unseren Strukturen von einer Linie profitieren, die vor allem von den Ländern mit grüner Regierungsbeteiligung in die Verhandlungen eingebracht und eingefordert wurde.

Natürlich war es für uns eine Unterstützung, dass die Kommission in Brüssel und der konservative Kommissar Ciolos hierbei eine ähnliche Richtung einschlugen – übrigens war das eine harte Haltung gegenüber der Bundesregierung und den sie tragenden Parteien.

Jedoch waren dies alles Faktoren, die dazu beigetragen haben, dass es letztlich gelungen ist, ein Paket zu schnüren, mit dem alle 16 Länder sowie der Bund einverstanden waren. Insofern ist dies kein Konzept, bei dem sich ein einzelnes Bundesland oder eine bestimmte Parteienfamilie durchgesetzt hätte. Wenn ich mir jedoch anschau, was erreicht worden ist, meine ich: Wir Baden-Württemberger können stolz darauf sein. Wir haben wichtige Impulse bereits früh in die Debatte gebracht, die sich für die Landwirte in Baden-Württemberg in der Fläche letztlich auszahlen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Übrigens ist dies meiner Ansicht nach auch ein gutes Beispiel, um deutlich zu machen, dass man manchmal Mut braucht, um bestimmte Debatten anzustoßen. Das Greening war bei der Opposition sowie bei Teilen der Verbände nicht gerade populär. Dennoch ist man manchmal gut beraten, an einer klugen Idee festzuhalten.

Noch etwas ist in den vergangenen zwei Jahren der europäischen und der nationalen Diskussion über die Zukunft der Landwirtschaftsförderung gelungen: Wir haben mit den neuen Instrumenten, mit der engeren Bindung an die Leitlinie „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“ auch eine Legitimationsgrundlage geschaffen.

Ich bin überzeugt, dass diejenigen, die glauben, man könne in der Landwirtschaft historisch bedingte Subventionen um ihrer selbst willen bekämpfen, auf dem falschen Dampfer sind.

(Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Mit einer solchen Strategie wäre es meines Erachtens nicht gelungen, die notwendigen Mittel für die baden-württembergische Landwirtschaft in Brüssel und in Berlin zu verteidigen. Deshalb stehen wir, die Landesregierung, hierfür ein. Wir sind Modernisierungsschritte gegangen: Wir haben einen Weg beschritten, der nicht immer populär war, indem wir eingefordert haben, dass Agrarunterstützung gerechter und ökologischer wird. Wir konnten damit aber belegen, dass dieser Weg erfolgreicher ist als der, gegen Modernisierung zu kämpfen.

Die Landwirtschaft hat in dieser Debatte viele Verbündete, wenn sie sich gesellschaftlichen Erwartungen stellt und diese als Chance begreift, wenn sie Fragen etwa des Tierwohls, des ökologischen Landbaus, des Umweltschutzes oder der Regionalität aktiv aufgreift und auch dabei die Verbündeten in der Zivilgesellschaft mitnimmt.

In diesem Fall ist es gelungen, dass die Landwirtschaft profitiert. Das ist gute Politik für die Landwirtschaft in Baden-Württemberg. Meine Damen und Herren, Grün-Rot bleibt dabei auch weiter am Zug; es lohnt sich nämlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Super!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Rombach das Wort.

Abg. Karl Rombach CDU: Herr Präsident, Herr Minister, meine Kollegen und Kolleginnen Abgeordnete! Ich bin schon etwas verwundert über den Inhalt der Aussprache in dieser Debatte. Es ist doch klar, dass der Wechsel begonnen hat und dass Sie in der Hauptverantwortung sind, wenn es darum geht, nicht nur die ländlichen Räume in Baden-Württemberg zu gestalten, sondern auch und insbesondere die landwirtschaftlichen Familien und ihre Betriebe zu unterstützen und positiv zu begleiten.

Dass sich politische Rahmenbedingungen weltweit ändern und dass das Greening von Europa aus stärker forciert und dokumentiert wird, ist unbestritten. Aber Tatsache ist – das gehört zur Ehrlichkeit, Herr Minister –, dass gerade Baden-Württemberg

(Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

(Karl Rombach)

innerhalb des europäischen Konzerts, innerhalb der Bundesrepublik bis zum heutigen Tag eine Vorreiterrolle einnimmt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist in dieser Frage die Antwort schwierig; es ist schwierig, dies zu toppen und noch zu steigern. Es ist aber Ihre Verantwortung, hierfür eine treffende Antwort zu geben.

Wenn Sie das Ergebnis so positiv werten, so ist in der Tat in Einzelfällen richtig, was hier gesagt worden ist; letzten Endes gilt dies in der Summe für Baden-Württemberg als Ganzes und für die Familienbetriebe vor Ort, insbesondere im ländlichen Raum.

(Abg. Alfred Winkler SPD: War das jetzt ein Lob?)

Aber ich wundere mich, Herr Kollege Hahn und Herr Kollege Winkler, über Ihre Aussagen. Sie haben Feststellungen getroffen und Behauptungen aufgestellt, die absolut nicht der Realität entsprechen. Hierüber muss ich meine Verwunderung deutlich zum Ausdruck bringen. Denn Sie sagen deutlich, in der zweiten Säule käme jetzt mehr Geld an. Ich muss Ihnen aber ganz offen sagen: Das ist eine Beleidigung unseres ehrenwerten Ministers Weiser und aller seiner Nachfolger im Amt. Denn Sie müssen sich in der Tat an den Fakten messen lassen.

Ausgangslage war die Agrarministerkonferenz vom 4. November. Sie brüsten sich mit Ihren Taten, Herr Minister. Tatsächlich aber ist das Ergebnis, das Sie bis zum heutigen Tag erreicht haben, ein Minus gegenüber dem Vorschlag der Bundesministerin Aigner.

Die Zahlen zu allen Betriebskategorien der ersten Säule belegen das. Ich würde das in der Verantwortung als Abgeordneter, in der wir alle uns gewissenhaft sehen, nicht sagen, wenn ich nicht die Zahlen als Maßstab hätte. Daran kommen wir nicht vorbei. Das betrifft die zweite Säule, bei der zugegebenermaßen die Mittel zweckgebunden von den Ländern für eine nachhaltige Landwirtschaft – insbesondere für Grünlandstandorte, Raufutterfresser – eingesetzt werden müssen. Das kann man auf Bundesebene nicht mehr regeln. Da sind Sie im Land am Zug, flächenbezogene Agrar- und Klimaschutzmaßnahmen zu ergreifen.

Aber, meine Damen und Herren, ich erwarte doch Ansätze von Antworten und nicht Diskussionen und Feststellungen, die der Wahrheit nicht entsprechen. Ich habe keine einzige Weitergestaltung erlebt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, bitte kommen Sie zum Ende.

Abg. Karl Rombach CDU: Ich komme gleich zum Schluss. – Ich stelle fest, dass wir in Baden-Württemberg eine Erhöhung des Satzes von durchschnittlich 13 € pro Hektar haben. Das war eine Gemeinschaftsleistung der Bauernverbände und Ihrer Politik und auch Grundlage der bisherigen Politik.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Aber Antworten zu den Themen Ausgleichszulage, Raufutterfresser oder benachteiligte Gebiete in Baden-Württemberg ist

Zusammenhang mit der zweiten Säule habe ich in keinem Satz gehört. Ich gehe davon aus, dass Sie das in der zweiten Runde noch nachliefern.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! Man merkt, dass der Fachmann spricht!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Hahn das Wort.

Abg. Martin Hahn GRÜNE: Eines hat die Brasilienreise gezeigt – das ist eine der wesentlichen Erkenntnisse für Baden-Württemberg –: In Brasilien haben wir gesehen, dass 500-ha-Betriebe massiv vom Strukturwandel betroffen sind und von den 1 500-ha-Betrieben „aufgefressen“ werden. Diese Entwicklung setzt sich immer weiter fort.

Was wir dort noch gesehen haben – das ist, finde ich, das Wesentliche, denn das Erste ist nur eine Frage der Agrarstruktur –, ist, dass sich die Entsiedlung der ländlichen Räume umso schneller vollzieht, je größer die Agrarstruktur wird. Je größer die Höfe werden, desto schneller entsiedeln sich die ländlichen Räume. In Brasilien ist der Anteil der Landbevölkerung in den letzten zehn Jahren um 70 % gesunken.

Diese bitteren Erkenntnisse sind uns Auftrag genug, sozusagen diese Förderung aufzunehmen und die kleinen Betriebe zu unterstützen und somit den Strukturwandel abzubremsen. Wir wissen, dass er nicht aufzuhalten ist. Aber ihn abzubremsen muss das Ziel sein. Denn jeder einzelne Betrieb in Baden-Württemberg muss uns wert sein, ihn zu erhalten, um die Zukunft des Landes mitzugestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Sicher ist auch, dass dieses Geld aus der ersten Säule den Betrieb nicht rettet. Aber es ist ein Element. Kollege Rombach; natürlich setzt sich die Entwicklung fort, und natürlich sind die Umstellung der Beratung und das In-die-Fläche-Bringen der Beratung wesentliche Instrumente. Der Rechnungshof hat uns gezeigt, dass das Geld, das in die Beratung investiert wird, für die Zukunft der Höfe in Baden-Württemberg gut angelegt ist. Das werden wir angehen. Die Beratung wird ein Kernthema in der Entwicklung der zweiten Säule sein. Aber es würde heute zu weit führen, über die Entwicklung der zweiten Säule insgesamt zu diskutieren; das ist nicht das Thema der heutigen Debatte.

Das AFP ist angesprochen worden. Die Frage der Ökologisierung und alle weiteren Kernthemen sind in der Entwicklung. Aber wichtig ist doch nun – das muss man an dem Punkt, an dem wir heute sind, nachdem die Grundlagen seit zwei Wochen endlich klar sind, sagen –: Wir haben endlich die Grundlagen, um das zu entwickeln, was unsere Aufgabe ist. Sie haben recht: Der Ball liegt in unserem Feld. Wir haben gute Spielführer, wir haben eine gute Mannschaft,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wo?)

die das gestaltet, was unsere Aufgabe ist.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Winkler.

Abg. Alfred Winkler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst will ich dem Kollegen Rombach kurz antworten, damit es nicht vergessen wird: Die Mehrzahlung für kleine Betriebe bis 30 ha und für Betriebe von 30 bis 46 ha haben der Bundesbauernverband und der Landesbauernverband vor drei Jahren noch abgelehnt. Sie haben sich nicht auf eine Veränderung, Degression oder Deckelung der Direktzahlungen geeinigt – damit das klar ist. Eine Staffelung haben wir hier im Haus aber schon damals gefordert. Jetzt wird sie akzeptiert, und das ist okay.

Ich möchte noch auf einige Punkte eingehen, die in der Broschüre der CDU-Fraktion „Zwei Jahre Grün-Rot“ zum Thema Landwirtschaft stehen.

Zum einen steht dort, Minister Schmid verhöhne den ländlichen Raum durch seine Aussage über das Zuwachsen der Wälder.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So war es auch! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

– Ja, ja. Deswegen gehe ich darauf ein. – In den letzten 20 Jahren ist in Baden-Württemberg ein Zuwachs an Waldfläche von 0,3 Millionen ha entstanden. Unter Ihrer Ägide sind Täler zugewachsen, und Sie haben nicht darüber geredet.

(Abg. Karl Rombach CDU: Das waren Höhegebiete, keine Täler!)

Das hat nicht Minister Schmid erfunden, das war Ihr Bier.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Das ist ein Fakt, um den Sie nicht herumkommen.

Der zweite Punkt: Risikoversorge. Sie kritisieren, es sei keine Risikoversorge für unwetterbedingte Schadensgroßereignisse im Finanzhaushalt vorgesehen. Ja hat denn die alte Landesregierung vielleicht ihren Haushalt nach den Wetterprognosen im hundertjährigen Bauernkalender gestrickt? Man kann doch diese Ereignisse nicht vorhersehen, man kann sie doch nicht im Haushalt abbilden. Das haben Sie selbst nie gemacht. Deswegen ist es doch absurd, wenn Sie uns vorwerfen, dass wir das nicht tun.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Winkler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Locherer?

Abg. Alfred Winkler SPD: Gern am Ende des zweiten Punkts.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das geht nicht, denn wenn die Redezeit von fünf Minuten vorbei ist, darf er keine Frage mehr stellen. Lassen Sie sie jetzt zu, ja oder nein?

Abg. Alfred Winkler SPD: Ja.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Locherer, bitte.

(Abg. Volker Schebesta CDU: In der zweiten Runde! Er hat noch fünf Punkte!)

– Nein, drei.

Abg. Paul Locherer CDU: Herr Kollege Winkler, Sie sprechen gerade den Risikoausgleich bei Wetterunbilden und Ereignissen an, die die Landwirtschaft mit der „Werkstatt im Freien“ am stärksten betreffen. Wie bewerten Sie, dass in den jetzt abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen zwischen Schwarz und Rot in Berlin ausdrücklich das Thema Risikoausgleichsrücklage, also genau das Thema, das von der CDU gesetzt war, eine ganz bedeutende Rolle spielt?

Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist der Punkt. Sie werfen uns das vor, was Sie selbst nie gemacht haben. Sie selbst haben es in Baden-Württemberg nie gemacht, aber verlangen es jetzt von uns.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das haben wir doch durchgesetzt! – Gegenruf des Abg. Ulrich Lusche CDU: Durchgesetzt ist gar nichts!)

Das gilt genauso für den nächsten Punkt. Sie kritisieren in Ihrer Broschüre, es gebe keinen Ausgleich für fehlende EU-Mittel. Meine Damen und Herren von der CDU, Ihr Fraktionsvorsitzender hat als Minister für Ländlichen Raum und Landwirtschaft ständig erklärt, die Landesregierung sei nicht in der Lage, fehlende EU-Mittel auszugleichen, es sei allein schon schwierig, die eigenen Ergänzungsmittel aufzubringen. Diese haben Sie aufgebracht, wenn einmal Mittel ausfielen, aber Sie haben nie fehlende EU-Mittel ersetzt.

(Abg. Karl Rombach CDU: Natürlich!)

Das haben Sie nie gemacht. Sie getrauen sich aber jetzt, in einer Broschüre von uns etwas zu verlangen, zu dem Sie selbst nie imstande waren. Das ist in höchstem Maß unfair.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Widerspruch der Abg. Paul Locherer und Karl Rombach CDU)

Der letzte Satz dazu, einfach damit es richtiggestellt wird: Sie kritisieren in Ihrer Broschüre, wir hätten MEKA-Mittel im Umfang von 40 Millionen € gekürzt. Das ist total außerhalb der Rolle. Diese Mittel wurden nicht gekürzt, sie wurden von Ihnen vorher ververspert; sie waren nicht mehr da.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kollege Dr. Bullinger hat noch das Wort gewünscht. Er darf noch einen Satz sagen. – Bitte, Kollege Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, auch kleine Zeiträume sind wichtig für eine Botschaft.

Ich möchte noch einmal klarstellen: Wir brauchen insgesamt eine Unterstützung des ländlichen Raums. 70 % der in der Landwirtschaft erzielten Einkommen bestehen aus Einkommenskombinationen. Deshalb bitte ich noch einmal darum, den Betrieben, die davon leben, den Raum zu schaffen, dass sie sich entwickeln können. Unternehmerische Landwirtschaft ist wichtig. Man darf die Situation im ländlichen Raum nicht durch falsche Bildungs- und Polizeireformen, durch eine falsche Verkehrspolitik und sonstige Politik verschlechtern. Einkommensmöglichkeiten im ländlichen Raum als Ganzem zu schaffen, das ist die Aufgabe.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

a) Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften – Drucksache 15/4127

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Drucksache 15/4192

Berichterstatter: Abg. Dr. Patrick Rapp

b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Nationalpark Nordschwarzwald Version 2.0 – Drucksache 15/3460

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/4127, gestaffelte Redezeiten mit einer Grundredezeit von zehn Minuten je Fraktion und für die Begründung des Antrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3460, eine Redezeit von fünf Minuten festgelegt.

Ich schlage vor, die Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung und des Antrags der Fraktion der FDP/DVP zusammenzufassen.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen heute über die Einrichtung eines Nationalparks im Nordschwarzwald ab. Im Grundsatz ist die Einrichtung eines Nationalparks aus natur- schutzfachlicher Sicht absolut richtig.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD)

Das sehen wir, die Abgeordneten der CDU, genauso. Einige von uns in der CDU haben das auch früher schon so gesehen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, versagen heute viele von uns die Zustimmung zu Ihrem Gesetz nicht aus natur- schutzfachlicher Sicht,

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

sondern weil Ihr Gesetz schlichtweg nicht ausgewogen, sondern unreif ist, aber auch weil dadurch andere Naturschutzprojekte in diesem Land ins Hintertreffen geraten.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andrea Lindlohr GRÜ- NE: Wo ist Ihr Gesetz?)

Ich möchte dies gern näher begründen.

Erstens: Sie haben den Kommunen in der Nationalparkregion einen touristischen Mehrwert versprochen, den Sie auch noch durch Ihr Gutachten zu belegen versucht haben. In Ihrem Gesetz spielt allerdings weder der Tourismus noch dessen Entwicklung irgendeine Rolle. Es existieren nicht einmal Programme. Sie stellen auch keine Mittel zur Verfügung, um

diese Entwicklung nach vorn zu bringen, und dies, obwohl Sie alle gemeinsam vorgeben, zu wissen, dass Tourismus nur dann funktioniert, wenn entsprechende Attraktionen geschaffen werden. Dies, meine Damen und Herren, müssten aber Attraktionen sein, die den Gästen und den Touristen und nicht den Mitgliedern der Landesregierung gefallen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Zweitens: Nach der Anhörung zu Ihrem Gesetzentwurf sind Sie nicht mehr auf die Verbände zugegangen – das hat die Anhörung deutlich gezeigt –, die Ihren Gesetzentwurf kritisiert haben. Sie haben nicht nach Lösungen gesucht und auch nicht über die berechtigten Kritikpunkte diskutiert und diese – wie es der Idealfall gewesen wäre – ausgeräumt. Sie haben nicht reflektiert, wie Sie die negativ betroffenen Bürgerinnen und Bürger einbinden können.

Stattdessen haben Sie sich auf die CDU eingeschossen. Jetzt frage ich Sie, ob es vielleicht nicht sinnhafter und besser gewesen wäre, sich um die Anliegen der örtlichen Bevölkerung zu kümmern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: 160 Veranstaltungen!)

Sie werden dies nachher vermutlich wieder tun, statt die Anliegen vor Ort ernst zu nehmen und sich um Lösungen zu kümmern.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Na, na!)

Drittens ein paar Worte zur Nachhaltigkeit Ihres Vorhabens: Einige von Ihnen – das wurde in den letzten zwei Jahren sehr deutlich – sehen sich in der direkten Nachfolge von Carlowitz, dem Urheber des Nachhaltigkeitsbegriffs. Ihnen hätte daher auch auffallen können oder müssen, dass dieser Nationalpark nur dann nachhaltig funktionieren und für die Region stärkend sein kann, wenn er vor Ort gelebt wird. Das geht nun einmal nicht ohne die Bevölkerung und ohne die Menschen im Schwarzwald.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/ DVP – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben seit dem Frühjahr dieses Jahres – mit einigen von Ihnen auch hinter den Kulissen – verhandelt. Das Ziel bestand darin, die Anforderungen aus der Region mit den Zielen des Naturschutzes unter ein Dach zu bekommen, also – für Sie zum Mitschreiben – einen Kompromiss zu suchen.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Es ging darum, einen Nationalpark auf den Weg zu bringen, dessen Kosten geklärt sind. Selbst der Landesrechnungshof gibt zu bedenken, dass bei der Finanzierung enorme Lücken bestehen. Über die Bedeutung der Aussagen des Landesrechnungshofs hat Herr Binder heute Morgen wunderbar referiert. Die Sicherstellung der Finanzierung lassen Sie außen vor. Sie gehen die Risiken nicht an, ebensowenig die Fragen, wie mit Borkenkäfern, mit Wildschäden umgegangen werden soll, wie diese Risiken minimiert werden

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

(Dr. Patrick Rapp)

und wie Entschädigungsregelungen aussehen könnten. Sie sagen, dies sei rechtlich nicht möglich. Ihr Justizministerium sagt etwas anderes. Wenn man wirklich den Wunsch hat, eine entsprechende Kommission einzurichten, dann wäre das durchaus machbar.

(Beifall bei der CDU – Abg. Claus Schmiedel SPD:
Machen wir doch!)

Sie haben es auch nicht geschafft – das müssen Sie zugeben –, die Region touristisch zu stärken. Sie haben keine entsprechenden Signale gesetzt.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Die Bürgerbefragungen haben gezeigt, dass unser Weg eigentlich der richtige ist, nämlich der, den Kompromiss zu suchen zwischen Naturschutz und dem, was in der Region notwendig ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Beate Böhlen GRÜNE:
100 000 Menschen sind dafür!)

Deshalb haben wir Forderungen unterschiedlicher Gruppierungen in der Region zusammengestellt und daraus – Herr Minister, passen Sie jetzt auf, damit Sie es später nicht falsch wiedergeben – Vorschläge – keine Festlegungen – für einen Bürgernationalpark erarbeitet.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Der peinlich ist!)

Ein Teil dieser Vorschläge bezieht sich übrigens auch auf die Größe der Nationalparkfläche. Ihr Gesetz sieht zwei Teilflächen vor. Hätten Sie sich, statt sich mit uns abzukämpfen, halbwegs seriös mit den Vorschlägen aus der Region auseinandergesetzt, wäre Ihnen möglicherweise nicht entgangen, dass die Kern- und Schutzfläche des Bürgernationalparks nur unwesentlich von der naturschutzrelevanten Kernfläche Ihres größeren Teilgebiets abweicht und damit naturschutzfachlich nahezu gleichwertig ist.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Sie stützen Ihre Argumentation vor allem auf die Kriterien des internationalen Verbands, der IUCN. Sie verkennen dabei aber auch, dass diese für die Einrichtung eines Nationalparks nicht zwingend sind.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Qualitätskriterien!)

Diesen Sachverhalt kann jeder hier im Raum selbst recherchieren. Ich bitte Sie, gleichzeitig über das Einvernehmen und Benehmen des Bundesamts für Naturschutz zu recherchieren.

Da Sie nachher mit Sicherheit noch das Flächenstilllegungsziel der Bundesregierung von 5 % anführen werden, möchte ich auch hierzu eine Bemerkung machen: Weder die Kanzlerin noch die Bundesregierung haben verlangt, dass dieses Ziel mit der Brechstange und unter Umgehung der Menschen vor Ort durchgesetzt werden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Klaus Burger CDU: Bravo!)

Wir werden Sie natürlich nicht zum Umdenken bewegen können. Deswegen haben wir im Sinne der Region zusammen mit den Kollegen der FDP/DVP vier Änderungsanträge eingebracht, über die wir nachher noch abstimmen werden.

Zum Abschluss gestatten Sie mir noch einen Gedanken.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Einen Gedanken!)

– Also dann mehrere. – Wir wissen, dass Sie an manchen Stellen auch Forderungen entgegengekommen sind. Das war gut. Sie haben sich auch bewegt. Wir wissen aber auch, dass Sie den Gesetzentwurf so, wie er jetzt vorliegt, nachher verabschiedet werden. Wir wissen ebenso, dass Sie dies – wie immer – mit frenetischem Beifall und gegenseitigem Schulterklopfen tun werden.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ja!)

Meine Damen und Herren, wir wissen aber, dass Sie dies machen, ohne dass es Ihnen gelungen wäre, eine Finanzierung auf die Beine zu stellen, Kostentransparenz herzustellen, Konzepte für den Tourismus zu erstellen oder Verkehrskonzepte zu erarbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber das ist doch falsch! –
Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Auch wenn es sich hier, meine Damen und Herren, um ein Naturschutzprojekt, ein ökologisches Projekt handelt, entbindet es Sie nicht aus Ihrer Verantwortung, ein ausgereiftes Gesetz vorzulegen, Kompromisse zu suchen und vor allem Kosten und Finanzen seriös darzulegen.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Dr. Rösler das Wort.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein historischer Tag.

(Vereinzelt Beifall)

2014 wird Baden-Württemberg einen Nationalpark haben, 142 Jahre nach dem ersten weltweit, 105 Jahre nach dem ersten in Europa – in Schweden –, 44 Jahre nach dem ersten Nationalpark in Deutschland.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Da hätten Sie sich auch einmal eine Krawatte anziehen können! – Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP)

Heute ist aber auch deshalb ein historischer Tag, weil wir nicht über ein Projekt entscheiden, das nur auf eine, zwei oder drei Legislaturperioden ausgerichtet ist. Bei Nationalparks können wir parteiübergreifend feststellen, dass aus Sicht eines Waldes und ökologischer Prozesse 30 Jahre eine sehr kurze Anlaufzeit für ein Projekt sind, das auf mindestens mehrere Jahrhunderte ausgelegt ist. Deswegen gibt es am heutigen Tag einige Aspekte, die wir über die Tagespolitik hinaus betrachten und beleuchten sollten.

(Dr. Markus Rösler)

Ein Land

– so hat Aldo Leopold vor fast 100 Jahren formuliert –

darf sich erst dann als kultiviert und zivilisiert bezeichnen, wenn es der Wildnis genug Bedeutung schenkt.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Punkt 1: Zuständigkeit der Ebenen. Die Nationalparkdebatte hat uns allen etwas Grundsätzliches noch einmal deutlich gemacht: Wir müssen uns darüber im Klaren sein, für welche Aufgaben der Bund, das Land, die Kreise oder die Kommunen zuständig sind.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Es ist legal und legitim, dass jeder die Interessen seiner Ebene vertritt: wir die Interessen des Landes, die Gemeinderäte die Interessen der Kommunen. Das ist übrigens ein entscheidender Grund, Herr Kollege Rapp, weswegen wir Ihre Anträge Drucksachen 15/4388-2 und 15/4388-3 ablehnen. Beim Nationalpark handelt es sich zweifellos nicht um ein Projekt der kommunalen Ebene. Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP/DVP, sind Sie denn der Meinung, dass die Kommune Hintertupfingen durch einen Beschluss oder einen lokalen Bürgerbescheid eine geplante Autobahn auf ihrer Gemarkung verhindern können soll? Wenn Sie dieser Meinung sind – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Freudenstadt! Baiersbronn! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: „Streiche/ setze“! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Das ist eine Beleidigung des ländlichen Raums! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wort hat Herr Kollege Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wenn Sie dieser Meinung sind, Kolleginnen und Kollegen der CDU und der FDP/DVP, dann bringen Sie einen Antrag ein. Wir sind im Augenblick gemeinsam dabei, die Frage der Beteiligungsmöglichkeiten im Land neu zu regeln. Aber diesen Antrag bringen Sie nicht ein, und das ist auch richtig so.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Streiche Hintertupfingen, setze irgendetwas! – Abg. Winfried Mack CDU: So ein arroganter Schnösel!)

Als es im Kreis Freudenstadt um die beiden Krankenhausstandorte Horb und Freudenstadt ging und klar war, dass der Kreis auf Dauer nicht beide Standorte halten kann,

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Will!)

wie haben da die Kreisräte abgestimmt, die nicht aus Horb kamen, parteiübergreifend, auch die von der CDU und der FDP/DVP? Sie stimmten mit breiter Mehrheit für die Schließung des akutstationären Bereichs in Horb.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Also! „Mit breiter Mehrheit“, davon kann keine Rede sein!)

– Fünf Gegenstimmen im gesamten Kreisrat. – Hätten Sie zu dieser Frage eine Bürgerbefragung in Horb durchgeführt, dann

hätten sich mit Sicherheit mehr als 80 % ablehnend ausgesprochen. Damit sind wir bei einer strukturellen und nicht inhaltlichen Frage dieser Debatte, die ja viele Emotionen auslöst.

(Zurufe von der CDU)

Die Entscheidung des Kreistags fiel bewusst gegen die Stimmung in Horb, so wie die Entscheidung des Landtags heute bewusst gegen die Stimmung in einem Teil der betroffenen Kommunen fallen wird. Das ist mir, das ist uns bewusst, und das bedeutet auch: Daran müssen wir in den nächsten Wochen und Monaten besonders intensiv arbeiten. Ich hoffe auch, dass wir alle hier im Haus nach der getroffenen Entscheidung als gute Demokraten dazu beitragen, Brücken zu schlagen und zu kooperieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Sabine Kurtz CDU: Vorher wäre besser gewesen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Punkt 2: Angst und Stimmungen sind schlechte Ratgeber. Populisten gehen auf Menschenjagd, indem sie zuerst Angst auslösen. Das habe ich gerade eben wieder sehr intensiv erlebt.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Was er sagt, ist kaum auszuhalten! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vor dem Mikrofon haben wir mehr Angst als vor Ihnen! – Zurufe von der CDU)

Es ging und geht in dieser Nationalparkdebatte häufig um Angst und Emotionen.

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen doch wenigstens hören, was er sagt, bevor Sie darauf antworten!

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen wir doch!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wahrscheinlich haben sie Angst vor dem, was ich sage.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Angst vor dem Borkenkäfer, Angst vor Betretungsverboten und – Kolleginnen und Kollegen, hören Sie gut zu – auch Angst vor der Unsicherheit, wie sich der Wald ohne Bewirtschaftung entwickelt – das ist eine Frage, die sich die Menschen dort im Raum stellen.

Wir haben – das ist durchaus ein selbstkritischer Rückblick auf die Nationalparkdebatte – als Grüne und als Rote zu sehr auf Argumente gesetzt.

(Beifall der Abg. Beate Böhlen GRÜNE – Lachen bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben auch zu wenig Stimmungen bedient. Aber ist es Aufgabe der Politik, Stimmung zu machen?

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Das ist der Bumerang, der zurückkommt!)

(Dr. Markus Rösler)

In einem gewissen Umfang machen wir das selbstverständlich alle.

(Beifall der Abg. Heribert Rech und Sabine Kurtz CDU)

Jede noch so banale Pressemitteilung – von Ihnen genauso wie von uns – macht irgendwie Stimmung. Aber im vorliegenden Fall hängt die Stimmung auch mit Bitterkeit, mit Verhärtung und mit Aggressionen zusammen. Das haben wir erlebt.

Ich sage in diesem Zusammenhang ganz ausdrücklich: Selbstverständlich ist es völlig verfehlt, wenn sich Nationalparkbefürworter unter Pseudonymen zu gewalttätigen Äußerungen hinreißen lassen, wie das dieser Tage geschah.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben mit der Entwicklung des Biosphärengebiets ein gutes Beispiel gehabt!)

Es hinterlässt aber auch einen seltsamen Nachgeschmack, wenn man sich im Internet die Seiten der Nationalparkgegner durchliest und folgende Zitate findet:

Nein danke zu dem grünen Abschaum. Irgendwann wird sich dieses Geschmeiß in Wohlgefallen auflösen.

(Abg. Sabine Kurtz CDU: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

Die Grünen: Wann wachen die Bürger endlich auf und werfen diese Deutschenhasser und Feinde persönlicher Freiheit auf den Müllhaufen der Geschichte?

Und direkt darunter ganz groß:

Dunkle Zeiten rufen nach finsternen Taten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sind Sie ein Sensibelchen, oder was?)

Wenn ein Hotelbesitzer am Hoteleingang ein ihm gut bekanntes Mädchen, ein Kind, begrüßt und sie ihn fragt, ob er für den Nationalpark sei, und er Ja sagt, und sie sich deswegen wortlos umdreht und hinausgeht, dann ist etwas schiefgelaufen in der Gesellschaft. Solche Vorfälle müssen uns allen zu denken geben.

(Unruhe)

Vergiftete Stimmung schon bei Kindern. Ich hoffe, dass hier im Parlament Konsens darüber besteht –

(Unruhe bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Rösler, bitte warten Sie. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass Emotionen hochkommen, kann ich ja noch verstehen; aber Sie müssen schon dem Redner zuhören.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das machen wir doch!)

– Nein, das machen Sie offensichtlich nicht; denn es ist ständig so laut, dass Sie ihn gar nicht hören können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wir hören ihn, aber wir verstehen ihn nicht!)

Bitte, Herr Kollege Dr. Rösler.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Derartige Stimmungsmache bei Kindern verurteilen wir, so hoffe ich, gemeinsam.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Siehe Stuttgart 21! – Weitere Zurufe)

Es gibt noch andere Aspekte in dieser Debatte, die uns grundsätzlich zum Nachdenken bringen sollten, z. B. die Frage, wie wir mit modernen Medien umgehen und wie schnell und immer schneller große Mobilisierung bei Misserfolg zu großer Enttäuschung und zu vorgenannter Verhärtung, Verbitterung und Aggressionen führen. Die Geister, die ich rief, die modernen Medien, spitzen immer mehr zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie spitzen zu, und dies im Stunden-, im Minuten-, teils im Sekundentakt. Ich erlaube mir zu sagen: Ich wäre, mit Verlaub, dankbar, Sie würden beim Zuhören ein kleines bisschen nachdenken.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir hören alles!)

Wir haben es nämlich nicht mehr mit Tagespolitik, sondern mit Minutenpolitik zu tun. Das ist eine Entwicklung, bei der wir uns gemeinsam überlegen sollten, wie wir mit modernen Medien und ihren Auswirkungen auf Debatten bei uns in der Politik umgehen sollten.

Nun einige Worte speziell zu Ihnen, Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Leider wird das, was Sie beim Nationalpark vorschlagen, immer absurder und abstruser. Am 18. November saßen Sie mit der Speerspitze der Nationalparkgegner in einer gemeinsamen Pressekonferenz und forderten einen Nationalpark in einer Höhe von über 900 m. Sie wissen, was das bedeuten würde: einen Flickenteppich, der dem Begriff „Nationalpark“ Hohn spricht.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Kein Ausschließlichkeitsanspruch!)

Herr Hauk, Sie machen damit nicht nur sich, sondern die CDU lächerlich.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das lassen Sie einmal meine Sorge sein! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Es tut mir leid um die guten gemeinsamen Bemühungen, die es zwischen unseren Kollegen, der SPD und der CDU gab. An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für die gute und kollegiale Zusammenarbeit mit den Kollegen Locherer und Rapp bedanken. Das war nicht selbstverständlich.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rapp?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber selbstverständlich.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte, Herr Abgeordneter.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen wir zum Thema zurück!)

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielen Dank, Kollege Rösler. – Nur um eine Klarstellung zu erreichen, weil Sie die Vorschläge bezüglich der 900 m angesprochen haben: Ihnen ist auch bekannt, dass unsere Vorschläge durchaus verhandelbar sind und dass kein Ausschließlichkeitsanspruch bestand?

(Abg. Elke Brunnemer CDU zu den Grünen: Denken beim Zuhören!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Es freut mich, wenn Sie sagen, dass Ihre Vorschläge verhandelbar sind. Das gilt dann z. B. hoffentlich auch in der Frage der 10 000 ha, auf die ich gleich zu sprechen komme.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Wie bei Ihnen auch!)

Leider fährt die CDU-Fraktionsspitze seit einiger Zeit einen völlig anderen Kurs. Herr Hauk, angesichts dieser vertanen Chance einer überparteilichen Zusammenarbeit tun Sie mir leid.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Denn das, was Sie seit einigen Wochen beim Thema Nationalpark machen, ist eine Selbstdemontage der CDU. Sie machen gemeinsame Sache mit der Speerspitze der Nationalparkgegner.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wer hat denn mit von Herrmann 2011 am Bahnhof gestanden?)

Damit verfehlen und verschenken Sie das, was Sie vorgeben zu sein: die bürgerliche Mitte.

Fantasten

– so hat Axel von Ambesser einmal formuliert –

sind Leute, die tun, was sie nicht lassen können. Realisten sind Leute, die lassen, was sie nicht tun können.

Demnach gehört die CDU im Augenblick zu den Fantasten, aber definitiv nicht zu den Realisten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Weitere Zurufe von der CDU)

Denn eines ist in den letzten Wochen klar geworden: Nationalpark können Sie nicht.

Noch eines, Herr Hauk. Die CDU kritisiert unsere „mangelnde Bürgerbeteiligung“. Wissen Sie, was? Das ist, als ob der Bock den Gärtner kritisiert. Es gibt ein von Ihnen, von der CDU, in Auftrag gegebenes Gutachten zur Nationalparkdebatte. Der Gutachter formulierte, es sei eine ungewöhnlich breite Information der betroffenen Bevölkerung erfolgt.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Information ja, aber keine Beteiligung! – Abg. Peter Hauk CDU: Information!)

Er formulierte weiter, neben wenigen technischen Problemen sei der laufende Prozess im Hinblick auf seine Breite und die Vielfalt der eingesetzten Instrumente beispiellos.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das sagt Ihr eigener Gutachter.

Bei der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs im Oktober 2013 gingen Sie zu den Nationalparkgegnern hinaus und haben sie zum Essen eingeladen. Als aber die Nationalparkbefürworter Sie gefragt haben, ob Sie zu ihnen kommen, haben Sie sich dem Gespräch verweigert. Das ist der persönliche Stil des CDU-Fraktionsvorsitzenden zum Thema „Bürger anhören“.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wann war das?)

– Am 23. Oktober 2013, hier vor der „Hütte“. Ich stand dabei.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Ach so!)

Herr Hauk, der Verein „Demokratie jetzt!“ – diejenigen, die sich seit Jahrzehnten für mehr Bürgerbeteiligung im Land einsetzen – wirft der CDU im Augenblick öffentlich – hören Sie gut zu – mangelndes Demokratieverständnis im Zusammenhang mit der Nationalparkdebatte vor.

(Zurufe von der CDU)

So weit zum Thema „CDU und Bürgerbeteiligung“.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Dann, Kollege Rapp, zu diesen Kriterien. Diese stammen aus dem Jahr 2008. Damals war Herr Hauk der zuständige Minister. Die LANA hat diesen Kriterien zugestimmt, und damit hat das Land Baden-Württemberg – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie kennen die LANA?)

– Ich kenne die LANA, und ich weiß: Wenn sie etwas zustimmt, weiß der zuständige Fachminister ganz genau, um was es sich handelt. Jetzt kommen Sie plötzlich und sagen: „Nein, nein.“ Wissen Sie, was „Pacta sunt servanda“ bedeutet?

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Offensichtlich nicht, Herr Hauk. Ich formuliere es einmal so – ich verallgemeinere nicht –: In diesem Punkt ist Ihre Einstellung offensichtlich, auf gut Schwäbisch gesagt, die: „Was goht mi mei saudumms Gschwätz von vorgerscha?“

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

In diesen Kriterien steht nämlich, dass Nationalparke 10 000 ha groß sein sollen. Darin steht auch, dass nach 30 Jahren 75 % der Gesamtfläche Kernzone sein sollen. Sie aber schlagen einen „Billig-Bonsai-Nationalpark“ vor. Klein soll er sein, genutzt soll er sein, und billig soll er sein. Damit konterkarieren Sie das, was nationaler Konsens ist – beim Bundesamt für Naturschutz, bei den IUCN-Vertretern, bei den Nationalparkfachleuten.

Sie, Herr Hauk, machen die CDU mit Ihren Vorschlägen bloß zum Gespött in ganz Deutschland.

(Beifall der Abg. Edith Sitzmann und Manfred Kern GRÜNE – Abg. Andreas Deuschle und Abg. Nicole Razavi CDU: Kein Applaus!)

(Dr. Markus Rösler)

Wissen Sie, was mir bei Ihren Nationalparkpressekonzerten der letzten Wochen eingefallen ist?

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Mark Twain ist mir eingefallen, Kollege Hauk:

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Und als sie das Ziel aus den Augen verloren hatten, verdoppelten sie ihre Anstrengungen.

Dabei haben wir in vielerlei Hinsicht sehr wohl genau das gemacht, was Sie eingefordert haben: regionale AGs, Nationalparkrat mit kommunaler Beteiligung – deutschlandweit einmalig –, Gebietskulisse, Gebietsabgrenzung, Holzgarantie. Erst in der letzten Woche haben wir sogar die Sitzung des zuständigen Ausschusses unterbrochen, um eine Anregung von Ihnen noch einmal mit aufzugreifen – ein Vorgang, den es in der letzten Legislaturperiode niemals gegeben hätte.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber es hilft ja nichts. Sie rennen an der Realität vorbei. Ich zeige nur auf, was Ihre eigenen Leute zu diesem grün-roten Nationalpark sagen. Armin Schöpflin: „Wir haben zugestimmt, daran wird sich nichts ändern.“ Ein anderer Vertreter der CDU, ein Bürgermeister: „Ich hoffe, dass der Nationalpark wie geplant kommt.“ CDU-Landrat Rückert, der CDU-Oberbürgermeister von Freudenstadt, Osswald, alle sind sie für diesen Nationalpark. Sie distanzieren sich von Ihren Vorstellungen.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Das ist doch nicht verboten, oder?)

Ihr früherer Fraktionsgeschäftsführer Goll rät Ihnen, das Projekt so umzusetzen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wir sind eine Volkspartei!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, Ihr heutiges Abstimmungsverhalten wird ein nicht unwichtiger Beitrag zur Geschichte dieses Landes sein. Wird 2044 in den Geschichtsbüchern stehen, dass die CDU den Nationalpark geschlossen abgelehnt hat? Oder sind Sie frei gewählte Abgeordnete, die nach ihrer Überzeugung abstimmen?

(Zuruf: Jawohl!)

Damit Sie sehen, ob Sie in der Vergangenheit oder in der Gegenwart leben, zeige ich Ihnen noch zum Schluss,

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

dass manche Kommunen in der Region – Bad Peterstal-Griesbach, Wanderparadies am Rande des Nationalparks Nordschwarzwald – bereits jetzt mit dem Nationalpark – mit diesem Nationalpark! – werben. Das ist die Gegenwart.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, kommen Sie bitte allmählich zum Schluss.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja. – Es ist sehr schade, wenn im Zuge der Nationalparkdebatte die CDU-Bürgermeister vor Ort im Zukunftszug fahren und die Landtagsfraktion im Bahnhof „Vergangenheit“ sitzt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss. Sie haben die Redezeit schon überzogen.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja, ich komme zum Schluss, zum Ausblick: Heute, meine Kolleginnen und Kollegen, ist ein historischer Tag,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wissen wir schon!)

weil wir eine Entscheidung weit in die Zukunft hinein treffen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Leider keine Krawatte!)

Friederike Schneider, eine junge, engagierte Schwarzwälderin aus der Region, hat formuliert ...

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen. Sie haben die Redezeit schon fast zwei Minuten überzogen – bei 13 Minuten Redezeit. Bitte kommen Sie zum Schluss.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: ... – jawohl –: „Die Menschen in 300 Jahren werden es uns danken.“ Ich bin mir sicher, dass sie uns schon in 30 und in drei Jahren danken werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Reusch-Frey das Wort.

Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wer von uns heute diesem Gesetzentwurf zustimmt, schafft etwas ganz Neues und etwas ganz Einmaliges für den Naturschutz in unserem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Ein Nationalpark bei uns ist etwas Neues, eine bisher nicht genutzte Kategorie für den Naturschutz. Die SPD kämpft seit 20 Jahren relativ gelassen, unaufgeregt, aber sachlich und zielgerichtet für einen Nationalpark.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Der Letzte war Herr Caroli!)

– Richtig. – Wer von uns heute die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf verweigert, verhindert, dass ab dem 1. Januar

(Thomas Reusch-Frey)

2014 auf den Landkarten unseres Bundeslands das Wort „Nationalpark“ gedruckt werden kann. Wer will das verhindern?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wer aber von uns heute nicht mitmacht,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

der verweigert sich, das Markenzeichen Nationalpark zu uns nach Baden-Württemberg zu holen. Es ist ein Markenzeichen, das zu uns passt und das uns gut stehen wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Sehr geehrte Damen und Herren, das Herz eines Nationalparks schlägt ganz für die Natur. Das Kernstück ist reine Natur, Natur und nichts als Natur. Wirtschaftliche Interessen hinsichtlich der Nutzung des Waldes haben im Nationalpark nichts zu melden. Eben die natürliche Entwicklung, das, was die Natur aus sich heraus entwickelt, hat Vorrang.

Der Mensch nimmt sich zurück, schaut zu, staunt, beobachtet, erforscht und lernt aus all dem, was sich da abspielt. Das ist Schöpfung pur, das ist auch ein Stück Bewahrung der Schöpfung,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Aber auch der Mensch ist Teil der Schöpfung, Herr Kollege!)

und das wollen wir an dieser klar begrenzten und eingegrenzten Stelle in unserem Land.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Der Nationalpark ist eine einzigartige Fläche mit dem Schauspiel der Natur, mit dem ungehinderten Werden und Vergehen, mit dem Ungestörten, was sich an Natur entwickelt, der Entfaltung der Arten, der Pflanzen und der Tiere. Das können wir im Nationalpark unseren Kindern zeigen, und das können wir selbst erleben. Damit können wir Gäste aus der Ferne und aus der Nähe in den Schwarzwald holen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Damit ist der Nationalpark nicht nur ein Tourismusprojekt, sondern auch ein Projekt mit erheblicher und wichtiger wirtschaftlicher Bedeutung. Denn der Nationalpark übt in der ganzen Welt eine Anziehungskraft aus.

(Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger und Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir sind sicher: Die Touristen werden kommen,

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

und wir sind sicher, dass der Nationalpark eine positive Entwicklung nehmen wird –

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

für die Natur und auch für die Region, die Infrastruktur, die Arbeitsplätze, die Stärkung des ländlichen Raums im Nord-schwarzwald.

Diese Anziehungskraft und diese Bedeutung sind uns besonders wichtig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit dem Gesetzentwurf ist ein langer Prozess zur Entscheidungsreife gelangt. Viele haben sich eingebracht.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und wenige wurden erhört!)

Dafür danke ich herzlich. Ich danke für alles Engagement, für die Fragen, die Anregungen, auch für die Kritik. Ich danke auch dem Ministerium und unserem Minister Alexander Bode.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir werden unter den aktuellen Gegebenheiten den bestmöglichen Nationalpark bekommen. Es liegt ein Gesetzentwurf vor, der für sich in Anspruch nehmen kann, dass das Menschenmögliche getan worden ist, um einen Nationalpark auf den Weg zu bringen und um die Anregungen positiv aufzunehmen.

Wer behauptet, es sei nur um das Gehörtwerden gegangen und beim Gehörtwerden seien wir stehen geblieben, hätten wir Schluss gemacht,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der hat recht!)

der ist auf dem Holzweg. Das ist einfach falsch.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wer das behauptet, blendet einen intensiven Lern-, Beteiligungs- und Veränderungsprozess aus. Es ist nämlich eine Vielzahl von neuen Elementen in den Gesetzentwurf eingeflossen. Im Suchraum von ursprünglich 17 000 ha haben wir den Nationalpark möglichst dorthin platziert, wo die Zustimmung der Bevölkerung gegeben ist, und wir haben Flächen dort herausgenommen, wo es eine große Ablehnung gibt.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Ich möchte behaupten: Da ist uns manches gelungen. Wir sind aber auch realistisch und ehrlich und nehmen wahr, dass wir nicht alle zufriedenstellen konnten. Der Nationalpark hat 10 000 ha und ist damit so groß, dass er die international üblichen Mindestanforderungen gut erfüllt und keine Billigvariante oder Sparausführung ist, wie das die CDU-Variante gewesen wäre. Wir wollen keinen Billiger-Jakob-Nationalpark Schwarzwald.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Aber Sie sind auch nicht bereit, ihn zu finanzieren! Nicht einmal Ihren finanzieren Sie!)

– Herr Hauk, der Nationalpark ist finanziert,

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

in diesem Jahr mit dem Nachtragshaushalt, im kommenden Jahr mit einem Betrag und ab 2016 mit dem Aufwuchs von 6 Millionen €, den wir für die Zukunft festschreiben wollen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Und das eine Woche nach dem Buß- und Bettag!)

(Thomas Reusch-Frey)

Also der Nationalpark ist finanziert.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber jetzt zurück zum Gehörtwerden. Wir, die SPD, waren viel unterwegs, auch mit unserem Fraktionsvorsitzenden. Wir waren unterwegs im Nordschwarzwald bei den Menschen vor Ort und haben auch mit den Sägern gesprochen und haben genau hingehört. Deshalb haben wir den Flächenzuschnitt des neuen Nationalparks so verändert, dass der größte Anteil der Flächen in ertragschwachen Höhen liegt. Wir haben den Sägern für das Holz, das nicht geerntet werden kann, eine Liefergarantie gegeben. Wir gehen damit einen Weg, der einzigartig ist, der einmalig ist

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das kann man wohl sagen!)

und der gut ist.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir wollen aber bei allem Gehörtwerden der Säger auch einen Nationalpark, der die Täler nicht ausschließt. Wir brauchen für den Nationalpark wegen der Artenvielfalt und wegen der unterschiedlichen Vegetation auch niedriger liegende Flächen, Flächen in den Tälern. Der von der CDU vorgeschlagene Mininationalpark ist an dieser Stelle viel zu kurz gesprungen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Beteiligung der Menschen vor Ort

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Scheinbeteiligung!)

ist für uns mit der Verabschiedung des Gesetzes nicht zu Ende. Darüber, wie sich der Nationalpark weiterentwickelt, über das Verkehrskonzept, das Windkonzept, das Tourismuskonzept und vieles andere wird nicht im Ministerium allein entschieden, sondern unter größtmöglicher Beteiligung vor Ort. Im Nationalparkrat sind die Kommunen paritätisch vertreten und stellen sogar den Vorsitzenden. Im Nationalparkbeirat haben alle wichtigen Organisationen vor Ort einen Platz. Mehr geht nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Schadensfälle wollen wir durch ein gutes Management – Borkenkäfermanagement, Wildmanagement – natürlich auf ein Minimum reduzieren, und wenn sie doch eintreten, sind die Beteiligten vor Ort eingebunden. Es wird das Optimum festgeschrieben. Das Land will sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen und die Verantwortung nicht an andere delegieren.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, besonders von der CDU: Es war und ist ein Ziel, dass wir eine möglichst große Zustimmung zum Nationalpark erreichen.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Warum machen Sie es dann nicht? – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist das Problem, ja!)

Wenn wir nachher die neuesten Änderungsanträge von Ihnen nicht annehmen, dann spiegelt das aber in keiner Weise den Weg zum Gesetz wider.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ach so!)

Es gab viele gute Gespräche mit den Verantwortlichen des Arbeitskreises,

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die alle das wollen, was Sie wollen!)

und Anregungen von Ihrer Seite sind in den Gesetzentwurf eingeflossen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Herr Reusch-Frey, welche?)

Wer etwas Gegenteiliges behauptet, der hat leider Wahrnehmungsstörungen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten etwas anderes sagen!)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist auch Ihr Gesetz.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten etwas viel Schlimmeres sagen, ich sehe es Ihnen an!)

Ihre Ideen sind eingeflossen. Es wäre viel zu wenig, wenn es heute nur eine Stimme aus Ihren Reihen für den Nationalpark geben würde. Er hat mehr verdient.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man merkt, wie schwierig die Situation hinsichtlich des Nationalparks ist, nachdem Sie sich in dieser Form jetzt geistliche Beihilfe sozusagen in die Kanzel geholt haben. Das ändert aber nichts daran, dass sich die grundsätzliche Frage stellt, ob dieser Nationalpark Sinn macht.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist eine üble Diffamierung! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Meine Herren!)

– Was ist daran eine üble Diffamierung?

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Meine Güte! Sie bleiben sich treu!)

Geistlichen Beistand haben wir erlebt, und auf geistlichen Beistand sind wir alle angewiesen, Sie in besonderem Maß, Herr Sckerl.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eine Entschuldigung wäre angebracht! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Aber diesen Nationalpark darf man nur umsetzen, wenn er Sinn macht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Bravo! Jawohl! Sehr gut!)

Diesen Nachweis sind Sie aber schuldig geblieben. Was sich einmal mehr deutlich abzeichnet, ist, dass dieser Nationalpark ein grün-rotes Prestigeprojekt sein soll, damit man nach dem Jahr 2016, wenn nichts von Grün-Rot übrig geblieben ist, sagen kann: „Den Nationalpark haben wir.“ Das ist der eigentliche Grund für das, was Sie hier umsetzen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sinn macht dieses Projekt in keiner Weise.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ihre Rede auch nicht!)

Sie haben nicht den Nachweis erbracht, dass dieses Projekt wirtschaftlich Sinn macht.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Sie haben nicht nachweisen können, dass dieses Projekt den Tourismus fördert,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie haben das Gutachten nicht gelesen!)

und es ist nachgewiesen worden, dass Sie die Holzindustrie in besonderem Maß schädigen.

(Zuruf: Ha, ha!)

50 000 Festmeter Holz im Jahr weniger, 46 Millionen € Umsatzeinbußen, hinzu kommt der Verlust von mehreren Hundert Arbeitsplätzen. Meine Damen und Herren, dieses Projekt macht ökonomisch keinen Sinn. Es ist ökonomisch nicht zu verantworten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es stellt sich die Frage, ob es ökologisch Sinn macht. Man kann natürlich darüber reden, welcher Artenvielfalt man mit einem solchen Nationalpark möglicherweise das Überleben sichert. Aber auf der anderen Seite ist es so, dass das Borkenkäfermanagement eben nicht nachgewiesen ist. Für zwei Drittel der Fläche ist klar: Das Borkenkäfermanagement ist außerhalb dieses Nationalparks. Es gibt keine Garantie dafür, dass der Borkenkäfer nicht übergreift und nicht ökologisch erheblich mehr Schaden anrichtet, als dieser ganze Nationalpark nutzt.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Peter Hauk CDU)

Dasselbe gilt für die Entwicklung des Rotwildbestands.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist das Niveau von heute Morgen!)

Auch die Verbisschäden, die durch eine explodierende Rotwildpopulation zu befürchten sind, sind ökologisch nicht zu

verantworten. Dieser Nationalpark ist ökologisch kein Fortschritt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Man merkt, dass Sie keine Ahnung haben!)

Dann stellt sich die Frage nach dem haushaltswirtschaftlichen Sinn. Das wurde Ihnen ja schon vom Kollegen Rapp von der CDU-Fraktion vor Augen geführt. Der Landesrechnungshof hat sich mit diesem Thema auseinandergesetzt. Der Landesrechnungshof kam zu dem Ergebnis, dass man eben nicht 89 Personalstellen braucht, wie Sie es vorgesehen haben, und dass die Leitungsebene dieses Nationalparks deutlich überdimensioniert ist und Sie da einen Wasserkopf schaffen, meine Damen und Herren. Im Übrigen sind die 7 Millionen €, die dieses Projekt pro Jahr verschlingt, bis zum heutigen Tag eben nicht im Haushalt eingestellt. Sie streiten ja um den Nachtragshaushalt wie die Kesselflicker, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie streiten beispielsweise um Einsparungen im Bildungsbereich. Das wurde in der vergangenen Woche deutlich. Sie streiten um Einsparungen im Bildungsbereich, um diesen Nationalpark zu finanzieren.

(Unruhe bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das ist der eigentliche Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Trotz Rekordsteuereinnahmen gelingt es Ihnen nicht, den Haushalt auszugleichen, sonst brauchten Sie sich nicht neue Schulden genehmigen zu lassen. Bis zum heutigen Tag hat diese Landesregierung 400 Millionen € aus Steuererhöhungen eingeplant, die die Große Koalition in Berlin überhaupt nicht beschlossen hat. Die Verteidigungslinie des Ministerpräsidenten lautet, zu sagen: „Das zusätzliche Geld vom Bund wird schon irgendwoher kommen.“ So seriös machen Sie Haushaltspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Dieser Nationalpark ist also auch fiskalisch nicht zu verantworten, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Er ist ein ökonomischer Unsinn, er ist ein ökologischer Unsinn, und er ist ein fiskalischer Unsinn, meine Damen und Herren.

Das Ganze erinnert an die Geschichte vom Goldenen Kalb: Wir brauchen ein Symbol. Sie können die Geschichte im 2. Buch Mose nachlesen. Als Mose lange nicht vom Berg herunterkam, hat man beschlossen: Wir bauen uns jetzt ein Goldenes Kalb. Wir nehmen den Frauen und Kindern die Ohrringe und den übrigen Schmuck weg, schmelzen das Ganze ein und bauen das Goldene Kalb, das Nationalpark heißt, und tanzen um dieses Goldene Kalb. Aber wahrscheinlich geht das

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Ganze so aus wie im 2. Buch Mose. Das können Sie in Kapitel 32 Vers 19 und 20 nachlesen:

Als Mose sich dem Lager näherte, sah er das Volk um das Goldene Kalb tanzen. Da packte ihn der Zorn ... Das Goldene Kalb ... schmolz er ein und zerrieb es zu Staub.

So wird es dann wahrscheinlich mit Ihrem Nationalpark weitergehen.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Oh, oh, oh! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Herr Kollege Rösler, es war schon bemerkenswert, was Sie am heutigen Tag beigetragen haben. Ich darf es zitieren: „Hintertupfingen“. Was meinen Sie denn mit „Hintertupfingen“?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ein Dorf als Beispiel!)

Meinen Sie damit Freudenstadt oder Baiersbronn? Uns würde schon einmal interessieren, was Sie mit „Hintertupfingen“ meinen. Hinter dieser Formulierung, Herr Kollege Rösler, verbirgt sich die ganze Arroganz, mit der Grün-Rot dieses Land regiert.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Diejenigen, die Ihnen nicht folgen, werden als „Hinterwälder“ abqualifiziert. Ich kann nur hoffen, dass die Menschen im Nordschwarzwald von dieser Äußerung „Hintertupfingen“ Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Dann, Herr Kollege Rösler, haben Sie gesagt – ich zitiere –:

Wir haben ... zu sehr auf Argumente gesetzt.

Auf was wollten Sie denn sonst setzen? Wie wollten Sie diesen Nationalpark denn sonst durchsetzen? Das ist ja schon eine bemerkenswerte Denkweise:

Wir haben ... zu sehr auf Argumente gesetzt.

Es ist schon klar, worauf man eigentlich setzen wollte: auf die Durchsetzung der eigenen Macht. Das ist in Ihrem Hinterkopf.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Polemik!)

Dann haben Sie auch noch Anleihen bei der Antike genommen: „Pacta sunt servanda“ – Verträge sind bindend. Ein schönes Zitat. Sagen Sie das einmal dem Verkehrsminister, der heute hier fehlt: Verträge sind bindend. Die Rede, die Sie am heutigen Tag gehalten haben, hätte man einmal im Zusammenhang mit Stuttgart 21 halten können,

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

oder man kann sie am nächsten Montag bei der Montagsdemonstration halten, Herr Rösler.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Minister Bonde hat im Vorfeld dieser Entscheidung erklärt, man mache diesen Nationalpark nur, wenn die Bevölkerung es wolle. Herr Bonde, dann müssen Sie spätestens heute zurückrudern. Denn die Bevölkerung will es nicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Die Bevölkerung hat in mehreren Volksabstimmungen diesen Nationalpark abgelehnt, und es gab auch keine Bürgerbeteiligung. Das, was Sie da abgezogen haben, war ein Schmierentheater.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das ist unwahr!)

Was die Bevölkerung will, hat man in den ganzen Volksabstimmungen erlebt.

(Unruhe bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, bei Ihnen hört die Bürgerbeteiligung dort auf, wo der Bürger seine eigene Meinung entwickelt. Das ist das Problem, das Sie haben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie sind gegenüber den Menschen im Nordschwarzwald ungefähr so fürsorglich wie der Erbkönig gegenüber den kleinen Kindern. Bei der Durchsetzung Ihres Projekts verfahren Sie nach dem Erbkönig-Prinzip: Bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.

Meine Damen und Herren, Sie können am heutigen Tag mit Ihrer Mehrheit diesen Nationalpark erzwingen, aber hören Sie damit auf, in Zukunft noch von Bürgerbeteiligung zu reden, und hören Sie vor allem damit auf, von einer Politik des Gehörtwerdens zu reden. Diese Maske werden Sie sich mit der Abstimmung am heutigen Tag vom Gesicht reißen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Zu den angesprochenen Änderungsanträgen wird Kollege Bullinger in der zweiten Runde das Notwendige sagen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Sie entscheiden heute über die Einrichtung eines Nationalparks in Baden-Württemberg. Das ist eine Entscheidung von weitreichender, ja historischer Bedeutung; denn – wir haben es schon gehört – sie reicht, bis der Entwicklungsnationalpark sich zu dem entwickelt hat, was wir davon erwarten: ein natürliches Stück Wald. Das kann Jahrhunderte dauern.

Deswegen leisten wir mit der Einrichtung eines Nationalparks einen wichtigen Beitrag zur weltweiten Biodiversität. Das ist ein zentraler Beitrag zur Umsetzung der nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt, zu der sich die Bundesrepublik un-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

ter Bundeskanzlerin Angela Merkel im Jahr 2007 verpflichtet hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Erst vor wenigen Monaten hat die Kanzlerin das darin festgelegte Ziel bekräftigt, dass – ich zitiere –

wir 5 % unserer Wälder bis zum Jahr 2020 sich völlig frei entwickeln lassen, das heißt, dass daraus wieder Wildnis wird.

(Zuruf: Richtig!)

Man sieht daran: Ein Nationalpark ist kein grün-rotes Prestige-Projekt, sondern wir werden damit unserer Verantwortung für den Natur- und Artenschutz gerecht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Genau!)

Diese Verpflichtung haben wir, hat Baden-Württemberg gerade als starke Industrieregion, als eine der innovativsten Regionen Europas. So wie gerade die fleißige, leistungsbereite Bevölkerung Baden-Württembergs dieses Land wirtschaftlich so stark gemacht hat, so wissen wir auch: Die andere Säule unseres Landes, die Schönheit seiner vielfältigen Landschaften, zu hegen, zu pflegen und zu unterstützen und neue Mosaik hinzuzufügen ist gerade in einem starken Industrieland eine ganz große Herausforderung, die wir damit erfüllen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir erfinden das Rad nicht neu. Das ist nicht der erste Nationalpark, der weltweit oder in Deutschland eingerichtet wird. Wir sind vielmehr das letzte Flächenland, das das tut. Das heißt, wir wissen schon, dass große unzerschnittene Flächen von unschätzbarem Wert zum Erhalt der biologischen Vielfalt sind. Das Gebiet, um das es sich dreht, ist unzerschnittener Staatswald.

(Abg. Peter Hauk CDU: Unzerschnitten!)

Die Idee, dort einen Nationalpark einzurichten, gibt es schon lange und ist schon von den Vorgängerregierungen, die von Ihnen geführt worden sind, ins Auge gefasst worden. Wir setzen sie jetzt endlich um.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Solche großflächigen Prozessschutzflächen haben wir in Baden-Württemberg im Gegensatz zu anderen Bundesländern nicht. Der größte Bannwald, den wir haben, ist das Pfrunger-Burgweiler Ried, das lediglich 440 ha groß ist.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt nicht!)

Wir haben hier also eindeutig Nachholbedarf.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Im Kerngebiet des Biosphärengebiets sehr wohl!)

In einem solchen Prozessschutzgebiet ermöglichen wir etwas, was in kleinen, verteilten Schutzgebieten nicht möglich ist: ein Mosaik unterschiedlichster Baumentwicklungsstadien, vom frischen Grün bis zum Totholz. In einem solchen von

Menschen weitgehend unbeeinflussten Waldgebiet finden sich gerade auf dem Totholz wieder Arten ein, die in einem bewirtschafteten Wald nicht oder nur sehr selten anzutreffen sind.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

In Wirklichkeit ist Totholz nicht tot,

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Genau!)

sondern Substrat für außergewöhnliches Leben. Etwa 250 Arten leben darin.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Dr. Röhm?

(Abg. Volker Schebesta CDU und Abg. Claus Schmiedel SPD: Doktor? – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Professor Drexler! Herr Dr. Drexler!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte schön. Ich habe allerdings erst angefangen und wundere mich über die Zwischenfrage.

Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Herr Landtagspräsident, bringen Sie mich bitte nicht in Schwierigkeiten.

(Heiterkeit – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Herr Dr. Drexler!)

Herr Ministerpräsident, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Sie kennen das Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Sie wissen auch, welche Größe es hat und welcher Prozentsatz davon Kerngebiet ist. Bleiben Sie bei der Behauptung, dass es in Baden-Württemberg bislang ausschließlich 440 ha dieser Qualität gibt?

(Zurufe von den Grünen und der SPD: 440 ha!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Abg. Röhm, ein Biosphärengebiet ist ein Großschutzgebiet zum Erhalt unserer Kulturlandschaft. Hier geht es um die Wiederherstellung von Wildnis. Das sollten Sie nicht verwechseln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Was ist die Kernzone?)

Die Kernzonen, die dort sich selbst überlassen werden, sind in ihrer Größe relativ bescheiden; aber im Kern ist ein Biosphärengebiet etwas vollkommen anderes als ein Nationalpark.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Ist doch etwas ganz anderes! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist richtig! Mir geht es aber um die Kernzonen! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine zusätzliche Frage?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, bitte nicht. Lassen Sie mich erst einmal irgendeinen Gedanken zu Ende führen. So weit bin ich noch gar nicht gekommen.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Ich will ganz bewusst von Arten sprechen, über die man selten in der Zeitung liest: Moose, Flechten und Pilze wie den Tannenstachelbart, viele Kleinlebewesen wie Asseln, Laufkäfer und andere Insekten. Solche Lebewesen gehören zu den Gewinnern solcher Prozessschutzflächen. Ich stelle Ihnen hier ein Beispiel vor.

(Der Redner hält ein Bild hoch.)

Das ist ein rotrandiger Baumschwamm.

(Oh-Rufe)

Auf diesem rotrandigen Baumschwamm – das ist ein ganz normaler Baumpilz auf Fichten – parasitiert nun ein wunderbarer Pilz, nämlich die zitronengelbe Tramete.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Machen Sie sich doch nicht lächerlich! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt spricht der Biologe! – Weitere Zurufe – Gegenruf von den Grünen: Ruhe!)

Dieser Pilz war völlig verschollen und hat sich nun im Bayerischen Wald wieder eingefunden. Das ist ein Pilz, der pro Hektar etwa 150 Festmeter Totholz braucht. Das ist ein schönes Beispiel, das sehr beeindruckend ist. Ich war mit Minister Bonde einen Tag lang im Bayerischen Wald. Dieser Pilz ist sehr schön anzusehen und ein Beispiel dafür, warum man großflächigen Naturschutz in einem Nationalpark betreiben muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Der Nationalpark stellt auf gerade einmal 0,7 % unserer Waldfläche in Baden-Württemberg eine sinnvolle Ergänzung zu den ansonsten auch im Schwarzwald vorherrschenden naturnahen, forstwirtschaftlich genutzten Wäldern dar, die wir wertschätzen und deswegen im überwältigenden Anteil des Waldes auch so erhalten wollen. Wir schätzen selbstverständlich auch die Menschen, die seit Jahrhunderten für eine solche Waldbewirtschaftung sorgen. Deshalb hat beides – naturnaher Wirtschaftswald und Urwald – seine Berechtigung. Es kann kein Entweder-oder geben, sondern nur ein Sowohl-als-auch.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen, Herr Röhm, macht es überhaupt keinen Sinn, Kulturlandschaften gegen Naturlandschaften auszuspielen. Ich sage es noch einmal: Es geht um 0,7 % der Waldfläche. Wenn wir die Maßzahl der Bundeskanzlerin nehmen, beträgt das Verhältnis zwischen Wirtschaftswald und der Natur überlasiertem Wald 20 : 1. Das ist sehr wichtig. Denn wenn wir solche Größenordnungen nicht im Blick behalten – das habe ich den Nationalparkgegnern immer gesagt –, können wir nicht mehr vernünftig miteinander debattieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Und das, was die Nationalparkgegner wollen,

(Abg. Peter Hauk CDU: Schreien Sie doch nicht so!)

findet auf 95 % der Fläche weiterhin statt. Es gibt also wirklich keinen Grund, sich dermaßen darüber aufzuregen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Ministerpräsident, es gibt eine weitere Zwischenfrage. Wollen Sie bis zum Ende keine zulassen?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, ich bin bei einem neuen Abschnitt. Jetzt ist es sinnvoll, sie zu stellen.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Gut. – Bitte, Herr Abg. Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Ministerpräsident Kretschmann, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich lasse immer Fragen zu.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, können Sie mir erklären, warum der Nationalpark vor Ort auf so große Ablehnung stößt und warum z. B. das Biosphärengebiet Schwäbische Alb freiwillig von 29 Gemeinden getragen wird? Wo lag der Fehler? Woran lag es, dass man die Bevölkerung nicht mitnehmen konnte?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Gute Frage!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Darauf komme ich noch. Bitte warten Sie.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Thomas Blenke CDU: Wir kennen die Gliederung Ihrer Rede nicht!)

Wir, die grün-rote Landesregierung, haben uns in unserem Koalitionsvertrag ausdrücklich dazu bekannt, einen Nationalpark anzustreben und den Dialog mit allen Akteuren vor Ort zu suchen. Das ist der Anspruch der Politik des Gehörtwerdens. Dieses Versprechen, den Dialog vor Ort zu führen, haben wir eingelöst, und zwar umfassend. Noch nie wurden die Bürgerinnen und Bürger bundesweit bei einem vergleichbaren Projekt so früh und so intensiv in die Beratungen und Diskussionen über die Chancen und Risiken einbezogen. Es gab 150 Veranstaltungen, regionale Arbeitskreise, 1 600 Bürgerfragen, die in das Gutachten eingeflossen sind, die Verbändeanhörung, die Onlineanhörung. All das ist in umfassender Weise geschehen. Das ist auch von verschiedenen Seiten gewürdigt worden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Steht doch nichts davon im Gesetz!)

Viele im Zuge der Beteiligung gemachte Vorschläge sind in unseren Gesetzentwurf eingeflossen. Er trägt damit die Handschrift der Region und der Kritiker.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ein paar Beispiele bitte! – Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb sind sie so begeistert!)

Die Gebietskulisse ist auf höhere Lagen festgelegt worden,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, genau!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

sie ist im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf korrigiert worden. Die Gebietskulisse grenzt so wenig wie möglich an Privatwald. Der Nationalpark grenzt auf 90 % seiner Außen Grenzen an Wälder in öffentlicher Hand.

Es gibt einen Bestandsschutz

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

für Hütten, Wanderwege und Loipen sowie Entwicklungsmöglichkeiten für bestehende Gasthäuser.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na also!)

Das Herzstück ist ein paritätisch besetzter Nationalparkrat, dessen Vorsitz bei einem Vertreter der Region liegt und der alle grundsätzlichen Entscheidungen trifft.

Zweitens: In diesen Kontext gehören auch Zusagen an die Säge- und Holzindustrie,

(Abg. Peter Hauk CDU: Die nichts wert sind!)

dass wegen des Nationalparks wegfallende Holzmengen aus anderen Wäldern

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU – Gegenruf: Ruhe!)

des Staatsforsts ausgeglichen werden.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die Zusagen sind nichts wert! – Weitere Zurufe)

All dies zeigt, dass wir Anregungen aus der Region aufgegriffen haben. Das heißt, die Bürgerbeteiligung ist in dieses Gesetzesvorhaben eingeflossen und hat das Ergebnis verbessert.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber auch mit einer solch umfänglichen Beteiligung – jetzt komme ich zu Ihrem Thema – lassen sich offenkundig

(Zuruf von der CDU)

nicht alle unterschiedlichen Interessen und Meinungen abschließen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Offenkundig! – Abg. Andreas Deuschle CDU: Offenkundig, ja!)

Gerade wenn es um Grundeinstellungen zur Natur geht, ist dies augenfällig. Während die Befürworter des Nationalparks von dem Naturverständnis ausgehen, dass ein sich selbst überlassenes Stück Natur einen hohen Eigenwert besitzt, werden die Gegner von dem Naturverständnis geleitet, dass die Nutzung der Natur durch den Menschen den absoluten Vorrang hat.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Das sind gewissermaßen Wertefragen, die vorausgehen. Über solche Wertefragen kann man sich nur schwer einigen. Wenn aber dann solche Wertefragen zu Glaubensfragen hochstilisiert werden, ist eine Einigung einfach nicht mehr möglich. Das ist in diesem Prozess leider bei einigen passiert. Das kann man überhaupt nur auflösen, indem man die Größenordnung

beachtet, sodass auch die, die mit dem Naturverständnis, dass man die Natur sich selbst überlässt – –

(Zuruf von der CDU: Mein Gott!)

Das war der Ruf, den ich in Baiersbronn gehört habe. Der Ruf hieß: „Ihr lasst da den Wald verkommen!“

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das war der Ruf, der auf ein Naturverständnis zielt, das mit einem Nationalpark, in dem man die Natur sich selbst überlässt, natürlich nicht vereinbar ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Den Menschen kann ich nur helfen, indem ich ihnen sage:

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nachdem Sie die Natur so gestaltet haben, wie Sie sie sich vorstellen!)

„Ihr Lieben, ich verstehe euch. Im überwältigend großen Teil des Waldes tun wir genau das, was wir wollen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das glaube ich!)

und nur in einem winzigen Stück tun wir etwas anderes.“ Anders kann man solche Konflikte nicht auflösen. Wir haben es versucht, aber dem sind natürlich nicht alle gefolgt;

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: 70 %!)

das habe ich heute Morgen wieder zu hören bekommen.

Also: Das Ziel ist nicht eine Alibiwildnis oder irgendein großflächiges Versuchslabor, wie es uns da vorgeworfen wird. Vielmehr wird auf 10 000 ha Staatswaldfläche eine ungestörte Entwicklung ermöglicht. Die Natur kann erstaunlich lange ohne die Hege und Pflege des Menschen auskommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir wollen einen Ort, an dem man eben Nachhaltigkeit in ihrer natürlichen Form erleben kann.

Weiter sagen die Kritiker, dass sich der Nationalpark durch Verbote und Einschränkungen auszeichnet. Auch das ist nicht richtig. Wir wollen, dass dieser Nationalpark auch erlebt und beobachtet werden kann. Es sind viele Regelungen getroffen worden, damit dies offen gestaltet wird. Im Nationalpark sind Dinge möglich, die selbst in unseren Kulturwäldern nicht möglich sind. Wir gehen da bewusst sehr, sehr weit. Damit die Bevölkerung von einem so großartigen Projekt nicht ausgeschlossen wird, sehen wir bewusst Zonen vor, in denen z. B. das Verlassen der Wege, das Sammeln von Pilzen und Beeren erlaubt ist. All diese Zonen werden im Nationalpark gemeinsam bestimmt. Das sind kleine, aber für die Bevölkerung wichtige Anliegen, denen wir nachgehen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, eine Frage der Frau Abg. Kurtz?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, im Moment nicht, aber gleich.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Im nächsten Abschnitt!
– Weitere Zurufe)

Kritiker befürchten nun, der Nationalpark berge durch die Ausbreitung des Borkenkäfers eine nicht beherrschbare Gefahr. Das Borkenkäferproblem ist nicht trivial.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das wäre ein neuer Abschnitt!)

Wir nehmen das Thema Borkenkäfer sehr ernst. Es ist natürlich auch klar: Die Natur ist nie zu 100 % beherrschbar.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Borkenkäfer! – Abg. Peter Hauk CDU: Was meinen Sie mit „nicht zu 100 %“?)

Aber nach sorgfältiger, intensiver Prüfung durch die Landesforstbehörden, externe Spezialisten, Gutachter können wir nach menschlichem Ermessen davon ausgehen, dass wir das Borkenkäferproblem beherrschen können.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dann machen Sie doch die Entschädigungsregelung!)

Wir sagen ausdrücklich zu, dass wir alles dafür tun werden,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber kein Kilometer Schutzstreifen!)

dass für die an den Nationalpark angrenzenden Waldflächen keine zusätzlichen Beeinträchtigungen durch den Borkenkäfer entstehen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Nicht einmal 1 km Schutzstreifen!)

Das Gutachten von PWC hat uns hier wertvolle Hinweise gegeben. Wir werden deswegen mit dem Gesetz festlegen,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Schutzstreifen! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Können Sie einfach mal zuhören?)

dauerhaft eine Borkenkäferpufferzone von 500 m einzurichten. Da, wo es notwendig ist, werden wir die Pufferzone in den nächsten 30 Jahren auch auf 1 000 m erweitern.

Wir haben die Nationalparkverwaltung so ausgestattet, dass sie zusammen mit dem Landesbetrieb ForstBW diese Aufgabe aktiv erfüllen kann. Es wird in Baden-Württemberg keine Waldfläche geben, die so intensiv auf Borkenkäfer kontrolliert und gemanagt wird wie die Borkenkäferpufferzone.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Auch der aktive Waldumbau dient dazu, dieses Problem zu minimieren. Ich möchte dem Teil der Bevölkerung, der diesbezüglich Angst hat, sagen, dass wir nach menschlichem Ermessen davon ausgehen können, dass wir das beherrschen können, und dass wir alles dafür tun werden, dass es nicht zu Vorkommnissen kommt, die massive Schäden an den angrenzenden Wäldern verursachen.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Es wird eine Schiedsstelle eingerichtet, die dann in solchen Fällen auch über Entschädigungsfragen verhandeln kann. Das wissen Sie alles.

Bitte, jetzt die Frage.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf: Schon vergessen!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Kollegin, bitte.

Abg. Sabine Kurtz CDU: Herr Ministerpräsident, könnten Sie mir bitte erklären, wie Sie „Natur“ definieren?

(Minister Franz Untersteller: Das war ein Fehler! – Weitere Zurufe)

Stimmen Sie mit mir überein, dass wir es im Nordschwarzwald überhaupt nicht mehr mit einer naturbelassenen Region zu tun haben? Gehen Sie mit mir einher, dass wir es im Nordschwarzwald mit einer Region zu tun haben, die seit Jahrhunderten von Menschen genutzt wird? Könnten Sie mir dann bitte sagen, bis wann wir in dieser Region zu dem kommen, was Sie als ursprüngliche Natur bezeichnen, und wie Sie vor diesem Hintergrund zu einem ausgewogenen Verhältnis von Mensch und Natur gelangen wollen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Martin Rivoir SPD: Drei Stunden später!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich stimme Ihnen zu, Frau Kollegin. Aus dem Grund, aus dem ich Ihnen zustimme, machen wir einen Nationalpark. Das ist der Grund.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Weil es keine naturbelassenen Landschaften sind – das werden sie auch in Zukunft nicht sein –, machen wir auf einem kleinen Stück etwas anderes, damit es auf einem kleinen Stück der Fläche Baden-Württembergs auch sich selbst überlassene Natur gibt. Der Grund dafür, warum wir das machen – Sie haben ihn genannt –, ist, dass es das nämlich bisher eigentlich – außer in kleinen Bannwäldern – nicht gibt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, verstehen Sie? Das sind Grundentscheidungen. Man muss sich entscheiden: Entweder man will so etwas, oder man will es nicht. Das sind Grundentscheidungen. Wir wollen es. Das stand in unserem Parteiprogramm, und es steht im Koalitionsvertrag.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Damit haben die Wählerinnen und Wähler eine Vorentscheidung getroffen. Wenn Sie, Herr Rülke, die absolute Mehrheit hätten, gäbe es das halt nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Minister Franz Untersteller: Gott bewahre! – Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Grässliche Vorstellung!)

Sie haben sie aber nicht, und darum gibt es das.

Das ist eine ganz klare Entscheidung. Das konnte jeder wissen. Man macht Wahlen, um zwischen Alternativen wählen zu können. Wenn Sie das, was wir beabsichtigen, nicht wol-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

len, Frau Kollegin Kurtz, dann sagen Sie es. Dann sagen Sie: „Ich persönlich will nicht, dass es in Baden-Württemberg sich selbst überlassene Natur gibt.“ Das wäre eine klare Haltung, die ich respektieren kann. Dann sind die Fronten aber wirklich klar.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Es gibt schon mehrere Tausend Hektar! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich möchte noch einmal betonen: Auch eine Mehrheit vor Ort befürwortet den Nationalpark. Vier von fünf berührten Stadt- und Landkreisen, vier von sieben Gemeinden, zwei von drei Regionalverbänden sprechen sich für den Nationalpark aus – übrigens über alle Parteigrenzen hinweg.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Nein! – Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Umfragen haben ergeben, dass in der Gesamtregion sowie in Baden-Württemberg insgesamt eine Mehrheit hinter dem Projekt steht.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. Den Gedanken möchte ich jetzt bitte zu Ende führen.

(Zuruf von der CDU)

– Nein, den führe ich jetzt zu Ende. Sie müssen mir schon zugestehen, dass ich nicht mitten im Satz Fragen zulasse.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Natürlich!)

Ich lasse sonst grundsätzlich jede Frage zu. Das dürfte Ihnen schon aufgefallen sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die werden nur nicht erhört!)

Klar ist aber, dass das ein Projekt von nationaler Bedeutung ist – darum heißt es „Nationalpark“ –, das in unserer Zuständigkeit steht. So wurde es im Landesnaturschutzgesetz festgelegt, und zwar von Ihnen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bei der Novellierung, ja!)

Als Sie regiert haben, haben Sie festgelegt, dass der Landtag darüber entscheiden muss, und das tun wir heute. Damit gibt es eindeutige Zuständigkeiten, die die Entscheidung über die Einrichtung eines Nationalparks in die Hände von Ihnen, verehrte Abgeordnete, legt, in die Hände der gewählten Repräsentanten von fast elf Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Diese klaren Zuständigkeiten sind deshalb sinnvoll, weil sonst Projekte von landes- und bundesweiter Bedeutung jederzeit an einem regionalen Veto scheitern könnten. Das könnte zur Folge haben, dass wir überregional bedeutsame Infrastrukturprojekte im gegebenen Fall überhaupt nicht mehr durchführen könnten.

Meine Damen und Herren, das kann doch nicht ernsthaft die Position der CDU sein, das kann doch nicht ernsthaft Ihre Position sein,

(Beifall des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

dass Sie bei überregional bedeutsamen Projekten ein regionales Vetorecht einräumen wollen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das haben wir noch nie gemacht.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie müssen die Bedenken ausräumen!)

Weil Sie Stuttgart 21 ansprechen, sage ich: Obwohl das erst einmal unmittelbar nur die Menschen in der Mitte von Stuttgart betrifft und dann etwas mehr – ganz Stuttgart –, hat die Volksabstimmung im Land Baden-Württemberg stattgefunden; denn das Land Baden-Württemberg ist dafür zuständig. Wir werden das auch in Zukunft so machen, dass wir Zuständigkeiten, die unsere Verfassungsordnung vorsieht, beachten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Deswegen ist das Engagement der Menschen vor Ort in keiner Weise sinnlos. Es ist in hohem Maß sinnvoll, und die Kritiken – das konnte ich aufzeigen – sind relevant in das Nationalparkgesetz eingeflossen. Ich kann die Bürgerschaft nur weiter ermutigen, solchen Projekten kritisch gegenüberzustehen, sie zu gewichten, sich mit Argumenten einzubringen. Sie können davon ausgehen – jedenfalls solange wir regieren –, dass wir das ernst nehmen und dass wir die Argumente, die gut und nachvollziehbar sind, in die Gesetzgebung einfließen lassen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Winfried Mack CDU: Nach Ihrer Definition!)

Herr Kollege Hauk, Sie stellen jetzt mit Ihren Versprechungen Dinge in den Raum, die Sie nie und nimmer einlösen können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Wenn Sie einen international anerkannten Nationalpark anstreben wollen, dann muss klar sein: Dafür gibt es klare Qualitätskriterien – die hat der damalige Forst- und Naturschutzminister Hauk bekanntlich mitgetragen –, die sich an den naturschutzfachlichen Erfordernissen ausrichten, die international gelabelt sind. Wenn Sie das nun auf einmal infrage stellen, Herr Fraktionsvorsitzender Hauk, dann ist das ein Zeichen von mangelndem Stehvermögen und fehlendem Augenmaß.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das, was Sie mit Ihrem Bürgernationalpark machen, ist wirklich nur eine politische Nebelkerze, die von Ihrer eigenen Orientierungslosigkeit ablenken soll.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Ich möchte einmal klar sagen: Vom Vorsitzenden der größten Fraktion in diesem Landtag, der Fraktion einer Volkspartei

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

wie der CDU hätte ich etwas anderes erwartet, hätte ich etwas mehr Seriosität und etwas mehr Gemeinwohlorientierung erwartet.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht wieder moralisieren!)

– Nein. Das müssen Sie sich schon einmal sagen lassen. Wenn Sie die Kritik auch in Ihren eigenen Reihen ernst nehmen, dann sollten Sie wirklich einmal darüber nachdenken, ob Ihr Vorgehen für eine Volkspartei, wie sie die CDU nach wie vor in großer Stärke ist, wirklich der richtige Kurs ist. Das sollten Sie sich wirklich überlegen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Dann will ich noch einmal Folgendes sagen: Mit dem Nationalpark schaffen wir neben dem, was ich naturschutzfachlich dargelegt habe, ein Fenster in unberührte Natur. Auch das ist ein Schatz von unschätzbarem pädagogischen und wissenschaftlichen Wert. Gerade die Wald- und Naturpädagogik ist für uns von zentraler Bedeutung. Wir wollen die Kinder für die Natur und deren Prozesse sensibilisieren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Zuschüsse für das „Haus des Waldes“!)

und wir werden schon sehr schnell mehreren Hundert Schulklassen den Nationalpark zeigen können und erklären können, wie er entsteht. Wir setzen auf Partnerschaft mit Schulen, die sich damit dem Thema Natur in besonderer Weise nähern können, und ebenso auf das Erlebnis von Multiplikatoren wie beispielsweise Lehrerinnen und Lehrer.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Aber der Nationalpark ist auch eine wissenschaftliche Bereicherung für uns alle. Davon konnte ich mich beim Besuch im Nationalpark Bayerischer Wald persönlich überzeugen. Wir möchten Urwälder entstehen lassen und ihre Vielfalt und ihre natürliche Entwicklung erforschen. Mit der Erforschung des Nationalparks können wir weitreichende, wertvolle Erkenntnisse auch für eine nachhaltige Nutzung unserer Wälder gewinnen. Gerade mit Blick auf den Klimawandel ist es von erheblicher Bedeutung, hier unsere Erkenntnisse zu erweitern. Langzeitbeobachtung der Waldentwicklung und aller ökosystematischen Zusammenhänge, der Dynamik natürlicher Abläufe ist von hohem wissenschaftlichen Wert.

Meine Damen und Herren, weil das Menschen so interessiert – das zeigen alle Beispiele –, wollen wir mit dem Nationalpark ein Projekt auf den Weg bringen, das nicht nur der Natur, sondern auch der Wirtschaft, dem Tourismus und den Menschen in der gesamten Region neue Chancen und Perspektiven eröffnet. Gerade eine Region wie der Nordschwarzwald, in der der Tourismus ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und ein wesentlicher Arbeitgeber ist – das zeigt das Gutachten von PWC –, wird durch den Nationalpark einen bedeutenden Mehrwert erhalten. Naturnaher Tourismus ist im Kommen, und von der international wirksamen Marke Schwarzwald wird – das ist meine feste Überzeugung – die gesamte Region profitieren. Diese Chance sollten wir alle gemeinsam nutzen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine Damen und Herren, der Nationalpark Nordschwarzwald ist ein nationales ökologisches Infrastrukturprojekt, und wir werden damit zusätzliche Wertschöpfung in die Region bringen.

Aus dieser Sicht sind auch die Kosten, verglichen mit anderen Infrastrukturkosten, mehr als gerechtfertigt. Minister Bonde hat bei der Konzeption des Nationalparks darauf geachtet, möglichst viele der heute bereits vorhandenen Ressourcen einzubeziehen und die Zusatzkosten gering zu halten. Für die Jahre 2014 bis 2016 geht die Landesregierung daher von Gesamtkosten zwischen 7,2 Millionen € und 9,5 Millionen € pro Jahr aus. Ein Teil dieser Kosten ist aber mit bereits heute im Nationalpark vorhandenen Mitteln und dort tätigem Personal zu verrechnen. Das heißt, der tatsächlich zusätzliche Finanzbedarf beläuft sich auf 4 Millionen € im Jahr 2014 und wird auf 6,2 Millionen € im Jahr 2016 steigen. Hinzu kommen dann natürlich noch die Kosten für die Verwaltungsgebäude und für das Besucherzentrum, die heute noch nicht konkret beziffert werden können. Damit kostet der Nationalpark weniger als 1 km Autobahn.

(Heiterkeit bei den Grünen)

Deswegen ist dieses Projekt gerechtfertigt. Es geht auch nicht auf Kosten anderer Naturschutzprojekte; die Landesregierung hat vielmehr den Naturschutz durch einen erheblichen Mittelaufwuchs insgesamt gestärkt.

Wir wollen natürlich eine möglichst breite Unterstützung – sowohl in der Region als auch im ganzen Land – für den Nationalpark. Deswegen werden wir auch weiterhin für seine Vorzüge werben. Wir werden weiterhin die Sorgen der Menschen in der Region ernst nehmen und die Menschen einbeziehen.

Wir werden gemeinsam mit dem Nationalparkrat ein Verkehrs- und Tourismuskonzept entwickeln und damit nicht am grünen Tisch in Stuttgart entscheiden, sondern unter Einbeziehung des Sachverständigen der Vertreter aus der Region.

Ich erinnere daran, dass namhafte Vertreter der CDU in der betroffenen Region dieses Projekt unterstützen. Das zeigt meiner Ansicht nach, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, dass sich das Thema Nationalpark eigentlich nicht zum parteipolitischen Streit eignet. Die Gräben, die vor Ort entstanden sind, müssen wir natürlich zuschütten. Wir müssen das Projekt gemeinsam voranbringen.

Es ist ein Projekt für die Natur und für die Menschen, vor allem auch für die zukünftigen Generationen.

Ich möchte meine Rede mit einem Zitat von Dr. Hans Eisenmann, dem früheren Bayerischen Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten und Mitbegründer des Nationalparks Bayerischer Wald, beschließen:

Wir wollen einen Urwald für unsere Kinder und Kindeskinde.

Das ist auch das Ziel dieser Landesregierung. Sie haben heute die historische Chance, den Naturschutz in Baden-Württemberg zu gestalten. Geben wir der Natur ein kleines Stück zurück, in dem sie sich selbst überlassen bleibt.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Abg. Hauk, das Wort.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Schwerer Gang! – Gegenruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Peter Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Heute ist in der Tat ein denkwürdiger Tag in dieser Legislaturperiode, weil Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, erstmals trotz Zustimmung der die Regierung tragenden Fraktionen scheitern. Sie scheitern an den an sich selbst gestellten Ansprüchen. Sie scheitern daran, dass Sie eine Bürgerregierung sein, die Menschen mitnehmen und einbinden wollten. Das haben Sie nicht erreicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie scheitern nicht an der Mehrheit in diesem Haus, aber Sie scheitern an der Mehrheit der Menschen in Baden-Württemberg,

(Lachen bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

die auch nicht wollen, dass den Menschen vor Ort entgegen ihrem Willen ein Nationalpark aufoktroiiert wird.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei den Grünen – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nationalparkverweigerer!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Demokratie gibt es weiche Abstimmungen – das sind die Umfragen – und harte Abstimmungen – das ist die harte Währung. Sie haben diese harte Währung in einer Demokratie, die Bürgerbefragung, sträflich missachtet.

(Abg. Bärtl Mielich GRÜNE: Was?)

Spätestens nach den Ergebnissen dieser Bürgerbefragung hätten Sie einschwenken müssen. Spätestens dann hätten Sie Ihren Kurs korrigieren müssen und gemeinsam mit den Menschen vor Ort, die nicht unwillig sind, das Konzept eines Nationalparks entwickeln müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Aber das haben Sie nicht getan.

Sie alle haben den guten Geist der Gespräche zwischen unseren Kollegen – den Kollegen Dr. Rapp und Locher – und Ihnen im zuständigen Arbeitskreis beschworen. Wir haben uns ganz bewusst nicht mit Ihnen auseinandergesetzt, weil wir noch im Frühjahr dieses Jahres gedacht haben, dass ein Kompromiss erreichbar ist, bei dem die Menschen vor Ort in die Erstellung des Projekts eingebunden werden und es zur Ausöhnung kommt.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben das selbst zunichtegemacht. Sie selbst haben im Juni dieses Jahres ex cathedra verkündet, der entsprechende Gesetzentwurf werde im Herbst dieses Jahres vorgelegt. Genau so war es. Damit sind weitere Gespräche überflüssig geworden, weil eines völlig klar war: Um ein vernünftiges Konzept eines Nationalparks zu erstellen, bedarf es mehr Zeit.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es bedarf längerer Verfahren im Vorfeld.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Es bedarf umfassender Waldflächen für einen Flächentausch.

Sie haben einen miserablen Gesetzentwurf vorgelegt, der weder die Bedürfnisse, die in der Bürgerbeteiligung zum Ausdruck gekommen sind, noch die Ergebnisse dieser Bürgerbeteiligung einbezogen hat. Formal haben Sie eine Bürgerbeteiligung vorgenommen; das ist wahr. Formal war das in Ordnung. Aber was ist denn dabei herausgekommen?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Viel!)

Welche Ergebnisse der sieben Arbeitskreise wurden denn in den Gesetzentwurf aufgenommen? Keine. Die Menschen trauen Ihren Worten nicht.

Sie haben zu Recht gesagt, dass hinsichtlich des Holzes Zusagen gemacht worden seien. Ich sage hier jedoch ganz offen: Das ist allein kartellrechtlich sehr bedenklich.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Zudem ist Baden-Württemberg hinsichtlich des Rohstoffs Holz ein Importland. Das Holz, das aufgrund einer geringeren Eigenproduktion zusätzlich importiert werden muss, fehlt andernorts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was ist dabei herausgekommen? Zwei Torsi.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Im Bundesnaturschutzgesetz steht, Nationalparke sollten weitgehend unzerschnitten sein. Sie können es nachlesen.

(Der Redner hält eine Landkarte hoch.)

Ihr Konzept beinhaltet eine Fläche von 2 500 ha im Norden und eine weitere Fläche im Süden, die insgesamt 7 500 ha umfasst.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Haben Sie sich schon mal Ihren Vorschlag angeschaut? – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Sie dem Bundesamt für Naturschutz Ihr Konzept vorgelegt haben, wusste das Bundesamt für Naturschutz noch nicht einmal, dass die Fläche, die Sie für den Nationalpark vorsehen, geteilt ist.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Natürlich wussten sie es! Es gab doch einen intensiven Austausch! „Lügner“ sage ich jetzt! – Gegenrufe von der CDU, u. a. Abg. Helmut Walter Rüeck: Jetzt langt es aber! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Herr Präsident! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Rösler, ich rüge Sie. Sie verwendeten den Begriff „Lügner“. Das gehört sich in einer parlamentarischen Diskussion nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE meldet sich.)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Herr Abg. Hauk, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Rösler zu?

Abg. Peter Hauk CDU: Nach der Verwendung des Begriffs „Lügner“ lasse ich diese nicht zu.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Die Zwischenfrage ist nicht zugelassen.

(Unruhe)

Abg. Peter Hauk CDU: Sorry, aber es muss auch Sanktionen geben.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: So ist es richtig! – Zuruf von der CDU: Genau! – Anhaltende Unruhe)

Ich zitiere wörtlich aus der Stellungnahme des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung:

Allerdings ist dem Gesetzentwurf nicht zu entnehmen, dass sich der Nationalpark aus zwei Teilgebieten zusammensetzt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Sie sind namentlich zu benennen. Aus der Sicht des Bundes ist es naturschutzfachlich wünschenswert, beide Nationalparkteile zumindest mittelfristig zusammenzuführen, zumal zwischen den beiden Gebietsteilen naturschutzfachlich bedeutsame Flächen vorhanden sind.

Meine Damen und Herren, das ist bemerkenswert, weil damit zwei Dinge klar werden. Erstens: Ihr Gesetzentwurf ist ein Torso. Zweitens: Aus dem Zitat wird klar, was der Bund tun kann und tun sollte, nämlich eine Empfehlung geben. Es heißt dort nämlich, es sei „wünschenswert“.

Der Bund kann den Landtag nicht anweisen, dies umzusetzen, weil wir in dieser Frage autonom sind. Wir entscheiden auf der Grundlage unserer Bestimmungen, wie ein Nationalpark auszusehen hat. Das gilt auch für seine Größe.

Das Konzept eines Nationalparks wird nicht dadurch besser, dass man drei, vier oder fünf Teilflächen mit einer bestimmten Größe als Nationalpark deklariert. Das Konzept wird nur dann besser, wenn der Nationalpark auf einer zusammenhängenden Fläche eingerichtet wird. Die Größe ist hierfür übrigens fast unbedeutend.

An dem Beispiel des Pilzes, das Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, gebracht haben, wird deutlich: Es ist völlig egal, ob die zusammenhängende Fläche für den Nationalpark insgesamt 1 000 ha, 2 000 ha, 3 000 ha oder 10 000 ha umfasst. Ihr Konzept sieht nicht einmal eine zusammenhängende Fläche von 10 000 ha vor. Sie rühmen sich einer Flächengröße des Nationalparks, die dieser aber nicht zusammenhängend umfasst.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt komme ich auf die weiteren Kriterien zu sprechen, die Sie wie eine Monstranz vor sich her tragen, da diese Kriterien wichtig seien und eingehalten werden sollten.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Sie haben ein zentrales Kriterium vergessen, nämlich die Akzeptanz der Bevölkerung vor Ort. Ich zitiere hierzu aus den Managementzielen:

Berücksichtigung der Bedürfnisse der eingeborenen Bevölkerung einschließlich deren Nutzung bestehender Ressourcen zur Deckung ihres Lebensbedarfs ...

Dies wird so formuliert, weil es international gilt. Mit „eingeborene Bevölkerung“ sind die autochthon dort Lebenden, also in diesem Fall die Nordschwarzwälder gemeint. Da geht es nicht um die Baden-Württemberger und nicht um die Deutschen. Es geht um die Frage der Bedürfnisse der Nordschwarzwälder, die in diesem Gebiet leben und sich in diesem Gebiet weiterentwickeln wollen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es unsere Verantwortung als Volkspartei – das brauchen Sie nicht zu machen; Sie sind klar eine Klientelpartei; das ist in Ordnung, das akzeptieren wir auch; Sie haben diesmal die Mehrheit –:

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Naturschutz!)

Wir sagen Ja zu mehr Naturschutz, wir sagen Ja zu mehr Artenschutz, wir sagen auch Ja zu einem lebendigen Schwarzwald und sagen Ja zur Wildnis.

(Zuruf: Wattenmeer!)

Aber wir sagen nur dann Ja zu Wildnis, Artenschutz und Nationalpark, wenn wir die Akzeptanz der örtlichen Bevölkerung einholen können. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In der Orientierungslosigkeit, von der Sie gesprochen haben, stecken Sie gerade

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein!)

– in einem Dilemma –, weil Sie Ihre eigenen Ansprüche nicht einhalten können.

Sie haben recht. Wenn die örtliche Bevölkerung alles blockieren könnte, was notwendig ist, dann wären wir generell in einem Staatsdilemma.

Warum ist für die Akzeptanz der Bevölkerung im Nordschwarzwald wichtig? Was unterscheidet den Nordschwarzwald von Stuttgart 21 oder von einem Pumpspeicherkraftwerk oder Sonstigem? Es gibt Maßnahmen, die an einer bestimmten Stelle und nirgendwo anders zwingend notwendig sind. Dafür gibt es das Planungsrecht, dafür gibt es die Bürgerbeteiligung. Das geschieht alles bei Infrastrukturmaßnahmen in dieser Größenordnung. Wenn bei Stuttgart 21 die Gleise verlegt, die Weichen gestellt, die Tunnel gebaut sind und die ersten Züge fahren, dann funktioniert Stuttgart 21, und dann werden alle Menschen – ob Befürworter oder Gegner – auf dieser Strecke eine halbe Stunde schneller in Ulm sein. Dieses Projekt funktioniert.

Ein Nationalparkprojekt

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der Nationalpark ist besser geplant!)

(Peter Hauk)

kann man so oder so entscheiden. Selbst das von Ihnen in Auftrag gegebene Gutachten erkennt keinen besonderen naturschutzfachlichen Mehrwert. Das hat mich überrascht. Aber wenn Sie es lesen, sehen Sie: Es steht genau so darin. Der Mehrwert ist überschaubar – kein Wunder, weil schon heute der Artenschutz und der Naturschutz im Nordschwarzwald eine dominante, bedeutende Rolle einnehmen. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Peter Hauk CDU: Ich führe zunächst noch meinen Gedanken zu Ende.

Wenn aber der naturschutzfachliche Wert eines Gebiets schon heute hoch ist, dann lässt er sich nicht mehr allzu sehr steigern.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie haben das auch nicht gelesen!)

Dann stellt sich die Frage, ob dieses Vorhaben mit den Vorstellungen der betroffenen Menschen in Einklang zu bringen ist. Genau diese Frage müssen Sie sich stellen.

Das ist der Unterschied zum Infrastrukturprojekt. Das Infrastrukturprojekt funktioniert, wenn die Züge fahren. Der Nationalpark wird nur dann funktionieren, er wird nur dann gelingen, er wird nur dann Begeisterung bei den Menschen auslösen, wenn die Menschen vor Ort an Bord sind. Das ist der große Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Denn auch ein Nationalpark lebt von den Menschen vor Ort. Die Akzeptanz vor Ort werden Sie mit allem Geld der Welt nicht herbeiführen, erst recht nicht mit dem wenigen, das Sie zur Verfügung stellen,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Zu wenig? Letztes Mal war es zu viel!)

und das für ein Projekt, das nicht durchfinanziert ist, Kostenrisiken birgt und uns auf Jahrzehnte hinaus belastet. Um diesen Preis ist es für uns nicht machbar.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber Sie wollen es billig machen!)

Noch einmal zurück. Die Kernfrage ist am Ende: Warum nehmen Sie die Menschen nicht mit? Sie hätten beim Nationalpark so oder so entscheiden können. Es ist auch die Frage: Warum haben Sie sich dem Gebiet nicht in Arbeitsschritten genähert? Wir haben es Ihnen wiederholt vorgeschlagen.

Wir haben Ihnen vorgeschlagen: Nehmen wir zunächst die Bannwälder und die besonders unter Schutz stehenden Flächen und reden einmal mit den Leuten darüber, wie ein Gebiet entstehen soll. Das war übrigens die Vorgehensweise beim Biosphärengebiet. Wir haben dort ein Kerngebiet gehabt; am Anfang waren es die zwei Gemeinden Bad Urach und Römer-

stein, die gesagt haben: Wir machen mit. Dann haben wir das entwickelt und haben auch Konzepte unterlegt. Am Ende und nicht am Anfang des Prozesses stand eine Rechtsverordnung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie machen es umgekehrt. Das Misstrauen ist deshalb so groß, weil Sie die Menschen nicht von Anfang an, nicht von der Entwicklung einer Gebietskulisse an mitgenommen haben. Sie haben ihnen Ihre Vorstellungen dargelegt. Bürgerbeteiligung besteht aus Ihrer Sicht darin, den Menschen zu erklären, warum das alles gut sei für sie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Genau so ist es!)

Genau das haben Sie getan. Sie haben die Menschen ausführlich und intensiv beschallt mit Ihren Ideen und mit Ihren Erklärungen, warum es gut für die Menschen sei. Jetzt ärgern Sie sich darüber, dass sie es Ihres Erachtens nicht kapiert haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist die Tatsache.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Ist jetzt der Abschnitt vorbei?

Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt ist der Abschnitt vorbei, und deshalb lasse ich eine Zwischenfrage zu.

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Frau Abg. Böhlen, Sie können jetzt eine Frage stellen.

Abg. Peter Hauk CDU: Frau Böhlen, bitte schön.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Herzlichen Dank, Herr Hauk. – Ich bin eine eingeborene Nordschwarzwälderin.

Abg. Peter Hauk CDU: Sie leben aber schon im Tal.

Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sie wissen doch gar nicht, wo ich geboren bin. Meine Vorfahren haben im Nordschwarzwald quasi den aufrechten Gang erlernt.

Deswegen repräsentiere ich, eine eingeborene Nordschwarzwälderin, diesen Bereich, und nicht nur ich. Die Städte Baden-Baden und Bühl haben zusammen 80 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Diese Menschen wohnen dort und möchten den Nationalpark. Die Gemeinderäte haben mit den Stimmen von CDU und FDP entsprechend abgestimmt. Warum lassen Sie jetzt 100 000 Menschen außen vor und fokussieren Ihren Blick nur auf zwei, drei Gemeinden, die dagegen gestimmt haben?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Zwei, drei?)

Abg. Peter Hauk CDU: Liebe Frau Böhlen, weil uns die Menschen in diesen Gemeinden nicht egal sind. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Die Menschen dort sind uns nicht egal. Ich komme nicht aus dem Schwarzwald, aber ich kann gut mitfühlen, wie es den Menschen geht.

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

Denn für die Menschen im mittleren und im nördlichen Schwarzwald ist das, worüber der Ministerpräsident mit Aus sagen wie, das seien 0,7 % der Waldfläche des Landes, so locker hinweggeht, 100 % Heimat,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

und zwar tagtäglich – im Gegensatz zu Ihnen, Frau Böhlen, die Sie unten im Tal wohnen, nämlich in Baden-Baden.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Wenn die Menschen morgens aufstehen und den Fensterladen öffnen, dann schauen sie genau darauf, worauf Sie nicht schauen, und befürchten, dass dieses Landschaftsbild zerstört und verändert wird. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Fachdiskussion ist geführt. Sie, Herr Ministerpräsident, haben von Werten und Bewertungen gesprochen. Die Fachleute sagen, man könne das Ganze auch ganz anders bewerten. Ist es wirklich Wildnis und ein Urwald, wenn erst einmal ein Waldumbau von Menschen gelenkt stattfinden muss, wie der Minister es vorhat? Ist es dann wirklich die Wildnis, die man erwartet? Ist es wirklich außerhalb jedes menschlichen Einflusses, wenn wir uns einen Urwald schaffen, und zwar nach unseren Vorstellungen von Urwald, nach unseren Vorstellungen von Wildnis,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Die gibt es gar nicht!)

in einer Kulturlandschaft, die wahrscheinlich seit mehreren Tausend Jahren – zumindest in den letzten 1 000 Jahren – immer bewirtschaftet wurde? Ist das unsere Bewertung? Können Sie mit der Bewertung der Ökologie, die Sie immer an ein paar Tausend Hektar festmachen, alles andere abtun, was in der Frage von Wildnis und Artenschutz eine Rolle spielt? Bezüglich der Moose und Flechten gebe ich Ihnen vollkommen recht. Aber diese benötigen keine Fläche von 3 000, 5 000 oder 10 000 ha. Vor allem wird die Flechte nicht über eine Lücke hinweg vom Ruhestein zum Ochsenkopf hinüberspringen, sondern am Ende ist es notwendig, genügend Lebensraum zu haben. Das heißt, die gewünschten Natur- und Artenschutzziele lassen sich anders erreichen als durch eine Käseglocke und gegen den Willen der Bürger übergestülpte Verordnungen. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind bei der letzten Landtagswahl auch mit dem Willen angetreten, einen Nationalpark einzuführen. Das stimmt. Ich will aber insofern den von Ihnen vorgebrachten Mären und Legenden entgegentreten. Der frühere Landwirtschaftsminister Weiser war sicherlich nicht jemand, der zu den Vätern dieses Gedankens zählte – um dies einmal klar zu sagen. So etwas wäre uns nicht verborgen geblieben.

Aber ich erkenne an, dass es hierzu natürlich schon früher Gedanken gab. Die CDU ist eine Volkspartei. Wir haben uns aus genau diesem Grund äußerst intensiv darüber unterhalten, wie wir ein solches Projekt umsetzen könnten. Dabei kamen wir zu dem Ergebnis – dies zieht sich als roter Faden durch unsere Argumentation –: Nationalpark ja, wenn die Menschen mit an Bord sind.

Was ist daran so verkehrt? Dass so etwas gelingen kann, zeigt doch die Entwicklung der letzten Wochen. Wir haben mit den Gegnern intensiv gesprochen.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Genau! Mit den Befürwortern auch?)

Mit wem sonst sollten wir denn sprechen? Die Befürworter brauchten wir nicht zu überzeugen. Aber dass man die Gegner überzeugt, ist doch unser aller Anliegen. Wir haben sie auch dadurch überzeugt, dass wir ihnen eine Alternative geboten haben, die das Bundesnaturschutzgesetz ausdrücklich zulässt, eine Alternative, die heißt: Der Nationalpark rückt einfach in größere Höhenlagen.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Wie die Ergebnisse dann aussehen und wie groß die Flächen sind, ist dabei zunächst einmal sekundär. Dieses Konzept orientiert sich an einer Linie von 900 Höhenmetern. Das heißt jedoch nicht, dass die Fläche eines solchen Nationalparks im Zickzack genau diese Höhenlinie umfahren würde, sondern heißt, dass natürlich Flächen auch unterhalb dieser Höhenlinie hinzukommen können, wenn sie aus Gründen des Naturschutzes wichtig sind. Das ist überhaupt keine Frage; hierin waren sich alle Akteure und Beteiligten bislang einig.

Das ist die Leitlinie. Die Vorgabe für die nächsten Monate und unter Umständen auch für die nächsten Jahre muss sein, dass wir uns an dieser Leitlinie orientieren und mit den Bürgern Gebietskulissen und Konzeptionen entwickeln – alles Dinge, die Sie verabsäumt haben und die Sie eigentlich am heutigen Tag hätten vorlegen sollen. Genau das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Jetzt sagen Sie, Herr Ministerpräsident, doch einmal, was daran so falsch sein soll, wenn mit den Menschen gemeinsam etwas entwickelt wird. Sie sagen, das hätten wir früher machen müssen, nicht erst kurz vor der heutigen Abstimmung. Nachdem mit Ihnen kein Konsens zu erzielen war und Sie vor der Bundestagswahl – um Ihrer Klientel dieses Projekt noch rechtzeitig anzudienen –

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Hat nichts gebracht!)

(Peter Hauk)

verkündet haben, dass der Gesetzentwurf bereits im Herbst kommt, waren jegliche Gespräche obsolet. So war es.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm
CDU: Genau so ist es!)

Sie haben doch taktisch gehandelt. Sie stehen doch bei Ihren Befürwortern, bei Ihrer Klientel am Ende im Wort. Das ist doch Tatsache. Wir haben unser Wort gegeben, dass wir mit den Menschen gemeinsam etwas machen, und dazu stehen wir auch. Genau das werden wir tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben, ebenso wie der Minister, auf die Bundeskanzlerin, auf die CDU-Gemeinderäte etc. Bezug genommen. Ich gönne Ihnen den Zuspruch aus unseren Reihen. Ich bin sogar froh darüber, und ich bin auch ein Stück weit stolz darauf, dass die Union, dass die CDU als Volkspartei solche Strömungen hat, diese aufnimmt und dies auch letztlich in der Öffentlichkeit kommuniziert. Ich gönne Ihnen das. Aber ich frage Sie: Gibt es in Ihren eigenen Reihen denn keine begeistertsten Befürworter?

(Zuruf: Doch!)

Wenn Sie aber schon so offen für die Stimmen aus den Reihen der CDU sind, dann seien Sie dabei aber doch bitte konsequent. Wir haben einige Änderungsanträge in den laufenden Prozess zum Gesetzentwurf eingebracht – Herr Kollege Dr. Rapp hat diese vorhin vorgestellt –, mit denen Sie zumindest einige erste Schritte in die richtige Richtung gehen könnten. Aber Kollege Reusch-Frey hat ja bereits erklärt, dass Sie auch diese Änderungsanträge, die allesamt vom Geist und vom Willen der Bevölkerung getragen sind,

(Lachen der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

ablehnen. Wir haben Ihnen stets unsere Zusammenarbeit angeboten. Wir wollten uns konstruktiv in den Prozess einbringen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Warum haben Sie es dann gelassen?)

– Wie bitte, Herr Lede Abal?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ich frage, warum Sie es gelassen haben, Herr Hauk!)

– Wir haben es deshalb gelassen, weil der Prozess durch den MP abgebrochen wurde, der gesagt hat, der Gesetzentwurf komme im Herbst.

(Widerspruch bei den Grünen – Lebhaftige Unruhe)

Er sagte: Er kommt im Herbst, und er kommt so, wie die Landesregierung es sich vorgestellt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Basta-Politik! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie haben sich herausgestohlen!)

Was hätten wir denn anders machen sollen? Die Frage ist doch eher: Was hätten Sie anders machen müssen? Sie hätten sich nicht darauf beschränken dürfen, die Gegner zu beschallen und ihnen zu erklären, warum Sie so toll sind und warum Ihre naturschutzfachlichen Argumente so überzeugend sind –

tatsächlich haben Sie die Menschen nicht überzeugt –, sondern Sie hätten sich einfach zusammensetzen und miteinander sprechen müssen; Sie hätten mit Eigentümern sprechen müssen, etwa mit der Murgschifferschaft, mit den angrenzenden Gemeinden etc.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das haben wir!)

Dadurch hätten Sie vielleicht einen Prozess initiieren können, ebenso wie die Bühler, die gesagt haben: „Wir sind bereit für einen freiwilligen Tausch“, oder wie die Baden-Badener, die gesagt haben: „Prima, wir sind bereit, sogar Gemeindegeld in einen Nationalpark einzubringen.“ Das wäre die richtige Lösung und die richtige Strategie für den größten Teil des Nationalparks gewesen. Es reicht nicht, die zwei Gemeinden zu berücksichtigen, die sich freiwillig beteiligen, sondern Ziel hätte sein müssen, auf eine freiwillige Beteiligung aller hinzuwirken.

Ein solcher Prozess kostet jedoch Zeit. Ein solcher Prozess erfordert Arbeit. Bei einem solchen Prozess muss man mit der Hand am Arm arbeiten, man muss mit der Kraft der Argumente, mehr jedoch noch mit der eigenen Glaubwürdigkeit operieren. Sie spüren natürlich: Jetzt ist Halbzeit, und Ihnen läuft die Zeit etwas davon. Das ist ja auch spürbar. Deshalb handeln Sie nach dem Motto: Schnell noch den Gesetzentwurf verabschieden, schnell noch die Debatte im Landtag führen, und dann wird gegen die Menschen abgestimmt, und gleichzeitig wird gegen ein besseres Konzept abgestimmt.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was? – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wo ist das bessere Konzept? – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wo ist die Drucksache?)

Was Sie heute festschreiben wollen, wird aber nicht in Stein gemeißelt sein – um auch das klar zu sagen.

Es ist doch eindeutig, dass die Menschen in der Region den Nationalpark nicht wollen. Nachher sollen 30 000 Unterschriften übergeben werden; der Ministerpräsident wollte diese leider nicht in der Öffentlichkeit entgegennehmen.

(Minister Alexander Bonde: Das stimmt nicht!)

Unter den 30 000 Unterzeichnern finden sich möglicherweise Nachbarn und Bekannte, vielleicht der Bäcker um die Ecke, der Metzger, bei dem die Familie Bonde einkauft; vielleicht sind auch Freunde des Ministers darunter. Sie alle wollen diesen Nationalpark nicht. Die Grünen jedoch wollen ihn; sie ignorieren dies einfach. Sie schalten auf Durchzug. Denn wie wir vom Ministerpräsidenten gehört haben, heißt Gehörtwerden nicht Erhörtwerden. Da ist so langsam schon Häme dabei.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: So ist es!)

Die Aufgabe der Politik ist es aber nicht – dort, Herr Ministerpräsident, haben Sie versagt –, einen Spalt zwischen die Menschen zu treiben, sondern Menschen in diesem Land zusammenzuführen, sie zu vereinen, statt ganze Regionen gegeneinander aufzuhetzen. Das ist der Nationalpark nicht wert. Der Mehrwert eines Nationalparks, wie er in Ihrem eigenen Gutachten beschrieben wird, ist viel zu klein, als dass er recht-

(Peter Hauk)

fertigen würde, solche Keile in die Bevölkerung hineinzutreiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir entscheiden dabei nicht nach moralischen Kriterien – was ist gut? was ist böse? –; für uns sind besorgte Menschen nicht in erster Linie Gegner, sondern Bürgerinnen und Bürger. Wir haben deshalb Eckpunkte zusammengestellt, die in der Region formuliert wurden, die wir als ein flexibles Modell in die Diskussion geben. Der Unterschied besteht darin, dass wir einen ganz anderen Ansatz wählen als den, den Sie gewählt haben.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Unser Modell war auch flexibel!)

Viele haben sich gemeldet. Darüber bin ich froh; es sollen viele mitmachen, sonst bekommen wir das alles nicht so einfach gebacken. Wir freuen uns darüber, und wir werden dies im nächsten Jahr angehen. Wir geben keinen starren Rahmen vor; wir wollen die Menschen begeistern, und das wird auch gelingen. Es ist klar, dass Sie das schlechtreden. Denn wir zeigen Ihnen, wie Bürgerbeteiligung geht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ihre eigenen Leute glauben das nicht!)

Wir greifen Ihr Kernthema auf, und darüber ärgern Sie sich ein bisschen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Lesen Sie die Zeitung?)

Meine Damen und Herren, wir haben auch keine Angst vor der Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben Angst vor Ihren eigenen Leuten!)

Wir glauben, es kann gelingen, einen Nationalpark zu entwickeln, und zwar mit der Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger. Weil wir davon überzeugt sind, werden wir ein solches Ergebnis – sollte es ab 2016 zur Realisierung kommen – auch den Bürgerinnen und Bürgern zur Entscheidung vorlegen und sie hierüber befragen.

Dabei gilt dasselbe wie bei der Kandidatur Bayerns für die Ausrichtung der Olympischen Spiele: Alle müssen mitmachen. Wenn der Zuspruch der Menschen – aller Menschen, aller Einwohner der betroffenen Gemarkungen – da ist, wird dies umgesetzt, und wenn nicht, bleibt der Entwurf in der Schublade.

Ich glaube, dies ist ein fairer Umgang mit den Menschen, und wir sind uns sicher, dass es gelingt. Denn wir wollen auch das, was schon angedacht wurde, nämlich in den von Ihnen eingerichteten Arbeitskreisen – deren Ergebnisse von Ihnen nicht übernommen wurden –, mit einbeziehen. Diese Überlegungen, die vielen guten Ideen, die nicht aufgenommen wurden, die vielen Ideen aus der Region werden wir auf den Tisch legen, auch aus Gemeinden wie Bühl und Baden-Baden, die sich freiwillig und engagiert an einem Nationalpark beteiligen wollen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben beim Biosphärengebiet auf der Schwäbischen Alb geliefert.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nachdem Sie 13 Jahre lang dagegen waren!)

Der Kollege Röhm hat vorhin darauf hingewiesen – das ist wohl wahr –: Es ist die Bewahrung der Kulturlandschaft, die dort im Vordergrund steht. Aber die Skepsis und die Ängste der Menschen waren damals groß. Begonnen haben wir mit genau zwei Gemeinden und mit zwei Bürgermeistern, die von der Idee überzeugt waren.

Wir haben deshalb geliefert, weil es gelungen ist, mit einer klaren Konzeption den Menschen die Befürchtungen und die Ängste zu nehmen, auch mit klaren Zusagen, mit einem klaren Finanzierungskonzept, das durchfinanziert war, vor allem auch mit der Zusage, dass die Entscheidung darüber, ob wir es machen und wie die Gebietskulisse aussieht, erst dann getroffen wird, wenn alles besprochen ist. Erst nach der Zustimmung aller Gemeinderäte und aller betroffenen Verbände und Organisationen trat der Beschluss zur Einrichtung dieses Biosphärengebiets in Kraft.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Genau so hätte man es auch bei dem Nationalpark machen können. Es wäre auch wünschenswert gewesen, es so zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Lieferung einer echten Bürgerbeteiligungsregierung müssen Sie erst noch erbringen. Heute steht bei einem Beschluss der Stimmenmehrheit von Grün-Rot Ihr Versagen, Ihre eigene Schmach, Ihre eigene Unfähigkeit auf der Tagesordnung.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der FDP/DVP-Fraktion, Herrn Abg. Dr. Rülke, das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Beginn Ihrer Rede ein schönes Bild von unserem Land Baden-Württemberg gezeichnet, bestehend aus zwei Säulen, nämlich dem wirtschaftlichen Wohlstand und der Schönheit der Landschaften. So weit, so gut.

Ich stelle fest: Dieses Bild trifft die Realität im Land Baden-Württemberg. Es trifft die Realität aber auch jetzt schon. Es stellt sich die Frage, ob es zwingend notwendig ist, einen solchen Nationalpark – den Nationalpark, den Sie vorhaben – einzurichten, um dieses Bild zu erhalten. Offensichtlich war dies in der Vergangenheit mit Biosphärengebieten möglich, offensichtlich war es in der Vergangenheit mit Naturparks möglich. Es stellt sich natürlich die Frage, ob es zwingend notwendig ist, jetzt diesen Nationalpark auch gegen die Bürger vor Ort durchzusetzen, damit das Land Baden-Württemberg weiterhin auf der einen Seite aus wirtschaftlichem Wohlstand und auf der anderen Seite aus der Schönheit der Landschaft besteht.

(Zuruf von der SPD: Kulturlandschaft!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Wir sind nicht generell und nicht grundsätzlich gegen die Einrichtung eines Nationalparks. Aber wir haben immer gesagt: Es muss vor Ort sinnvoll sein, und die Bürger müssen mitgenommen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Beides ist Ihnen nicht gelungen, Herr Ministerpräsident, ganz offensichtlich nicht. Denn wenn dieses Projekt sinnvoll wäre, dann könnten Sie auch die Bürger mitnehmen. Das ist das Problem, das Sie haben.

Es wird überdeutlich, dass es Ihnen gar nicht um den Naturschutz geht. Vielmehr geht es Ihnen um ein Prestigeprojekt für Ihre Amtszeit. Das ist der eigentliche Grund. Deshalb haben Sie von vornherein deutlich gemacht, dass Sie am Ende dieses Prozesses – komme, was wolle – diesen Nationalpark im Landtag durchsetzen wollen. Das haben Sie den Menschen vor Ort schon sehr früh signalisiert. Und da wundern Sie sich über den Ärger, der vor diesem Haus kundgetan wird?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie argumentieren mit den Vorgängerregierungen und sagen, der frühere Landwirtschaftsminister Weiser habe Pläne zu einem solchen Nationalpark oder generell zu einem Nationalpark schon in der Schublade gehabt. Das ist ein Argument, das Sie anführen: Weil ein CDU-Minister Pläne in der Schublade hatte, müssen diese Pläne gut sein. Ich halte das für eine bemerkenswerte Einsicht. Ich habe schon viele Pläne von CDU-Ministern realisiert gesehen, die Sie nicht gut fanden. Ich würde mir an Ihrer Stelle einmal die Frage stellen, wenn diese Pläne in der Schublade waren, warum er sie dort gelassen hat und warum sie in der Vergangenheit nicht realisiert worden sind.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Das war offensichtlich deswegen der Fall, weil man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass es an dieser Stelle nicht sinnvoll ist, oder zumindest, dass dieser Nationalpark mehr nimmt, als er gibt. Das ist offensichtlich das Ergebnis, zu dem alle Vorgängerregierungen gekommen sind. Denn Herr Weiser war Minister in Zeiten einer CDU-Alleinregierung.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Und in Zeiten von Schwarz-Rot!)

Anschließend gab es eine Große Koalition, dann die christlich-liberale Koalition. Keine dieser Koalitionen hat das Ganze realisiert, offensichtlich weil alle zu dem Ergebnis gekommen sind, dass dieser Nationalpark mehr nimmt, als er gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Ich will Ihnen gar nicht bestreiten, dass es Gründe gibt, einen solchen Nationalpark umzusetzen.

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Sie haben heute erklärt, es gebe 250 Arten, die sozusagen nur im Totholz überlebensfähig seien.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Plus die FDP!)

Ich habe heute während Ihrer Rede, Herr Ministerpräsident, den Tannenstachelbart kennengelernt; den kannte ich bisher nicht. Ich glaube Ihnen gern, dass der Tannenstachelbart zu den 250 Arten zählt, die nur im Totholz überlebensfähig sind, und sage Ihnen: Jawohl, das ist ein Argument dafür, vielleicht einen solchen Nationalpark zu realisieren oder zumindest irgendetwas einzurichten, das es ermöglicht, dass Arten im Totholz überlebensfähig sind.

Nur stellt sich dann schon die Frage: Was nimmt ein solcher Nationalpark? Sie haben die ganzen Befürchtungen in den Sägebetrieben nicht zerstreuen können. Sie haben auch am heutigen Tag die Befürchtungen bezogen auf den Borkenkäfer nicht zerstreuen können. Sie mussten Formulierungen wie „nach menschlichem Ermessen“ und „Wir hoffen und glauben“ verwenden. Aber sicher sind Sie eben nicht. Deshalb übernehmen Sie auch die notwendigen Garantien nicht, Herr Ministerpräsident.

Ich glaube auch nicht, dass dieses Totholz dazu führt, dass in der Zukunft der Tourismus im Nationalparkgebiet spürbar gefördert wird. Ich kann mir eben nicht vorstellen, dass neben denen, die heutzutage im Nordschwarzwald wandern – dazu gehöre ich gelegentlich auch;

(Zurufe von der SPD: Oi!)

den Kollegen Schmiedel treffe ich dann vielleicht irgendwann einmal bei seiner Wanderung –, zusätzlich Leute von irgendwoher anreisen, durch diesen Nationalpark wandern und dann irgendwo vor einem toten Stamm stehen bleiben und sagen: „Dort ist möglicherweise der Tannenstachelbart drin.“ Das glaube ich nicht. Deshalb, Herr Ministerpräsident, nimmt dieser Nationalpark eben mehr, als er gibt.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Herr Kollege Dr. Rülke, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Gurr-Hirsch?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da ich gerade am Ende eines Abschnitts bin, gern.

(Heiterkeit)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bitte.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Jetzt können Sie sich auf das nächste Tier einstellen: Gurr-Hirsch.

(Heiterkeit)

Sie haben während Ihrer Rede den Tannenstachelbart für sich entdeckt; das sei Ihnen auch gegönnt.

Ich möchte Sie fragen, ob Ihnen bewusst ist, dass in der geplanten Kulisse des Nationalparks bereits eine größere Bannwaldfläche oder Totholzfläche vorhanden ist, und ob Sie wissen, dass es seit vielen Jahrzehnten auch im Staatsforst üblich ist, Totholzflächen auszuweisen.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vielen Dank für den Hinweis, Frau Gurr-Hirsch. Ich habe ja gerade, wenn ich mich richtig entsinne, gesagt, dass es auch andere Möglichkeiten für das Vorhandensein von Totholz gibt. Diese muss man vielleicht gelegentlich zur Anwendung bringen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Hirschkäfer!)

Ich will aber dem Ministerpräsidenten konzedieren, dass der Tannenstachelbart in einem Nationalpark vielleicht eine höhere Überlebenschance hat als in den Bannwaldflächen. Das mag ja dann ein Argument für den Nationalpark sein. Aber das ist eben für mich nicht hinreichend, insbesondere wenn ich mir anschau, welche Auswirkungen wirtschaftlicher Art die Einrichtung dieses Nationalparks hat.

Herr Ministerpräsident, Sie betonen immer fast gebetsmühlenartig, beim Nationalparkgebiet handle es sich nur um 0,7 % der Waldfläche des Landes, und unterstellen damit, der Flächenbedarf für den Nationalpark sei so gering, dass sich daran im Grunde überhaupt niemand zu stören brauche. Aber, Herr Ministerpräsident: Den Menschen im Nordschwarzwald, deren Befürchtungen vor ihrer Haustür konkret werden, in deren Heimat eingegriffen wird, nutzt dieses Argument relativ wenig, wenn Sie ihnen beispielsweise sagen: „In Oberschwaben greifen wir nicht in den Wald ein, aber bei euch, und das betrifft nur 0,7 % der Waldfläche des Landes.“ Das ist ein Argument, das für die Menschen vor Ort alles andere als überzeugend sein dürfte.

Sie haben auch darauf hingewiesen, wie früh und umfassend Sie die Bürger eingebunden hätten. Das ist durchaus richtig.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Also doch!)

Sie haben sehr früh einen Prozess der Diskussion mit den Bürgern geführt; Frau Sitzmann, das ist durchaus richtig.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Sagen Sie das einmal Herrn Hauk!)

Im Übrigen ist es so, dass Regierungen in früheren Zeiten durchaus mit den Bürgern diskutiert haben. Indem Sie immer von der Politik des Gehörtwerdens reden, versuchen Sie den Eindruck zu erwecken, dass die Bürger früher ihre Meinung nicht äußern durften. So war es nicht. Vielmehr wurde es am Ende im Landtag entschieden. Genau so machen Sie es auch. Sie hören den Menschen zu, aber am Schluss erklärt der Ministerpräsident, dass gehört werden nicht erhört werden heiße. Das heißt, die Meinungen der Menschen werden nur dann ernst genommen, wenn sie Ihnen in den Kram passen. Wenn sie Ihnen nicht in den Kram passen, entscheiden Sie im Landtag anders. Da frage ich Sie: Was ist denn die neue Qualität Ihrer angeblichen Politik des Gehörtwerdens?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie nehmen für sich in Anspruch, den Bürger ernster zu nehmen, als dies frühere Landesregierungen taten. Diesen Anspruch lösen Sie jedoch in keiner Weise ein, bei diesem Beispiel nicht und bei anderen auch nicht. Damit wird doch deutlich, was diese Politik des Gehörtwerdens ist: Sie ist nur ein Köder, der für den Wähler ausgelegt wird. Dem Wähler wird der Eindruck vermittelt: „Wählt uns, dann habt ihr mehr zu

bestimmen als zu früheren Regierungszeiten.“ Am heutigen Tag machen Sie sehr deutlich, dass das gar nicht der Fall ist, sondern dass Sie hier entscheiden, ganz egal, was der Bürger will.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Sie sprechen immer davon, man könne die Sägebetriebe vor Ort

(Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Facharbeiter!)

durch Holz aus anderen Regionen entschädigen. Meine Damen und Herren, das ist eine Milchmädchenrechnung aus der Gemeinschaftsschule.

(Oh-Rufe von der SPD)

Denn das Gesamtvolumen des Holzes in Baden-Württemberg wird mit Sicherheit nicht dadurch höher, dass Sie einen Nationalpark einrichten. Sie können das Holz nur einmal verwenden. Wenn das Land Baden-Württemberg insgesamt einen höheren Verarbeitungsbedarf an Holz hat als die Menge, die im Land Baden-Württemberg heranwächst und gefällt werden kann, dann ist nach Adam Riese völlig klar, dass Sie dadurch bei den Sägebetrieben im Nordschwarzwald Einbrüche herbeiführen und insgesamt ein Minus in der Holzwirtschaft in Baden-Württemberg entsteht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das wird nicht ins Ausland verkauft!)

Hier setzen Sie auf die Uninformiertheit und auf die Leichtgläubigkeit der Zeitgenossen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Frage des Kollegen Glück nicht beantwortet. Sie haben etwas oberlehrerhaft erklärt, man solle warten, Sie kämen noch darauf zu sprechen, aber anschließend haben Sie nicht geliefert. Auch an dieser Stelle ist deutlich geworden, mit welchem Stil Sie die Diskussion führen.

Sie haben sich von Anfang an vorgenommen, dieses Prestigeprojekt als Leuchtturm einer grün-roten Amtszeit von 2011 bis 2016 umzusetzen – komme, was wolle –, am besten unter dem Beifall der Bevölkerung. Deshalb haben Sie diesen Bürgerbeteiligungsprozess angestrengt. Sie haben aber von vornherein keinen Zweifel daran gelassen, dass Sie, wenn die Bürger am Ende nicht so wollen, wie Sie sich das vorstellen, das Ganze trotzdem unabhängig vom Bürgerwillen umsetzen. An dieser Stelle wird auch noch einmal deutlich: Die Politik des Gehörtwerdens ist eine reine Fassade, eine Schauveranstaltung. Dahinter wird glasklare Machtpolitik deutlich.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Oh! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Mit der Mehrheit der beiden Regierungsfractionen wird das durchgesetzt, was Sie wollen und was Ihrem Prestige als Leuchtturmprojekt dient. Das ist Ihre Politik. Alles andere ist Schau und Fassade.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich jetzt der Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE, Frau Abg. Sitzmann, das Wort erteile, will ich das weitere Prozedere ansprechen.

Wir hatten vorgesehen, um 14:00 Uhr im Neuen Schloss den Staatsvertrag zu unterzeichnen. Das können wir jetzt nicht machen. Deshalb habe ich veranlasst, dass die Delegation des Landesverbands Deutscher Sinti und Roma im Marmorsaal im Neuen Schloss darauf hingewiesen wird, dass diese Sitzung noch länger dauern wird. Ich möchte dies bekannt geben, weil schon mehrere Nachfragen zum weiteren Vorgehen gestellt wurden.

Wir setzen diese Debatte jetzt einschließlich der Abstimmung fort. Danach erfolgt die Vertragsunterzeichnung im Neuen Schloss mit anschließender Mittagspause.

Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich der Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE, Frau Abg. Edith Sitzmann, das Wort.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen im Landtag von Baden-Württemberg heute nicht die erste Debatte zum Nationalpark. Wir bleiben jedoch ein weiteres Mal ratlos. Was will die CDU?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir wissen es nicht, Herr Hauk. Wir wissen nicht einmal, was Sie wollen. Wollen Sie einen Nationalpark, oder wollen Sie keinen?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, für die Bürger!)

Wollen Sie den Nationalpark, wie er in dem vorliegenden Gesetzentwurf vorgesehen ist – mit Modifikationen, wenn es nach Ihnen ginge –,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

oder wollen Sie ihn nicht? Wollen Sie einen anderen Nationalpark? Es ist alles völlig offen geblieben. Diese Fragen sind jetzt an Sie gerichtet, Herr Hauk. Was die CDU-Fraktion betrifft, wissen wir noch weniger. Deshalb frage ich Sie: Wenn Sie immer von „wir“ sprechen, Herr Hauk, wen meinen Sie eigentlich?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die CDU-Fraktion! So einfach ist das!)

Nach meinem Kenntnisstand – das konnte man auch öffentlich nachlesen – stößt das, was Sie als „Bürgerationalpark“ vorgeschlagen haben, in Ihren eigenen Reihen auf Kritik, ebenso wie in der Region. In einem offenen Brief der Initiative „Christdemokraten pro Nationalpark“ wurden alle CDU-Abgeordneten mit der Bitte angeschrieben, sie mögen sich im Interesse des Landes, im Interesse der Biodiversität und des Naturschutzes für den Gesetzentwurf entscheiden, der heute hier auf dem Tisch liegt. Von einer Geschlossenheit der CDU-Fraktion kann überhaupt keine Rede sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es geht aber noch viel weiter. Der ehemalige Umweltminister Vetter hat ein echtes Problem, weil er seiner Partei eigentlich nicht schaden möchte, aber auch nicht an sich halten kann

(Abg. Peter Hauk CDU: Genau!)

bei diesem Verhalten, bei dem Taktieren, bei dem Zickzackkurs, den Sie seit Monaten an den Tag legen. Er kann nicht schweigen und sagt: Es wird höchste Zeit, dass sich die CDU zu diesem Nationalpark bekennt. Aber nicht nur er, auch Gerhard Goll sowie Landräte und Oberbürgermeister mit CDU-Parteibuch aus der Region wollen von Ihrem „Bürgerationalpark“ nichts wissen.

Wenn Sie, Herr Hauk, hier so tun, als sei das, was Sie wollen, auch nur ansatzweise mehrheitsfähig, dann ist das einfach falsch. Es stimmt nicht. In der Region wird Ihr merkwürdiges Modell abgelehnt, und unseres hat sehr viele Befürworter, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Sie versuchen, die Mär zu verbreiten, dass dieser Nationalpark keine Mehrheit hätte. Er hat eine Mehrheit. Er hat in vielen Gemeinderäten, in Kreisen, in Regionalverbänden Mehrheiten bekommen. Bei Umfragen – zuletzt im August dieses Jahres – hat er 69 % Zustimmung bei der Bevölkerung Baden-Württembergs erhalten. 69 %, meine Damen und Herren, das ist eine klare Mehrheit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber nicht nur das. Er findet auch bei den Anhängern der CDU eine klare Mehrheit, nämlich 65 %.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Hauk, 65 % der CDU-Anhänger sind für diesen Nationalpark, dem Sie heute zustimmen können. Ich kann nur vermuten, dass Sie sich längst im Winterschlaf befinden. Sonst hätten Sie das mitbekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Ihnen dies noch einmal veranschaulichen, weil Zahlen Sie anscheinend nicht so interessieren. Das kann man sehr gut darstellen.

(Die Rednerin hält eine Landkarte hoch.)

Die Gebietskörperschaften in den grün markierten Gebieten sind für den Nationalpark, und es gibt ein Gebiet, in dem sie dagegen sind.

(Zuruf von der CDU)

Es ist richtig: Nicht alle sind dafür. Aber die Mehrheit in der Region ist dafür. Das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sie haben kritisiert, die Nationalparkkulisse, wie sie jetzt vorliegt, habe zwei Teile.

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein, ich habe zitiert!)

(Edith Sitzmann)

An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, dass die Gebietskulisse, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, das Ergebnis eines sehr langen, intensiven und vorbildlichen Beteiligungsprozesses ist. Dieser hat im Sommer 2011 begonnen. Das ist jetzt mehr als zwei Jahre her.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Deswegen ist die Begeisterung so groß!)

Diese Gebietskulisse wurde den Wünschen aus der Region entsprechend angepasst, sie wurde verändert. Insofern hat der Bürgerwille massiv Einfluss genommen, und er hat einen guten Einfluss genommen, der jetzt in diesem Gesetzentwurf zum Ausdruck kommt.

Warum sprechen Sie jetzt von einem Torso? Sie haben gerade wörtlich gesagt, diese zwei Teile seien Torsi.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch so!)

Aber auf der anderen Seite schlagen Sie einen „Bürgernationalpark“ – oder was immer das sein soll – vor, der mit dem Begriff „Flickenteppich“ noch positiv beschrieben ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das wissen Sie doch gar nicht!)

Ich zeige Ihnen jetzt das, was Sie vorschlagen.

(Die Rednerin hält eine Landkarte hoch.)

Ich frage mich, was das eigentlich sein soll.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es ist einfach lächerlich, was Sie machen, Herr Hauk. Das ist nicht einmal ein Flickenteppich. Die rot markierten Bereiche wären die Gebietskulisse Ihres neuen Vorschlags, den Sie, wie auch CDU-Leute sagen, viel zu spät auf den Tisch gelegt haben und den noch nicht einmal mehr jemand in der Region haben will.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Sachlage ist völlig klar: Eine deutliche Mehrheit in Baden-Württemberg ist für den Nationalpark, will den Nationalpark, und auch eine Mehrheit in der Region will den Nationalpark. Das sind immerhin fast 60 %. 59 % der Menschen in der Region wollen den Nationalpark, und wir werden, wie Sie den Ausführungen des Ministerpräsidenten entnehmen konnten, versuchen, auch jene, die heute noch skeptisch sind, mitzunehmen. Der Nationalparkrat ist ja so stark mit Vertretern der Region besetzt, damit die Region Einfluss auf die weitere Ausgestaltung nehmen kann.

Daher empfehle ich Ihnen: Hören Sie endlich auf, Märchen zu erzählen. Hören Sie endlich auf, zu diffamieren und zu diskreditieren. Stellen Sie sich den Realitäten, und hören Sie auf, angebliche „Nationalparke“ zu entwerfen, die gar keine sind und auch niemals welche sein können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Es ist klar: Dieser Flickenteppich, diese Mogelpackung, dieser Etikettenschwindel, den Sie betreiben wollen, erfüllt nicht die Kriterien eines Nationalparks.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Uns geht es um Inhalte!)

Wir wollen keinen Spaßpark oder sonst etwas. Wir wollen für Baden-Württemberg einen Nationalpark, wie ihn fast alle Bundesländer bereits haben. Dass Sie das endlich zur Kenntnis nehmen, ist ja wohl das Mindeste, was man erwarten kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich zusammenfassen: Auf diesen Nationalpark werden wir stolz sein können. Es ist ein Nationalpark mit internationaler Auszeichnung und kein Etikettenschwindel. Er befindet sich auf gleicher Ebene wie der Yosemite National Park oder der Grand Canyon National Park in den USA.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

– Ich war da schon.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, ich auch!)

Ich kenne sie beide. Ich kenne aber auch Nationalparke in Deutschland. Das scheint bei Ihnen nicht der Fall zu sein.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie streuen den Leuten doch Sand in die Augen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir gestalten einen Nationalpark, auf den wir stolz sein können, der wie kein anderer in Deutschland von der Region mitgestaltet wird, einen Nationalpark, bei dem der Nationalparkrat und der Beirat paritätisch besetzt sind. Es wird ein Nationalpark werden, der die Region, den Schwarzwald, voranbringt, der endlich einen Rückzugsraum für viele bedrohte Arten schafft, und, meine Damen und Herren, es wird ein Nationalpark, der nicht nur ökologisch viele Vorteile hat und deshalb sinnvoll und wertvoll ist, sondern der auch ökonomisch – für den Tourismus in der Region, für die Wirtschaft, für die Gastronomie – einen echten Mehrwert erbringt.

Deshalb sollten auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, sich ernsthaft überlegen, wie Sie sich bei der heutigen Abstimmung verhalten. Ich empfehle Ihnen: Stimmen Sie zu. Damit stimmen Sie einem Projekt zu, das eine Mehrheit in Baden-Württemberg hat, und einem Projekt, das gut ist für Baden-Württemberg, den Naturschutz und die Region.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Abg. Schmiedel, das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich, dachte ich, sind viele Punkte, die heute wieder aufgerufen wurden, schon ausdiskutiert. Aber da sie immer wieder genannt werden, muss man sich auch immer wiederholen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Claus Schmiedel)

Einige Punkte will ich noch einmal aufgreifen, weil sie tatsächlich ausgeräumt sind.

Zum Argument mit dem Holz: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und der FDP/DVP, der Holzmarkt ist ein internationaler Markt und kein „Schwarzwaldmarkt“.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Holz aus dem Schwarzwald geht ins Ausland, Holz aus Bayern kommt nach Baden-Württemberg, Holz aus Österreich kommt nach Bayern, und aus Tschechien kommt Holz nach Österreich und nach Bayern. Also müssen wir fragen: Was gibt der Holzmarkt im Nordschwarzwald her? Nur 70 % des Holzes, das im Nordschwarzwald geschlagen wird, verbleibt im Nordschwarzwald, 30 % werden exportiert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt! Ja, der Export!)

Das ist ein Vielfaches der Holzmenge, die jetzt durch den Nationalpark entfällt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb ist es selbstverständlich steuerbar, dass ein Teil dieser 30 % dableibt, wenn die dortigen Sägebetriebe es brauchen und wollen. Die Zusage steht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Abg. Volker Schebesta CDU: Nur zu!)

Des Weiteren wird argumentiert, es sei nicht durchfinanziert. Was haben wir denn von Ihnen geerbt? Wir haben von Ihnen einen Naturschutzetat geerbt, der über Jahre nicht erhöht wurde. Sie rühmen sich, das Biosphärengebiet eingerichtet zu haben, aber finanziert haben Sie das Biosphärengebiet dadurch, dass Sie dem Naturschutz im Land an vielen Stellen etwas weggenommen haben. Daher war der Naturschutz mit 30 Millionen € völlig unterfinanziert.

Was machen wir? Wir verdoppeln den Naturschutzetat im Laufe der Wahlperiode. Das bedeutet: plus 30 Millionen €. Es gibt eine Anschubfinanzierung für den Nationalpark, gut durchgerechnet, in den Jahren 2014 und 2015, und ab 2016 wird er aus dieser Erhöhung um 30 Millionen € finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das kommt in die mittelfristige Finanzplanung, bei der wir etwas machen, was Sie in vielen Bereichen, insbesondere bei der Bildung, nicht gemacht haben. Deshalb ist dieser Nationalpark im Haushalt unseres Landes auf Dauer finanziert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann sagen Sie: „Wenn doch ein Schadensfall eintritt, schauen die Bürgerinnen und Bürger in die Röhre.“ So ist es nicht. Sie sollten aufhören, die Leute zu verunsichern. Die Zusage steht, dass eine Schiedsstelle eingerichtet wird. Es wird festgelegt, wie das geregelt wird, wer es erhebt und wie es bemessen wird. Deshalb kann sich jeder darauf verlassen, dass, würde tatsächlich ein Schadensfall eintreffen, dieser geregelt wird.

Im Grunde genommen sind diese Themen erledigt. Sie greifen sie nur immer wieder auf. Mit Herrn Rülke braucht man darüber gar nicht zu reden. Er sagt, es ergebe sowieso keinen Sinn. Er will das gar nicht. Schwieriger ist das bei der CDU.

Die CDU sagt: „Selbstverständlich sind wir für den Nationalpark, aber nicht hier und nicht dort und nicht dieser.“ Weshalb haben Sie es in Ihr Wahlprogramm geschrieben, wenn Sie den Nationalpark nicht dort schaffen wollen? Wo, wenn nicht im Nordschwarzwald, wollen Sie denn einen Nationalpark in Baden-Württemberg einrichten?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat bewahren. Die nationale Biodiversitätsstrategie wird umgesetzt.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

So heißt es im neuen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD – von der CDU mit unterschrieben.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nichts wert!)

Darin ist das Ziel, auf das der Herr Ministerpräsident schon hingewiesen hat – 5 % der Waldfläche sich selbst zu überlassen –, auch noch einmal festgelegt. Wollen wir jetzt unseren Beitrag dazu leisten oder nicht? Wir wollen das.

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Es wurde schon darauf hingewiesen: Natürlich ist der Nordschwarzwald ganz überwiegend Kulturwald und ein schöner Wald. Es gibt dort aber auch schon Bannwälder. Im Kern des künftigen Nationalparks liegt der Bannwald „Wilder See“. Er umfasst mit 1 000 ha eine große Fläche.

Vorhin wurde über die Frage diskutiert, ob Argumente im Mittelpunkt stehen sollen oder nicht. Natürlich stehen Argumente im Mittelpunkt, aber es stehen auch Gefühle und Befürchtungen im Mittelpunkt.

Wenn man sehen will, wie sich der Wald entwickelt, sollte man in diesen Bannwald gehen. Den gibt es nämlich schon seit 100 Jahren. Er ist seit 100 Jahren sich selbst überlassen. Heimatliebende Schwarzwälder reagierten damit auf die stärkere Nutzung des Schwarzwalds mit der aufkommenden Industrialisierung – 1 000 ha.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Wenn Sie da oben auf dem Westweg stehen, sehen Sie auf ein starkes Stück Schwarzwald.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und man fragt sich: Wozu brauchen wir da noch einen Nationalpark?)

Sie können in das Gebiet kaum hineinlaufen, weil alles zugewildert, zugewachsen ist. Aber Sie sehen Bäume in allen Generationen, in allen Schattierungen – Nadel- und Laubbäume –, und Sie sehen bis zum Horizont: So wird der Nationalpark Schwarzwald aussehen. Das ist ein starkes Erlebnis. Vielleicht hätte man weniger argumentieren, sondern die Menschen mehr in ihre nahe Heimat führen sollen, damit sie sehen: Wie sieht denn das aus, was sich da entwickelt? Wie fühlt man sich da? Gut fühlt man sich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

(Claus Schmiedel)

Jetzt ergibt sich eine naheliegende Frage, wenn man das schon vor 100 Jahren machen konnte

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

und in der Nachfolgezeit auch an verschiedenen anderen Stellen in Baden-Württemberg Flächen aus der Nutzung genommen und als Bannwald sich selbst überlassen hat. Insgesamt sind es vielleicht 8 000 ha. Das war übrigens, Herr Kollege Hauk, natürlich Gerhard Weiser.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Klar!)

Er hat vielleicht nicht den Begriff „Nationalpark“ geprägt. Aber er hat in den Blick genommen, die Bannwälder auszuweiten und davon größere zusammenhängende Flächen zu schaffen, und Herr Vetter hat das weitergeführt. Später kam dann der Nationalpark dazu. Aber die Idee kam von Gerhard Weiser.

Jetzt stellt sich die Frage: Warum macht man – das wäre für die Tiere und die Pflanzen dasselbe – nicht einfach ein größeres, der Natur entnommenes Waldstück im Umfang von mehreren Tausend Hektar zum Bannwald? Damit wäre dem Naturschutz eigentlich auch Rechnung getragen. Das hätte man auch machen können. Aber wir wollten den Nationalpark, weil er mehr ist als ein Bannwald – nicht etwa deshalb, weil es sich um ein Prestigeobjekt handeln würde.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

Hinzu kommen nämlich Forschung, Anschauung und Erlebnis – für Kinder, Jugendliche, Familien –, und es kommt eine Marke dazu.

Das Deutschlandradio strahlte neulich eine Sondersendung über das Thema „Nationalpark Nordschwarzwald“ aus. Da wurde aber nicht unser Vorhaben gegen die Idee von Herrn Hauk „Wir setzen jetzt einen Arbeitskreis ein, besprechen alles und sind dann vielleicht im nächsten Jahr so weit, dass wir zu einer Entscheidung kommen könnten“ ausgespielt. Nein, da wurde ein Stück „Black Forest National Park“ in die weite Welt hinaus übertragen –

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP)

von Millionen Leuten auf der ganzen Welt gehört.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Millionen werden aus Südafrika kommen!)

Mit einem Nationalpark ist natürlich ein Mehrwert verbunden, den der Nordschwarzwald dringend braucht. Der Nordschwarzwald ist die Region in Deutschland, die die touristische Aufwärtsentwicklung im Land nicht mitgemacht hat, sondern immer noch durchhängt.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kann Herr Herrmann überhaupt so viele Straßen bauen?)

Nach der Änderung bei den Kuren hat sich die Zahl der Übernachtungen um 2,5 Millionen verringert. Bisher kam es nicht zu einer Erholung. Ein intensiver Rundgang und eine Durchfahrt durch die Region zeigen, dass dort dringend neue Impulse entstehen müssen.

Jetzt räume ich ein: Der Nationalpark an sich wird die Wende vielleicht nicht allein bringen. Aber der Nationalpark an sich wird auch nicht für sich allein stehen. Vielmehr wird es noch Zusatzangebote geben, die auch auf eine stärkere touristische Nutzung zielen. Die Verbindung von Nationalpark und neuen touristischen Angeboten kann schon die touristische Wende im Nordschwarzwald einleiten. Das versprechen wir uns davon.

Die touristische Wende ist deshalb so wichtig, weil in vielen Teilen die Infrastruktur am Tourismus, an der Frequenz hängt, weil sie von der eigenen Bevölkerung nicht mehr getragen werden kann. Wir brauchen mehr Touristen, mehr Besucher im Nordschwarzwald, damit dort die Infrastruktur bleibt. Nur wenn die Infrastruktur bleibt, bleibt auch die übrige Wirtschaft, denn dann bleibt auch die Bevölkerung.

Deshalb ist der Nationalpark ein ganz wichtiger Ausgangspunkt für eine wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung im Nordschwarzwald. Dass Sie sich dieser verschließen, ist wirklich traurig.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Sie stellen jetzt Ihr Mitgefühl für diejenigen in den Mittelpunkt, die gegen den Nationalpark eingestellt sind, und machen sich sozusagen zum obersten Fürsprecher einer Politik, die ihr Tun und Handeln davon abhängig macht, dass die Betroffenen vor Ort zustimmen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So wie Sie es versprochen haben!)

– Wir haben versprochen, dass wir eine Politik des Gehörtwerdens machen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! Nicht des Erhörtwerdens! Ich weiß!)

– Herr Rülke, Sie sollten ein bisschen vorsichtig sein. Sie haben gesagt: Sie machen das immer so, und dann machen Sie es doch nicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir haben das Volk von Baden-Württemberg über ein ganz strittiges Projekt, das nicht nur die betroffene Bevölkerung, sondern die Bevölkerung insgesamt sehr aufgeregt hat und auch sehr kontrovers gegeneinander gebracht hat, abstimmen lassen: Stuttgart 21. Das Volk hat dem Projekt zugestimmt, und jetzt wird es umgesetzt. Wir sind mächtig stolz darauf, dass ein Konflikt so gelöst wurde – übrigens zum ersten Mal in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt sollten Sie nicht kleinreden, was wir gerade unternehmen, nämlich die Regeln auf kommunaler Ebene und auf Landesebene so zu gestalten, dass man solche Abstimmungen öfter durchführen kann. Ich dachte, da seien wir uns einig.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Aber wir dürfen nichts miteinander verwechseln und nicht sagen: „Dort, wo das Land zuständig ist, dort, wo es um ein Lan-

(Claus Schmiedel)

desprojekt geht, kann man jeweils vor Ort Nein sagen.“ Wo kämen wir denn da hin?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Das geht doch gar nicht. Ein solches Verständnis sollten Sie auch nicht schüren. Damit würden Sie die Leute nämlich auf die Palme bringen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

weil Sie ihnen suggerierten, sie hätten so etwas wie ein Vetorecht. Ein Vetorecht gibt es aber in einer Demokratie nur auf der jeweiligen Ebene. Dann müssten Sie die Menschen animieren und sagen: „Lasst uns eine Volksabstimmung in Baden-Württemberg einleiten.“ Das wäre der richtige Weg, zu sagen: Das Volk entscheidet, das zuständig ist – aber doch nicht die betroffene Region.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb glaube ich: Es ist ein Versteckspiel, das auch zunehmend Leute aus Ihrer Partei durchschauen.

Manchmal bekommt man ja eine Mail, die eigentlich gar nicht an einen selbst adressiert ist. Ich zitiere einmal aus einer Mail an den lieben Herrn Fraktionsvorsitzenden Peter Hauk:

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vorsicht, NSA!)

Es stimmt ja: Opposition ist Mist. Gerade deshalb sollte der Oppositionsführer keinen solchen produzieren.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Deshalb schreibe ich Ihnen. Es stimmt ja: Es ist aus CDU-Sicht Mist, dass Grün-Rot nicht nur regiert, sondern jetzt auch noch in ihre Scheune einfährt, was Schwarz im Wahlprogramm propagiert und versprochen und im CDU-geführten Ministerium schon fertig in der Schublade hatte. Ich meine den Nationalpark Nordschwarzwald. Aber deshalb den Nationalpark selbst zum Mist zu machen ist auch Mist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich verstehe Sie schon, wir verstehen uns oft: Sie wollen sagen, der rot-grüne Nationalpark ist Mist, der schwarze Nationalpark ist kein Mist.

(Heiterkeit des Staatssekretärs Ingo Rust)

Aber ich glaube: Das verstehen nur die Unbelehrbaren, die die Argumente für den Nationalpark nicht hören wollen, und dieses Nicht-Hören-Wollen ist auch Mist.

(Heiterkeit des Staatssekretärs Ingo Rust)

Natürlich könnte man diese Unbelehrbaren als CDU-Wähler gewinnen. Aber ich fürchte, damit würde man die Befürworter – und das sind eindeutig und meines Erachtens zu Recht die mehreren – verprellen und zu Nicht-CDU-Wählern machen, und das wäre auch Mist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Der schwarze Nationalpark soll von einer CDU-Arbeitsgruppe aus der Wiege gehoben werden – gegen den grün-roten, an dem viele Monate viele anerkannte Experten gearbeitet haben. Aber bei aller Hochachtung vor CDU-Arbeitsgruppen – und ich habe Erfahrungen mit solchen wie Sie –: Als interessierte Laien ist es halt schwierig, Experten zu widerlegen, und wenn das scheitert, ist das auch Mist.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nun sind wir uns ja einig: Mist wollen wir nicht machen, und so mistig es sein mag: Diesen Joker hat sich nun einmal Grün-Rot geschnappt und der CDU weggeschnappt, es sei denn, sie springt auf den Erntewagen noch auf. Wäre ich noch Fraktionsgeschäftsführer, würde ich dazu raten.

Es grüßt Sie ... Ihr Gerhard Goll

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So viel zu den Themen Datenschutz und Briefgeheimnis! – Gegenruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Es wäre schön, wenn Sie sich, wenn die Entscheidung getroffen ist, zusammen mit den anderen in die weitere Gestaltung des Nationalparks vor Ort auf dieser gesetzlichen Grundlage einschalten würden und nicht den Leuten suggerierten, das sei alles noch offen und man könne jetzt in einem Arbeitskreis ein Alternativmodell entwickeln, das dann irgendwann in der nächsten Wahlperiode irgendwie ausgearbeitet wird.

(Abg. Peter Hauk CDU: In diesem Landtag!)

Wenn Sie das wollen, können wir es gern machen. Dann wird der Nationalpark halt auch ein weiteres Thema in der nächsten Wahlauseinandersetzung. Wir haben keine Angst davor, denn wir sind uns sicher, dass die Mehrheit in diesem Land hinter diesem Projekt steht.

(Beifall des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Aber es könnte sein, dass das, was da gesagt wurde, eintritt: dass Ihre Partei einen nicht unerheblichen Teil derer, die Ihnen eher zugeneigt wären, verprellt, wenn Sie weiterhin frontal und fundamental gegen einen Nationalpark im Schwarzwald anrennen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Bei uns ist gerade ein Antrag auf namentliche Abstimmung eingegangen. Ich wollte nur darauf hinweisen: Wir werden jetzt die Kolleginnen und Kollegen, die noch außerhalb des Plenarsaals sind, per Gong auffordern, demnächst hierherzukommen.

Wir haben noch zwei Wortmeldungen von vorhin abzuarbeiten, falls diese noch aufrechterhalten werden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Was ist mit der Regierung?)

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

– Die Regierung kann nach der Verfassung jederzeit reden. Die Regierung frage ich auch nicht, weil sie jederzeit reden kann. Sie kann jetzt reden, sie kann zum Schluss reden. Nach der Verfassung ist dies jederzeit möglich.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Rapp das Wort.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident und auch die Kollegen von den Grünen und der SPD, Sie sind als Vertreter von Parteien angetreten, die die Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg revolutionieren wollen.

(Zuruf von der SPD: Das haben wir heute schon mal gehört! – Unruhe)

Sie wollen uns zeigen, wie es richtig geht. „Viele von uns haben daran geglaubt.“

(Lachen bei den Grünen und der SPD)

Das ist genau das, was man da draußen von den Menschen, die aus dem Nordschwarzwald hierhergekommen sind, um 30 000 Unterschriften zu überreichen, gehört hat.

Deswegen habe ich mich schon ein bisschen gewundert, wie ein Ministerpräsident hier das Parteiprogramm abarbeiten kann. Ich möchte Ihnen, Herr Kretschmann, als Bürger dieses Landes sagen: Mir wäre ein MP lieber, der sich um die Menschen kümmert und nicht seine Parteistatuten herunterliest.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Jetzt zurück zu Ihrem Gesetz. Sie haben sich, Frau Sitzmann, wieder genauso wie Herr Schmiedel und genauso wie der Ministerpräsident an uns abgemüht, ohne zu beachten, dass wir mit diesem Bürgernationalpark lediglich die Forderungen und die Anliegen der Menschen in den entsprechenden Suchgebieten kommuniziert und zusammengestellt haben.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Außerdem haben Sie sehr viele Fragen, die nicht nur die Region selbst betreffen, sondern auch darüber hinaus sehr wichtig sind, überhaupt nicht diskutiert und auch nicht diskutieren lassen. Dies gilt nicht nur für den Widerspruch im Hinblick auf die Nutzung von Holz als nachwachsendem Rohstoff bei gleichzeitigem Zurückfahren der Holznutzung. Sie haben auch nicht darüber geredet, wie sich der Interessenkonflikt zwischen der touristischen Nutzung des Nationalparks einerseits und dem reinen Naturschutz andererseits darstellt. Sie haben mit der Gesellschaft auch nicht über die Frage diskutiert: Was passiert im Bereich Energiewende? Brauchen wir da mehr Holz? Wo nehmen wir es denn her? Immer nur zu sagen: „Wir stellen das schon zur Verfügung“, ist nett. Aber wo soll es denn herkommen? Das ist kein Manna, das vom Himmel fällt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch über das, was vor allem der Rechnungshof kritisiert, was aber auch wir kritisieren, haben Sie noch kein einziges Wort verloren: Sie werden Personalstellen im wissenschaftlichen Bereich schaffen, um die wissenschaftliche Begleitung dieses Nationalparks sicherzustellen. Das ist toll. Aber Sie schaffen

damit Doppelstrukturen. Diese Wissenschaftlerstellen gibt es an der Hochschule Rottenburg, an der Uni Freiburg und an zig anderen Universitäten und anderen Hochschulen des Landes auch. Da brauchen wir nicht zusätzlich Personal einzustellen.

(Zurufe der Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE und
Claus Schmiedel SPD)

Wenn es Ihnen wirklich um entsprechende Einsparungen ginge, dann müssten Sie darüber ernsthaft nachdenken und das auch kommunizieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von den
Grünen: Nur wenige klatschen!)

Frau Sitzmann, Sie haben sich auch wieder an der CDU abgemüht, aber nach meinem Dafürhalten haben Sie es nicht geschafft, substanzvoll etwas in die Diskussion einzubringen bzw. zu einer Lösung beizutragen. Da hätte ich jetzt von jemandem, der andere Politiker kritisiert, schon erwartet, dass er seiner Verantwortung als Abgeordneter gerecht wird und nicht nur die positiven Seiten hört und die negativen ausblendet, sondern sich wirklich dazwischenstellt, auch wenn das manchmal schwierig ist –

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

das merke ich ja selbst – und wehtut, und versucht, Lösungen zu finden. Da muss ich sagen: Da machen Sie keine gute politische Arbeit, sondern da gehen Sie einen relativ einfachen Weg.

Herr Schmiedel kommt immer und versetzt den Bürgernationalpark sonst wohin im Land. Herr Schmiedel, ich weiß jetzt nicht, wie Sie das meinen. Sie beginnen hier jedes Mal mit den Worten: „Wo soll er denn hin?“ Bei Gott – schon in den Nordschwarzwald, aber mit den Menschen und nicht gegen die Menschen.

Sie sprechen in diesem Zusammenhang immer so schön den Tourismus an, Herr Schmiedel. Sie sagen, durch den Nationalpark werde der Tourismus angekurbelt. Das wäre ungefähr so, wie wenn man sich ein Etikett „SPD“ auf die Stirn klebte, und es käme automatisch gute Politik heraus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Ministers Reinhold Gall)

Ich sage Ihnen eines: Unser Ziel war es vom ersten Tag an – nachdem man gesehen hat, in dieser Region gibt es erhebliche Widerstände –, zu fragen: Was kann die Politik tun, wenn man auf der einen Seite Naturschutzziele und auf der anderen Seite die Ansprüche der Menschen hat? Wie kann man zusammenkommen, und wie kann man diese Brücke bauen? Da hilft es nichts, wenn man stur auf IUCN-Kriterien verweist. Da hätte es geholfen – diese Vorschläge haben wir Ihnen gemacht –, zu sagen: Wir gehen über eine bestimmte Zeitschiene. Wir versuchen, die Flächengröße nicht vom ersten Tag an festzulegen. Wir warten vielleicht fünf oder sieben Jahre, bis wir die IUCN-Anerkennung haben, und können damit einen Weg beschreiten, auf dem wir die Menschen vor Ort mitnehmen.

Das haben Sie nicht geschafft.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Doch!)

(Dr. Patrick Rapp)

Sie haben die Kosten nicht aufgezeigt. Sie haben die Finanzierung nicht hinbekommen. Ihr Gesetz ist unausgereift. Deswegen bleiben wir bei dem, was wir vorhin gesagt haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben bereits in der Ersten Beratung inhaltlich diskutiert. Wir haben im Ausschuss diskutiert. Wir haben zusätzlich eine Anhörung gehabt. Bei dieser Anhörung hat sich gezeigt, dass sehr viele Dinge, die wir angesprochen haben, auch bestätigt wurden, nämlich dass klare Aussagen fehlen, was die Entschädigung angeht, was beispielsweise das Borkenkäfermanagement angeht, was die Abstände angeht – ob 500 m oder 1 000 m –, aber auch das Rotwildmanagement. Das sind alles Dinge, die meines Erachtens nach wie vor nicht klar und deutlich in diesem Gesetz geregelt sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Deshalb werden wir diesem Gesetz auch aus fachlicher Sicht natürlich nicht zustimmen können.

Es ist nach der Anhörung einstimmig gelungen – dafür möchte ich mich bei allen im Ausschuss bedanken –, § 9 in der Weise zu ändern, dass Handlungen von Anrainern – außerhalb des Nationalparks –, die im Einklang mit der sogenannten Land- und Forstwirtschaftsklausel nach dem Bundesnaturschutzgesetz stehen, von dem entsprechenden Verbot ausgenommen sind. Das haben wir einstimmig gemacht. Das möchte ich hier sagen. Schon deshalb hat sich diese Anhörung gelohnt.

In Ziffer 2 der Beschlussempfehlung Drucksache 15/4192 wird klar und deutlich gesagt:

In Absatz 1 wird nach Satz 1 folgender Satz 2 angefügt:

„Handlungen außerhalb des Nationalparks, die der guten fachlichen Praxis der Land- und Forstwirtschaft nach den land- und forstwirtschaftlichen Fachgesetzen und § 5 Absatz 2 und 3 BNatSchG entsprechen, zählen nicht dazu.“

Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Diesen konnten wir durchsetzen. Das war der Antrag von CDU und FDP/DVP. Dieser hat Ihre Zustimmung gefunden, weil das ganz wichtig ist für alle, die davon berührt sind.

Meine Damen und Herren, ich brauche es nicht zu wiederholen: Ich bedanke mich, dass Sie die namentliche Abstimmung beantragt haben. Einen entsprechenden Antrag hatte auch ich stellen wollen. Ich freue mich, dass man gleich auch persönlich wird sagen können: Ja oder Nein; ich stehe dazu, oder ich stehe nicht dazu.

Ich möchte Ihnen nochmals einige Punkte nennen, auf die ich in der Vergangenheit schon mehrfach eingegangen bin. Warum können wir diesem Nationalparkgesetz nicht zustimmen?

Ich weise noch einmal ganz klar und deutlich darauf hin, dass sich die FDP/DVP selbst nach zwei Jahren intensiver Beratung und Öffentlichkeitsarbeit nicht dafür entscheiden kann.

Wir sagen zwar grundsätzlich Ja zu Natur und Kulturlandschaft,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

wir sagen grundsätzlich Ja zu nachhaltigem Tourismus, wir sagen Ja zum Schutz seltener Arten, wir sagen Ja zur naturnahen Waldbewirtschaftung, zum Eigentumsbegriff nach Artikel 14 des Grundgesetzes, wir sagen Ja zu Mensch und Natur, Ja zu Naturpark und Biosphärenpark sowie auch zu Bannwaldkonzepten. Vor allem sagen wir Ja zum Nützen und zum Schützen.

(Zurufe)

Wir sagen aber ganz klar Nein zu einem künstlichen grün-roten Prestigeprojekt namens Nationalpark, der auf Pump und mit viel Geld künstlich geschaffen wird. Wir sagen Nein zu einem Nationalpark, für den man in der Planung nachweislich weder einen echten ökologischen noch einen ökonomischen Mehrwert nachweisen konnte, wir sagen Nein zu übertriebenen Einschränkungen durch den Nationalpark, Nein zu zusätzlicher Bürokratie und Stellenaufblähung, Nein zum Verzicht auf die natürliche Ressource Holz durch Stilllegung, Totholz und Borkenkäfer, wir sagen Nein auch zur Vernichtung von gewissem Volksvermögen, und wir sagen Nein zum Wortbruch, zum Überhörtwerden der Bürgerinnen und Bürger vor Ort.

Nein sagen wir vor allem deshalb, meine Damen und Herren, weil sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort als unmittelbar Betroffene eindeutig und klar – zum Teil mit bis zu 80 % – dagegen ausgesprochen haben. Deshalb werden wir nie gegen den Bürgerwillen die Zustimmung zu einem solchen Projekt geben können.

Ich bedanke mich fürs Zuhören.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Landwirtschaftsminister Bonde.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch unsäglich, diese Art und Weise!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir nähern uns einer Entscheidung,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt aber keine Grundsatzzrede abgeben! Das hätte die Fraktionsvorsitzenden machen können! Er soll sich an die Runden halten! – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch stilllos!)

der zweieinhalb Jahre Diskussion vorausgegangen sind. Wir haben zweieinhalb Jahre lang intensiv diskutiert, Teile von uns engagiert in der Region, andere engagiert hier im eigenen Fraktionshinterzimmer. Wir haben in dieser Zeit intensiv über

(Minister Alexander Bonde)

ein Naturschutzprojekt diskutiert, das Baden-Württemberg bisher nicht hat, das in der kompletten Naturschutzstrategie für dieses Land fehlt, nämlich den großräumigen Prozessschutz, den es mit in unsere Verantwortung zu nehmen gilt, die das Land im Naturschutz hat.

Damit sind wir angetreten. Wir sind nicht mit einem fertigen Konzept in den Nordschwarzwald gegangen. Ich habe, als ich mein Amt antrat, 17 000 ha Suchraum für einen Nationalpark vorgefunden, der unter der Vorgängerregierung identifiziert wurde. Das war alles, was vorlag.

Wir sind in die Diskussion vor Ort gegangen und haben gesagt: Jetzt diskutieren wir darüber, wie ein solches Projekt hier funktionieren kann. Wir haben intensiv diskutiert. Wir haben die Menschen aufgefordert, die Risiken und die Chancen zu benennen, haben zugesichert, dass wir diese unabhängig überprüfen lassen, und haben zugesichert, dass wir, wenn wir die Risiken für beherrschbar halten und den Weg weitergehen, dann das Projekt nicht selbst entwickeln, sondern den Nationalpark gemeinsam mit den Menschen entwickeln.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Das haben wir zweieinhalb Jahre lang intensiv gemacht, mit einem großen Einsatz der Fachverwaltungen und mit einem großen Einsatz von vielen Ehrenamtlichen und Engagierten in der Region.

(Unruhe)

Ich will deutlich sagen: Das Ergebnis, das jetzt vorliegt, ist ein Kompromiss. Es ist in vielfacher Hinsicht ein Kompromiss, weil wir an allen Stellen, an denen es möglich war, unter Einhaltung der fachlichen Kriterien das aufgegriffen haben, was die Region eingefordert hat:

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

in der Frage der Höhenlage, in der Frage der Wuchsstärke der betroffenen Wälder, in der Frage der genauen Lage der Kulissen, in der Frage von Abständen, Sichtfeldern von Gemeinden, in der Frage des Jagd- und Wildmanagements, in der Frage des Umgangs mit der Holzindustrie, in der Frage der Verwaltung des Nationalparks. Das war beispielhaft. So etwas gibt es nirgends. 50 % der Sitze des Nationalparkrats, der entscheidend ist, gingen an die Region; auch der Vorsitz liegt bei der Region. Alles, was rechtlich machbar war, haben wir hier aufgenommen. Es gibt Punkte, die rechtlich nicht machbar sind. Die haben wir aber offen angekündigt.

Ich meine, wir sind jetzt an einem Punkt, an dem man hier im Landtag auch einsehen muss, dass die Ankündigung, die aus der Opposition kommt: „Wir werden es mit den Menschen entwickeln“, nicht richtig ist. Schon in diesem Zehnpunktepapier der CDU-Landtagsfraktion finden Sie mindestens vier Punkte, die ausdrücklich dem widersprechen, was die Region in regionalen Arbeitskreisen gewünscht hat. Auch das muss man einmal in dieser Deutlichkeit sagen. Denn es reicht eben nicht, sich mit 20 handverlesenen Nationalparkgegnern hinzusetzen, um den Willen der Region aufzunehmen. Das müssen Sie akzeptieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Sie haben sich zweieinhalb Jahre lang nicht an der Entwicklung des Nationalparkkonzepts beteiligt, und das konnten Sie in zwei Stunden Hinterzimmersitzung nicht wieder aufholen. Das ist das Problem, welches der CDU-Fraktionsvorstand an dieser Stelle hat.

Ich bitte Sie, heute hier zuzustimmen, einem wichtigen Naturschutzprojekt zuzustimmen, das durchfinanziert ist, das eine Ausstattung hat, die zu den Ansprüchen passt, die der Naturschutz verlangt, das aber auch Mehrwert für die Region schafft. Ich bitte Sie, einem Gesetz zuzustimmen, das von Anfang an mit denjenigen in der Region, die sich argumentativ eingebracht haben – mit Kritik, mit Anforderungen, mit Hoffnungen –, gemeinsam entwickelt worden ist und das von einer Mehrheit der Gemeinden, einer Mehrheit der Kreise und einer Mehrheit der Bevölkerung in der Region und in Baden-Württemberg getragen wird.

Ich bitte Sie, zuzustimmen. Das ist ein historischer Moment. Ich glaube, dass es gut wäre, wenn wir da nicht aus parteitaktischen Erwägungen abstimmen. Es geht hier um ein Projekt, an dem in der Region über alle Parteigrenzen hinweg gearbeitet wurde. Das ist ein wichtiger Schritt für den Naturschutz in Baden-Württemberg. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem die Allgemeine Aussprache beendet ist, kommen wir nun in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schade!)

Ich lasse zuerst über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/4127, abstimmen. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Drucksache 15/4192.

Zum Gesetzentwurf liegen vier Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 15/4388-1 bis 15/4388-4, vor. Die Änderungsanträge werde ich an den entsprechenden Stellen aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald (Nationalparkgesetz – NLPG)

und hier zunächst

Teil 1

Gebiet und Zweck

mit den §§ 1 bis 5. Wer Teil 1 in der Fassung von Ziffer 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Drucksache 15/4192, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Teil 1 in der Fassung von Ziffer 1 der Beschlussempfehlung mehrheitlich zugestimmt worden.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Ich rufe nun auf

Teil 2

Planung und Entwicklung

mit den §§ 6 und 7. Wer Teil 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Teil 2 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu

Teil 3

Betretungs- und Erholungsrecht, Schutz, Pflege

mit den §§ 8 bis 12. Wer Teil 3 in der Fassung von Ziffer 2 und Ziffer 3 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so zugestimmt.

Ich rufe auf

Teil 4

Organisation

mit den §§ 13 bis 16. Zu § 14 – Nationalparkrat und Schlichtungsstelle – liegen die vier Änderungsanträge der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 15/4388-1 bis 15/4388-4, vor.

Ich lasse daher zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4388-1, abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4388-2. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4388-3. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Zuletzt lasse ich abstimmen über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/4388-4. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wer Teil 4 in der Fassung von Ziffer 4 der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist Teil 4 mehrheitlich so beschlossen.

Wir kommen zu

Teil 5

Bußgeldbestimmung

mit § 17 – Ordnungswidrigkeiten –, der wie

Teil 6

Übergangs- und Schlussbestimmungen

mit den §§ 18 und 19 nicht von den Beschlussempfehlungen betroffen ist. Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Teile 5 und 6 gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall. Wer den Teilen 5 und 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Teilen 5 und 6 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu den Anlagen. Der Ausschuss für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz schlägt Ihnen in den Ziffern 5 und 6 der Beschlussempfehlung Änderungen bei einzelnen Karten vor. Wer den Anlagen des Gesetzentwurfs inklusive der geänderten Anlagen laut den Ziffern 5 und 6 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dem so zugestimmt.

Zu Artikel 2 – Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung – bis zu Artikel 14 – Inkrafttreten – enthält die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz keine Änderungen gegenüber dem Gesetzentwurf. Sind Sie damit einverstanden, über diese 13 Artikel insgesamt abzustimmen? – Das ist der Fall.

Artikel 2 bis Artikel 14

Wer diesen 13 Artikeln zustimmt, bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist den Artikeln 2 bis 14 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung lautet: Der Landtag hat am 28. November 2013 das folgende Gesetz – –

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Gegenruf:
Er möchte eine andere Einleitung vorschlagen! –
Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE meldet sich.)

– Ich verlese erst die Einleitung. Zur Schlussabstimmung, Herr Kollege, kommen wir noch. Sie werden doch wohl keine namentliche Abstimmung über die Einleitung machen wollen.

(Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Vielleicht will er etwas zur Einleitung sagen!)

Ich bedanke mich für Ihr Verständnis.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 28. November 2013 das folgende Gesetz beschlossen.“

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Errichtung des Nationalparks Schwarzwald und zur Änderung weiterer Vorschriften“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

(Stellv. Präsident Wolfgang Drexler)

Wir kommen zur

Schlus s a b s t i m m u n g

Abg. Hans-Ulrich Scerl GRÜNE: Herr Präsident, ich beantrage im Namen der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der SPD, bei der Schlussabstimmung eine namentliche Abstimmung nach § 99 der Geschäftsordnung durchzuführen.

(Zurufe)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Vielen Dank. Die notwendige Unterstützung dieses Antrags ist vorhanden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer dem Gesetzentwurf in der Schlussabstimmung zustimmen möchte, den bitte ich, mit Ja zu antworten, wer ihn ablehnen möchte, der möge mit Nein antworten. Wer sich der Stimme enthalten möchte, der antworte mit „Enthaltung“.

Ich bitte Frau Schriftführerin Schmid, den Namensaufruf vorzunehmen. Der Namensaufruf beginnt mit dem Buchstaben M.

(Namensaufruf)

Ist jetzt noch ein Abgeordneter im Saal, der seine Stimme nicht abgegeben hat? – Dies ist nicht der Fall. Dann erkläre ich die Abstimmung für beendet. Wir zählen jetzt die Stimmen aus.

(Auszählen der Stimmen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben.

Abgegeben wurden 134 Stimmen.

*Mit Ja haben 71 Abgeordnete gestimmt,
mit Nein haben 63 Abgeordnete gestimmt.*

Damit ist das Gesetz angenommen.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD)

*

Mit J a haben gestimmt:

CDU: Günther-Martin Pauli.

GRÜNE: Muhterem Aras, Theresia Bauer, Beate Böhlen, Sandra Boser, Jürgen Filius, Josef Frey, Jörg Fritz, Petra Häffner, Martin Hahn, Wilhelm Halder, Manfred Kern, Winfried Kretschmann, Daniel Andreas Le-de Abal, Siegfried Lehmann, Andrea Lindlohr, Brigitte Lösch, Manfred Lucha, Thomas Marwein, Bärbli Mielich, Dr. Bernd Murschel, Reinhold Pix, Thomas Poreski, Wolfgang Raufelder, Daniel Renkonen, Dr. Markus Rösler, Alexander Salomon, Dr. Kai Schmidt-Eisenlohr, Charlotte Schneidewind-Hartnagel, Alexander Schoch, Andreas Schwarz, Hans-Ulrich Scerl, Edith Sitzmann, Dr. Gisela Splett, Nikolaus Tschenk, Franz Untersteller, Jürgen Walter.

SPD: Katrin Altpeter, Christoph Bayer, Sascha Binder, Wolfgang Drexler, Dr. Stefan Fulst-Blei, Thomas Funk, Reinhold Gall, Gernot Gruber, Rosa Grünstein, Hans-Martin Haller, Rita Haller-Haid, Helen Heberer, Walter Heiler, Rainer Hinderer, Peter Hofelich, Klaus Käppeler, Gerhard Kleinböck, Ernst Kopp, Klaus Maier, Georg Nelius, Thomas Reusch-Frey, Martin Rivoir, Gabi Rolland, Ingo Rust, Nikolaos Sakellariou, Dr.

Nils Schmid, Claus Schmiedel, Rainer Stickelberger, Johannes Stober, Andreas Stoch, Hans-Peter Storz, Florian Wahl, Alfred Winkler, Sabine Wölfl.

Mit N e i n haben gestimmt:

CDU: Norbert Beck, Dr. Dietrich Birk, Thomas Blenke, Elke Brunner, Klaus Burger, Andreas Deuschle, Dr. Marianne Engeser, Konrad Epple, Arnulf Freiherr von Eyb, Manfred Groh, Friedlinde Gurr-Hirsch, Peter Hauk, Klaus Herrmann, Dieter Hillebrand, Bernd Hitzler, Manfred Hollenbach, Karl-Wolfgang Jägel, Karl Klein, Wilfried Klenk, Rudolf Köberle, Joachim Köbler, Thaddäus Kunzmann, Sabine Kurtz, Dr. Bernhard Lasotta, Paul Locherer, Ulrich Lusche, Winfried Mack, Ulrich Müller, Paul Nemeth, Claus Paal, Matthias Prüfrock, Werner Raab, Dr. Patrick Rapp, Helmut Rau, Nicole Razavi, Heribert Rech, Wolfgang Reuther, Karl-Wilhelm Röhm, Karl Rombach, Helmut Walter Rüeck, Volker Schebesta, Dr. Stefan Scheffold, Viktoria Schmid, Felix Schreiner, Katrin Schütz, Marcel Schwehr, Willi Stächele, Dr. Monika Stolz, Gerhard Stratthaus, Stefan Teufel, Alexander Throm, Karl Traub, Georg Wacker, Tobias Wald, Guido Wolf, Karl Zimmermann.

FDP/DVP: Dr. Friedrich Bullinger, Andreas Glück, Dr. Ulrich Goll, Leopold Grimm, Jochen Haußmann, Dr. Timm Kern, Dr. Hans-Ulrich Rülke.

*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind noch nicht fertig. Wir kommen jetzt noch zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 15/3460. Der Antrag ist ein reiner Berichtsantrag und kann damit für erledigt erklärt werden. – Sie stimmen dem zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Es ist jetzt etwa 14:30 Uhr. Wegen der Unterzeichnung des Vertrags des Landes Baden-Württemberg mit dem Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Baden-Württemberg, berufe ich den Landtag auf 16:00 Uhr wieder ein; dann ist die Mittagspause beendet. Zu der Unterzeichnung des Vertrags in feierlichem Rahmen im Marmorsaal des Neuen Schlosses darf ich Sie gemeinsam mit der Landesregierung alle einladen. Ich hoffe, dass Sie alle um 16:00 Uhr wieder hier sind.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:34 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 16:00 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Fragestunde – Drucksache 15/4358

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 1 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Auswirkungen eines möglichen gesetzlichen Mindestlohns auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft und Landwirtschaft

Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Seit gestern ist das Thema meiner Frage besonders aktuell.

Ich frage die Landesregierung:

- a) Mit welchen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft (Produktion, Dienstleistung, Gastronomie und andere Branchen) ist bei einem gesetzlich verankerten Mindestlohn zu rechnen?
- b) Welche Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit wären insbesondere in der Landwirtschaft mit Sonderkulturen sowie in der Gastronomie, die auf Saisonarbeiter und Minijobber angewiesen sind, zu befürchten?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Ich darf für die Landesregierung Herrn Staatssekretär Rust an das Rednerpult bitten.

Staatssekretär Ingo Rust: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Namens der Landesregierung beantworte ich die Mündliche Anfrage des Kollegen Dr. Bullinger wie folgt:

Zur Frage unter Buchstabe a: Mindestlöhne schaffen fairen Wettbewerb. Lohndumping ist ein unfairer Wettbewerbsvorteil zulasten von Arbeitnehmern. Für den Bereich der Vergabe öffentlicher Aufträge ist die Landesregierung deshalb schon aktiv geworden. Im Juli 2013 ist das Landestarifreue- und Mindestlohngesetz in Kraft getreten. Mit dem Gesetz werden Wettbewerbsverzerrungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch den Einsatz von sogenannten Billigarbeitskräften unterbunden. Zudem hat Baden-Württemberg im Dezember 2011 gemeinsam mit Rheinland-Pfalz und Hamburg eine Gesetzesinitiative für einen Mindestlohn in den Bundesrat eingebracht. Dieses Anliegen wurde im März 2013 erneuert.

Es sind grundsätzlich keine Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns anzunehmen. So lag im verarbeitenden Gewerbe – das ist ja unser großes und international dem Wettbewerb ausgesetztes Gewerbe – der Anteil der Geringverdiener 2010 – das ist die letzte Zahl, die wir haben – bei 5 %. Die Branche in Baden-Württemberg, die am stärksten im internationalen Wettbewerb steht, ist somit so gut wie nicht betroffen.

Bei den Betrieben in Baden-Württemberg, die von der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 € betroffen wären, handelt es sich vor allem um Betriebe und Unternehmen, die eher einen regionalen Marktradius haben und weniger im internationalen Wettbewerb stehen.

Zur Frage unter Buchstabe b – Auswirkungen auf die Landwirtschaft –: Aus Sicht der Landesregierung wird die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 € im Allgemeinen keine wesentlichen Auswirkungen auf die Landwirtschaft in Baden-Württemberg haben. Außerdem möchte ich darauf hinweisen, dass der Gesamtverband der Deutschen Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverbände und die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt eine Bundesempfehlung für die unterste Lohngruppe, u. a. auch für Saisonarbeitskräfte, ausgehandelt haben. In dieser wurde eine

stufenweise Lohnsteigerung von 7 € pro Stunde ab dem 1. Juli 2013 auf 8,50 € pro Stunde ab dem 1. Dezember 2017 vereinbart. Die regionalen Arbeitgeberverbände haben diese Empfehlung übernommen. Das heißt, ab Dezember 2017 ist das Thema Mindestlohn auch dort kein Problem mehr.

Auswirkungen auf die Gastronomie: Um Baden-Württemberg als Tourismusstandort zu stärken, strebt die Landesregierung einen nachhaltigen Tourismus an. Dabei sind im Bereich der sozialen Nachhaltigkeit faire Arbeitsbedingungen auch für die Beschäftigten aller touristischen Leistungsträger eine wichtige Grundvoraussetzung. Mit guten Arbeitsbedingungen kann vor allem auch im Hotel- und Gaststättengewerbe qualifiziertes Personal gewonnen und langfristig gebunden werden. Nur so kann es gelingen, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken und eine hohe Servicequalität durch qualifiziertes Personal sicherzustellen.

Gerade Hotellerie und Gastronomie können Teilzeit- und Saisonkräften und Geringqualifizierten sowie Langzeitarbeitslosen eine Chance auf ein gesichertes Einkommen und eine berufliche Weiterqualifikation bei fairer Bezahlung bieten.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine Zusatzfrage. – Bitte schön, Herr Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Staatssekretär, vielen Dank für die Antwort. Es gibt ja in der Praxis auch gewisse Kombinationen, wenn man beim Spargelstechen und beim Erdbeerenpflücken ein Grundsalarium ausmacht und das mit der Leistung, die erbracht wird, kombiniert. Wie wird das denn dann gehandhabt? Das ist beim Spargelstechen, beim Erdbeerenpflücken und zum Teil auch beim Bedienen so. Von den Bedienungen weiß ich, dass die wirklich ein tolles „Taschengeld“ bekommen – bislang wird Trinkgeld Gott sei Dank noch nicht besteuert. Wie kann man das dort organisatorisch machen? Wie ist dort die Handhabung vorgesehen?

Staatssekretär Ingo Rust: Das ist im Einzelfall zu prüfen. Wir haben das auch jetzt schon im Bereich unseres Tarifreuegesetzes. Dort ist auch ein Mindestlohn inkludiert. In Bereichen, in denen beispielsweise nach Stückzahl bezahlt wird – es gibt auch noch andere Varianten –, muss im Einzelfall nachgewiesen werden, dass der Beschäftigte nicht weniger als 8,50 € pro Stunde bekommt.

Man hat es ja nicht immer in der Hand, wie sich die Stückzahlen entwickeln. Ich nenne beispielsweise den Bereich der Servicedienstleistungen auf Flughäfen, wo Mitarbeiter die Flugzeuge mit Gepäckstücken beladen und dann auch wieder entladen, wobei sie teilweise auch nach der Stückzahl der Koffer bezahlt werden. Da hat es der Arbeitnehmer nicht in der Hand, wie viele Koffer tatsächlich zu befördern sind. Das hängt gar nicht von seiner Leistung oder von seiner Leistungsfähigkeit ab. Da müssen Regelungen getroffen werden, damit der Arbeitnehmer dann gegebenenfalls nicht unter die 8,50 € pro Stunde rutscht. Diese Regelungen müssen aber an das jeweilige Gewerbe und die jeweilige Tätigkeit angepasst werden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 1 beendet.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Nicole Razavi CDU – Erster Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart – Tunnel Ober-/Untertürkheim – am 4. Dezember 2013

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung:

- a) Wird das Land Baden-Württemberg als Projektpartner von Stuttgart 21 am 4. Dezember 2013 beim ersten Tunnelanstich auf dem Gebiet der Landeshauptstadt Stuttgart von einem Mitglied der Landesregierung vertreten?
- b) Wenn nein, warum nicht?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Vielen Dank. – Ich darf für die Landesregierung Frau Staatssekretärin Dr. Splett, die in Vertretung des dienstlich verhinderten Ministers Hermann spricht, an das Rednerpult bitten.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Razavi, ich beantworte die beiden Fragen wie folgt: Es ist darauf hinzuweisen, dass der offizielle symbolische Baubeginn des Bahnprojekts Stuttgart 21 bereits am 2. Februar 2010 unter feierlicher Mitwirkung des Bundesverkehrsministers Dr. Ramsauer, des DB-Chefs Dr. Grube, des damaligen Ministerpräsidenten Oettinger und des damaligen Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Schuster erfolgt ist. Erst im vergangenen Sommer, am 19. Juli 2013, erfolgte der offizielle Tunnelanschlag des zur Neubaustrecke Wendlingen–Ulm gehörenden Steinbühl tunnels auf der Schwäbischen Alb, wiederum unter Teilnahme hochrangiger Vertreter des Bundes, der Deutschen Bahn und von Herrn Verkehrsminister Hermann.

Die Deutsche Bahn AG hat nun den von Ihnen angesprochenen Termin der Tunneltaufe auf den 4. Dezember 2013 festgelegt und dies nicht im Vorfeld mit der Landesregierung und der Landeshauptstadt Stuttgart abgestimmt. Die Bahn hat diesen Termin für die Tunneltaufe vorgesehen, da dies der Namenstag der Heiligen Barbara, der Schutzpatronin der Bergleute, ist.

Die Landesregierung wird bei der Tunneltaufe von Herrn Ministerialdirigent Steinbacher vertreten, der neben Herrn Minister Hermann und Herrn Staatssekretär Rust Mitglied des Lenkungskreises zu Stuttgart 21 ist. Die Deutsche Bahn AG wird vom Vorsitzenden der Geschäftsführung der neu gegründeten DB Projekt Stuttgart-Ulm GmbH, Herrn Leger, vertreten, der ebenfalls Mitglied des Lenkungskreises werden soll. Die Landeshauptstadt Stuttgart wird durch Herrn Bürgermeister Dr. Schairer vertreten. Aus Sicht der Landesregierung ist damit das Land Baden-Württemberg auch mit Blick auf die Vertretung der anderen Projektpartner beim Tunnelanstich am 4. Dezember 2013 auf angemessene Weise vertreten.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es gibt eine Zusatzfrage der Frau Abg. Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Staatssekretärin, meinen Sie nicht, dass es vonseiten der Landesregierung – die ihrer Projektförderungspflicht nachkommt und auch Stuttgart 21 positiv gegenübersteht, wie wir jetzt auch immer wieder von Mitgliedern der Landesregierung und von der Seite der Grünen hören – ein gutes Signal, auch an die Mineure, wäre, wenn am Barbaratag, der den Mineuren viel bedeutet, ein Mitglied der Landesregierung beim Tunnelanstich dabei wäre? Ich meine, die Landeshauptstadt ist ein wichtiger Teil von Stuttgart 21.

Zweitens: Der von Ihnen genannte Ministerialdirigent ist in der Tat Mitglied des Lenkungskreises. Haben Sie jedoch auch andere Mitglieder des Lenkungskreises – ich blicke einmal in Richtung Ihres Koalitionspartners – gefragt? Hatte kein Mitglied der gesamten Landesregierung am Tag des Tunnelanstichs Zeit? Haben Sie nachgefragt?

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Wir haben uns nicht wochenlang mit der Frage beschäftigt, wer am besagten Termin die Landesregierung vertritt. Ich glaube, das ist auch nicht unsere Aufgabe; wir haben noch viele andere Dinge zu erledigen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich trage Ihnen das laut Einladungsschreiben geplante Programm für den Termin am 4. Dezember vor. Eingeladen hat Herr Manfred Leger. Es wird eine Begrüßung durch Herrn Wolfgang Dietrich und Ansprachen von Herrn Manfred Leger, von Herrn Ministerialdirigent Elmar Steinbacher, von Herrn Reinhold Bauer, von Herrn Alfred Sebl-Litzlbauer und von Herrn Peter Schabert geben. Dann findet eine ökumenische Segnung und Tunneltaufe statt. Außerdem wird noch die Bezirksvorsteherin aus Wangen, Frau Beate Dietrich, sprechen.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Dieses Programm ist völlig in Ordnung und dem Anlass angemessen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine zweite Zusatzfrage der Frau Abg. Razavi vor.

Abg. Nicole Razavi CDU: Ich habe keine zweite Zusatzfrage. Frau Splett, Sie haben meine erste Zusatzfrage nicht beantwortet.

(Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE: Doch! Hat sie!)

Ich habe Sie gefragt, ob die Teilnahme der Landesregierung nicht ein gutes Zeichen gewesen wäre.

Es ist schön, dass Sie mir den Programmablauf vorlesen. Aber das hat mit meiner Frage überhaupt nichts zu tun.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Doch! Die Bezirksvorsteherin spricht!)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Immerhin spricht damit eine Frau.

Abg. Nicole Razavi CDU: Die Landesregierung wurde früh und rechtzeitig gefragt, ob sie an der Veranstaltung teilnimmt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich kein Mitglied der Landesregierung fand, das daran hätte teilnehmen können.

(Nicole Razavi)

Deswegen wiederhole ich meine Frage: Wäre die Teilnahme nicht ein gutes Signal gewesen? Und: Haben Sie andere Mitglieder des Lenkungskreises, die ebenfalls der Landesregierung angehören, gefragt, ob diese an der Veranstaltung teilnehmen können?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich muss kurz etwas klarstellen. Nach der Geschäftsordnung dürfen in der Fragestunde nur einzelne Fragen, nicht unterteilte Fragen gestellt werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Dann muss man das „und“ weglassen!)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Ich habe die Zusatzfrage doch klar beantwortet.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ob die Frage beantwortet ist, ist Interpretation jeder und jedes Einzelnen.

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Danke. – Wie ich die Frage beantworte, darf ich, glaube ich, selbst entscheiden. Ich habe dargestellt, dass wir meinen, dass das Land bei diesem Termin in angemessener Weise vertreten ist. Ich habe es bereits ausgeführt, kann es aber gern wiederholen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Haben denn Sie keine Zeit, Frau Splett?)

Angesichts der von Ihnen immer wieder gern angesprochenen Projektförderungspflicht möchte ich darauf hinweisen, dass vor nicht allzu langer Zeit der Lenkungskreis getagt hat. Die Bahn hat auch bei dieser Gelegenheit den Vorwurf eines behördlichen Schwergangs nicht mehr erhoben. Das Land und die Projektpartner haben begrüßt, dass die gute Zusammenarbeit mit den Behörden von der Bahn anerkannt wird. Ich glaube, das ist wichtiger als die Frage, welche Person an welchem Termin anwesend ist.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja, dann! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Eben! – Abg. Nikolaus Tschenk GRÜNE zu Abg. Nicole Razavi CDU: Sind Sie da?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine Zusatzfrage des Abg. Schwarz vor.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Staatssekretärin, ich habe eine Frage zum protokollarischen Ablauf. Nach meiner Erinnerung waren bei der Eröffnung des Steinbühltunnels auf der Schwäbischen Alb Herr Bundesverkehrsminister und Herr Bahnchef Grube anwesend. Folglich hat Verkehrsminister Hermann gesagt: „Wenn der Bahnchef und der Bundesverkehrsminister kommen, dann nehme ich auch an der Veranstaltung teil.“

Ist es richtig, dass auch Bahnchef Grube und der amtierende Bundesverkehrsminister Ramsauer – oder sein Nachfolger bzw. seine Nachfolgerin – ihre Teilnahme an der Veranstaltung am 4. Dezember in Stuttgart nicht zugesagt haben, sodass es von der protokollarischen Ordnung her völlig normal ist, dass ein Abteilungsleiter den Termin wahrnimmt? Können Sie bitte dazu etwas ausführen?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Die Bezirksvorsteherin spricht auch!)

Staatssekretärin Dr. Gisela Splett: Sehr geehrter Herr Abg. Schwarz, das mache ich gern. Das, was Sie geschildert haben, trifft zu. Ich meine, ich habe das vorhin auch schon ausgeführt. Ich habe darauf hingewiesen, welche wichtigen, großen offiziellen Termine es gegeben hat. Bei der Veranstaltung zum angesprochenen Tunnelanschlag im vergangenen Sommer hat Verkehrsminister Winfried Hermann natürlich teilgenommen. Die Aufstellung der Projektpartner und der Veranstalter beim kommenden Termin ist jedoch so geartet, dass es angemessen ist, wenn der Ministerialdirigent, der auch Mitglied des Lenkungskreises ist, diesen Termin wahrnimmt.

(Beifall der Abg. Andreas Schwarz und Nikolaus Tschenk GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 2 beendet. – Danke schön.

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 3 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Ulrich Lusche CDU – Kompensationsüberlegungen im Zusammenhang mit der möglichen Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass infolge der ersparten Aufwendungen durch die mögliche Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente des Standorts Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim die Laufzeit für Block II in Neckarwestheim weiter verkürzt werden kann, wie dies in dem offenen Brief der Kreisverbände der Grünen Neckar-Odenwald, Heilbronn und Karlsruhe-Land vom 14. November 2013 an Herrn Minister Untersteller MdL mit Blick auf die EnBW vorgeschlagen wird?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Ich darf für die Landesregierung den Herrn Minister ans Rednerpult bitten.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, verehrte Abgeordnete! Die Mündliche Anfrage des Abg. Lusche darf ich wie folgt beantworten:

Es war abzusehen, dass der Vorschlag der EnBW, die abgebrannten Brennelemente aus Obrigheim in Neckarwestheim zwischenzulagern, nicht nur auf Zustimmung stoßen würde.

Ich bin aber der Überzeugung, dass dies die denkbar beste Lösung darstellt; der Vorschlag bietet eine Reihe von Vorteilen. Wie Sie wissen, Herr Kollege Lusche, habe ich bereits 2006 diesen Vorschlag hier im Landtag in Form eines Antrags eingebracht. In diesem Antrag stand, dass es sinnvoll sei, in Obrigheim auf den Bau eines Zwischenlagers zu verzichten und die Brennelemente in diesem Fall nach Philippsburg zu verbringen.

(Minister Franz Untersteller)

Hintergrund war die ursprüngliche Übertragung von Strommen- gen im Jahr 2003 im Umfang von 5 TWh von der Anlage Phi- lippsburg 1 auf den Reaktor Obrigheim, sodass es aus meiner Sicht damals sinnvoll gewesen wäre, die verbliebenen Brenne- elemente in das Zwischenlager Philippsburg 1 zu bringen. Mitt- lerweile hat sich die Situation grundlegend geändert, nicht zu- letzt aufgrund des im Jahr 2011 beschlossenen Atomausstiegs.

Der Schritt, den die EnBW jetzt andenkt, würde dazu führen, dass der Standort Obrigheim noch in der Abbauphase kern- brennstofffrei werden würde. Dieser Aspekt war für mich schon 2006 von zentraler Bedeutung.

Durch die Begrenzung der Laufzeiten der Kernkraftwerke – der Ausstieg aus der Atomenergie war, wie Sie wissen, von jeher Kern grüner Politik – hat sich die Entsorgungssituation heute gegenüber dem Jahr 2006 deutlich verändert. Heute wis- sen wir recht genau, welche Mengen an abgebrannten Brenne- elementen zwischengelagert und später in das zukünftige End- lager verbracht werden müssen, nämlich deutlich weniger als vor dem Ausstiegsbeschluss angenommen, als noch die von Schwarz-Gelb beschlossene Laufzeitverlängerung galt.

Die Genehmigung des GKN-Zwischenlagers erlaubt die Zwi- schenlagerung von insgesamt 151 Castorbehältern mit GKN- Brennelementen beider Blöcke. Mit dem Ausstiegsbeschluss vom Sommer 2011 werden für die GKN-Brennelemente ins- gesamt etwa 125 Stellplätze benötigt. Für die 15 Castorbehäl- ter aus Obrigheim ist also genug Platz vorhanden, und es ist somit möglich, diesen Weg zu gehen.

Sicherheitstechnisch lässt sich die Einlagerung von abge- brannten Brennelementen aus dem Kernkraftwerk Obrigheim im Zwischenlager Neckarwestheim vertreten, da die abge- brannten KWO-Brennelemente eine erheblich geringere Akti- vität und eine geringere Wärmeleistung haben als die abge- brannten GKN-Brennelemente. In Bezug auf die beiden eben von mir genannten Parameter entspricht ein GKN-Castorbe- hälter ca. vier KWO-Castorbehältern.

Eine Kompensation der Einlagerung von KWO-Behältern durch eine zusätzliche Laufzeitverlängerung für GKN II wäre somit sicherheitstechnisch nicht zu begründen. Natürlich müssen auch die notwendigen Transporte von Obrigheim nach Neckarwestheim bei der Abwägung der Vor- und Nachteile berücksichtigt werden. Brennelementtransporte müssen von dem dafür zuständigen Bundesamt für Strahlenschutz geneh- migt werden. Ebenso muss vom Bundesamt für Strahlenschutz die Änderung des Zwischenlagers in Neckarwestheim im Zu- ge des ganzen Prozesses genehmigt werden. Alle anstehenden Genehmigungen würden nicht bei mir im Haus bewertet und durchgeführt, sondern wären Genehmigungen, die vom Bun- desamt für Strahlenschutz abzuarbeiten wären.

Bleibt noch eine andere wichtige Frage: Was ist unter einem standortnahen Zwischenlager zu verstehen? Auch diese Dis- kussion hat es im Zusammenhang mit dem von Ihnen erwähn- ten Brief gegeben. Meines Erachtens hilft hier ein Blick in die Begründung des Atomgesetzes. Dort ist klargestellt, dass sol- che Lager als – Zitat – „standortnah“ gelten, die von der ab- gebenden Anlage betrachtet näher liegen als die zentralen Zwischenlager in Gorleben bzw. in Ahaus.

Vor diesem Hintergrund – Herr Kollege Lusche, lassen Sie mich noch einmal auf meinen Vorstoß aus dem Jahr 2006 zu-

rückkommen – verstehe ich bis zum heutigen Tag nicht, dass meine damalige Vorgängerin, aber auch die die Regierung tra- genden Koalitionsfraktionen diesen Vorschlag im Jahr 2006 ausweislich des Protokolls des Umweltausschusses vehement abgelehnt haben.

Es war mir eine gewisse Genugtuung, dass nach meiner Amts- übernahme die EnBW auf mich zugekommen ist und mich da- rüber informiert hat, dass sie diesen Vorschlag nochmals neu prüfen möchte. In diesem Prüfungsstadium ist die EnBW der- zeit.

Zusammengefasst will ich sagen: Ich bin der festen Überzeu- gung, dass mit der Einlagerung der abgebrannten Brennele- mente aus dem KWO in das Zwischenlager am Standort Ne- ckarwestheim die Vorteile insgesamt überwiegen. Es wird möglich, den Standort in Obrigheim früher kernbrennstofffrei zu machen und damit das Ziel „grüne Wiese“ deutlich früher zu erreichen, ohne dass am Standort in Neckarwestheim be- deutsame Nachteile entstehen. Die im Zusammenhang zu er- teilenden Genehmigungen müssen, wie bereits erwähnt, vom Bundesamt für Strahlenschutz genehmigt werden.

Was die Laufzeit von Neckarwestheim II betrifft, sind für mich die im Atomausstiegsgesetz gesetzlich geregelten Lauf- zeiten maßgebend. Dies würde sich dann ändern, wenn hier gravierende sicherheitstechnische Fragestellungen auftauchen würden, die die Atomaufsicht auf den Plan rufen würden, in diesem Fall mein Haus. Oder es könnte sich dadurch ändern, dass der Betreiber von sich aus sagen würde, es gebe Gründe, die Anlage früher stillzulegen.

So viel von meiner Seite.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ist die mündliche Anfrage damit erledigt? – Es gibt eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Hollenbach.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Sie haben soeben erklärt, dass Sie die Lagerung der Brennstäbe aus Obrigheim in Ne- ckarwestheim begrüßen und unterstützen wollen. Sie haben auch erwähnt, dass Genehmigungen notwendig wären. In wel- cher Art wären die Genehmigungen notwendig, da Kapazi- tätsreserven vorhanden sind? Würden sich die Genehmigun- gen ausschließlich auf den Transport oder auch auf die Lage- rung beziehen? In welchem Zeitraum wird dieses Verfahren Ihrer Meinung nach ablaufen?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Abg. Hollenbach, ich habe gerade ausge- führt, beide Genehmigungen, sowohl die Transportgenehmi- gung als auch die Genehmigung zur Änderung der Zwischen- lagerkonzeption in Neckarwestheim, müssen vom Bundesamt für Strahlenschutz und nicht von meinem Haus vorgenommen werden.

Was ist der Grund für das Zwischenlager Neckarwestheim? Neckarwestheim hat derzeit nur eine Genehmigung zur Zwi- schenlagerung der Behälter, die in der Lage sind, die Brenne- elemente aus den Anlagen Neckarwestheim I und Neckarwest- heim II aufzunehmen. Das sind die sogenannten CASTOR- V/19-Behälter, wenn Ihnen das etwas sagt. Bei den Behältern in Obrigheim handelt es sich um andere Typen von Castorbe- hältern. Wenn Sie diese in das Zwischenlager in Neckarwest- heim einbringen wollen, dann bedarf es zuvor einer Änderung der Genehmigung.

(Minister Franz Untersteller)

Ich habe jedoch vorhin in meinen Ausführungen dargelegt: Dadurch, dass die Aktivität der Obrigheimer Brennelemente wesentlich geringer ist als die der Neckarwestheimer Brennelemente, was mit der längeren Lagerung zusammenhängt – dadurch sind die Brennelemente schon besser abgeklungen –, würden nach meinem Dafürhalten rein sicherheitstechnisch betrachtet die insgesamt 342 Brennelemente in 15 Castoren nicht dazu führen, dass hier zusätzliche sicherheitstechnische Fragestellungen auftreten. Wir haben in Neckarwestheim eine Genehmigung für insgesamt 151 Castoren aus Neckarwestheim. Aller Voraussicht nach werden 125 Plätze belegt werden, sodass es aus sicherheitstechnischer Sicht keine große Diskussion über die Frage, ob das nötig ist oder nicht, geben dürfte.

Nichtsdestotrotz muss ein Genehmigungsverfahren durchgeführt werden, nach meinem Dafürhalten auch ein Genehmigungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine Zusatzfrage des Abg. Hollenbach vor.

Abg. Manfred Hollenbach CDU: Ich frage nach dem Zeitrahmen.

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Zum Zeitrahmen kann ich Ihnen nur das weitestgehende, was der Betreiber öffentlich dargelegt hat, und zwar dass nicht damit zu rechnen ist, dass diese Dinge vor dem Jahr 2016 angegangen werden können.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine Zusatzfrage des Abg. Lusche.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Sehr geehrter Herr Minister, vielen Dank. – Sie haben jetzt zu den genehmigungsrechtlichen Voraussetzungen ausgeführt. Ich möchte daran anknüpfen. Ihnen ist die Situation, die Stimmungslage vor Ort bekannt, die beispielsweise auch in dem Brief, auf den Bezug genommen wird, zum Ausdruck kommt?

Welche über das Genehmigungsverfahren hinausgehenden Aktivitäten und Überlegungen hat die Landesregierung in diesem Zusammenhang, wenn es sich so verhält, wie Sie sagen, dass Sie die Richtigkeit dieses Vorhabens schon seit 2006 für gegeben halten? Was tun Sie im Zusammenhang mit diesem Prozess im Rahmen Ihrer Handlungsoptionen und Möglichkeiten?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Herr Abg. Lusche, Sie können davon ausgehen, dass ich das in diesem Fall so halte, wie ich es in vielen anderen Fällen schon gehalten habe, nämlich dass ich ein Gespräch mit denjenigen führen werde, die mir dieses Schreiben geschickt haben, und auch in diesem Gespräch noch einmal die Gründe dafür darlegen werde, die aus meiner Sicht für diesen Weg sprechen.

Noch einmal: Ich bin verantwortlich für die Atomaufsicht. Aus Sicht der Atomaufsicht hätte es einen gravierenden Vorteil, wenn wir dies so machen würden. Wir hätten nämlich nur noch zwei Standorte in Baden-Württemberg mit hoch radioaktiven Abfällen zu überwachen. Man hätte, wenn man in Obrigheim ein Zwischenlager errichten würde, das es wiederum für plus/minus 40 Jahre gäbe, drei Standorte über die gesamt-

te Zeit zu überwachen. Nur zwei Standorte zu haben ist ein eminentes Vorteil.

Trotzdem möchte ich nicht verhehlen: Auch der Transport ist nicht von vornherein risikolos. Aber das Bundesamt für Strahlenschutz muss in seiner Bewertung des Genehmigungsantrags entscheiden, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, welche Randbedingungen gegeben sein müssen, damit der Transport auch beherrschbar und das Risiko so gering wie möglich ist.

In der Abwägung aller Sachverhalte, die in dieser Fragestellung eine Rolle spielen, hätten wir meines Erachtens den Vorteil, nur noch zwei Standorte für Zwischenlager atomrechtlich überwachen zu müssen und nicht mehr drei Standorte. Das überwiegt aus meiner Sicht bei Weitem die Risiken, die im Zusammenhang mit einem Transport der 15 Behälter von Obrigheim nach Neckarwestheim gegeben wären.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine weitere Zusatzfrage der Abg. Gurr-Hirsch.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Minister, ich kann nachvollziehen, was Sie dieser Strategie abgewinnen können. Dennoch gibt es, wie sich über diesen Brief der Grünen oder auch über diese Initiative, die in der Infokommission immer kritische Rückfragen stellt, hinaus zeigt, noch ein großes Problem in der Standortgemeinde und bei deren politischen Repräsentanten.

Hier geht es auch um eine Strategie der Politik des Hörens und des Gehörtwerdens. Wie wollen Sie hier den Widerstand brechen?

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Kollegin Gurr-Hirsch, gehen Sie einmal davon aus, dass ich schon ein Gespräch mit dem Bürgermeister geführt habe, und zwar nicht erst vor wenigen Tagen oder wenigen Wochen, sondern schon vor längerer Zeit.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Der zeigt aber noch wenig Einsicht in Ihrem Sinn!)

Zweitens: Meines Erachtens ist es in erster Linie Aufgabe des Unternehmens, in diesem Fall der EnKK, Gespräche mit den beiden Standortgemeinden Neckarwestheim bzw. Gemmrigheim und Obrigheim zu führen. Nichtsdestotrotz habe ich kein Problem damit, hier unter Nutzung der Möglichkeiten, die ich habe, für die Sinnhaftigkeit dieses Vorhabens zu werben und für Diskussionen zur Verfügung zu stehen.

Sie können davon ausgehen, dass man, wenn man selbst 2006 als grüner Oppositionsabgeordneter eine solche nicht ganz einfache Geschichte in die Diskussion eingebracht hat, dies tut, weil man zutiefst davon überzeugt ist – ich jedenfalls bin davon überzeugt –, dass dies ein vorteilhafter Weg ist. Wenn ich von etwas überzeugt bin, dann – davon können Sie ausgehen – stehe ich dafür ein und bin auch gern bereit, die Begründungen für die Richtigkeit einer solchen Strategie zu erläutern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schauen wir mal!)

– Was heißt „Schauen wir mal“? Ich hätte mir gewünscht, dass ich die Unterstützung, die Sie jetzt gerade mit Ihrer Frage ar-

(Minister Franz Untersteller)

tikuliert haben, bereits im Jahr 2006 von Ihnen erhalten hätte. Dann wären wir heute vielleicht schon einen Schritt weiter.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist die Behandlung der Mündlichen Anfrage unter Ziffer 3 beendet.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 auf:

Mündliche Anfrage des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Studienangebote im Bereich der Sozialwissenschaften

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich frage die Landesregierung:

- a) Welche Studiengänge mit den Abschlüssen Bachelor und Master im Bereich der Sozialwissenschaften gibt es an den einzelnen Hochschulen in Baden-Württemberg (Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, Duale Hochschule)?
- b) Wie bewertet die Landesregierung die Bestrebungen aus der Raumschaft Schwäbisch Hall, vor allem für die Weiterbildung von Erzieherinnen am Campus Schwäbisch Hall der Hochschule für angewandte Wissenschaften Heilbronn, gegebenenfalls in Kooperation mit der Hochschule Ludwigsburg, eine Fakultät für Sozialpädagogik einzurichten, bzw. wird die Landesregierung die Einrichtung einer solchen Fakultät für Sozialpädagogik unterstützen?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Vielen Dank. – Ich darf für die Landesregierung Frau Ministerin Bauer ans Rednerpult bitten.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, an den Hochschulen unseres Landes wird eine Vielzahl von Studiengängen im Bereich der Sozialwissenschaften angeboten. Mir ist nicht klar, welche Definition Sie Ihrer Frage zugrunde gelegt haben. Deshalb ist es nicht ganz einfach, diese Frage zu beantworten.

Wenn man einmal die Themenbereiche Pädagogik, Gesundheitswesen, Therapieberufe oder Politikwissenschaften außen vor lässt, dann verbleiben 21 Studiengänge dieser Art an den Universitäten, zwölf an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften, 22 an nicht staatlichen Hochschulen und 18 an der DHBW.

Ich hoffe, dass ich diese Studiengänge hier nun nicht einzeln verlesen soll. Wenn Sie jedoch darauf bestehen, könnte ich es tun.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wenn Sie es nicht verlesen, sondern mir zukommen lassen würden!)

Ich empfehle Ihnen aber, die wunderbare Broschüre „Studieren in Baden-Württemberg“ zur Hand zu nehmen. Darin finden Sie eine ausführliche Liste und eine differenzierte Aufstellung all der unterschiedlichen Abschlüsse, auch aufgeschlüsselt nach Studienorten. Diese Aufstellung wird jedes Jahr aktualisiert, sodass Sie sich immer gut informieren können.

Zu Ihrer zweiten Frage:

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das interessiert mich jetzt mehr!)

Der Landesregierung sind keine Bestrebungen aus der Raumschaft Schwäbisch Hall bekannt, am Standort Schwäbisch Hall eine Fakultät für Sozialpädagogik der Hochschule Heilbronn einzurichten. Es gibt Wünsche aus der Raumschaft Schwäbisch Hall, eine Außenstelle der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg in Schwäbisch Hall einzurichten. In diesem Zusammenhang wurden auch Gespräche mit der Hochschule Heilbronn geführt, und zwar im Hinblick auf eine mögliche Kooperation hinsichtlich der Infrastruktur, z. B. einer gemeinsamen Nutzung der Bibliothek.

Das Wissenschaftsministerium wurde über diese Überlegungen durch die Raumschaft Schwäbisch Hall mündlich unterrichtet. Eine konkrete Konzeption der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg liegt bislang nicht vor. Deshalb kann sich das Wissenschaftsministerium zu diesem Zeitpunkt auch nicht konkret dazu äußern.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine Zusatzfrage des Herrn Abg. Dr. Bullinger.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Ministerin, mich wundert dies schon ein kleines bisschen. Denn diese Thematik ist beispielsweise in den lokalen Zeitungen mehrfach aufgegriffen worden. Dort heißt es etwa: „Ludwigsburg will Hochschule in Schwäbisch Hall prüfen“, „Ludwigsburg will Hochschule prüfen“. Es gab auch Äußerungen des Oberbürgermeisters der Stadt Schwäbisch Hall, auch in Bezug auf Reservierungen in Höhe von 2,2 Millionen €.

Sicherlich könnte auch der Freund und Genosse des Oberbürgermeisters, Herr Abg. Sakellariou, etwas dazu sagen.

Mich interessiert, wie Sie grundsätzlich zu der Frage stehen, inwieweit so etwas vonseiten der Landesregierung zu unterstützen ist.

Meine zweite Nachfrage: Dieser Oberbürgermeister, ein Freund unseres Kollegen,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Brieffreundschaft!)

hat geäußert, dass man dabei auch über Masterstudiengänge diskutiert. Wissen Sie hierüber auch nichts? Wenn das so sein sollte, wäre ich gern bereit, Ihnen die entsprechenden Zeitungsartikel zukommen zu lassen.

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Herr Abg. Dr. Bullinger, ich bin selbstverständlich im Gespräch mit Herrn Oberbürgermeister Pelgrim. Wir haben über die Wünsche, in Schwäbisch Hall ein neues An-

(Ministerin Theresia Bauer)

gebot aufzusetzen, natürlich gesprochen. Ich habe ihm in diesen Gesprächen signalisiert, dass wir zurzeit ein Ausbauprogramm „Master 2016“ haben. Dabei werden Studiengänge an unseren staatlichen Hochschulen in verschiedenen Tranchen bewilligt. Die erste Tranche ist vergeben, die zweite ist gerade im Verfahren, und die dritte Tranche wird für das Studienjahr 2015/2016 zu erwarten sein.

Im Rahmen dieser Tranchen können sich Hochschulen mit ausgearbeiteten Konzepten bewerben. Die erste Tranche wurde nach Bedarfen und nach vorhandener Überlast vergeben. Die weiteren Tranchen werden auch nach qualitativen und wettbewerblichen Gesichtspunkten vergeben.

Über ein entsprechendes Anliegen aus der Raumschaft können wir dann entscheiden, wenn ein Antrag hierzu vorliegt. Zurzeit liegt kein solcher Antrag vor.

Im Bereich der Bachelorstudiengänge ist die Phase des Ausbaus – das ist Ihnen bekannt – abgeschlossen. Der doppelte Abiturjahrgang ist nun an den Hochschulen, sodass wir zurzeit keine Aktivitäten entfalten, um zusätzliche Bachelorstudiengänge auszuweisen. Auch das ist der Raumschaft bekannt.

Es ist möglich, sich im Bereich des Masterausbaus mit einer Konzeption zu bewerben. Für weitere Anliegen sehe ich im Moment keine finanziellen Spielräume.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine Zusatzfrage des Abg. Sakellariou vor.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dem Brieffreund!)

Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Frau Ministerin, habe ich Sie richtig verstanden,

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ja!)

dass Sie sagten, dass lediglich noch eine Konzeption vorgelegt werden muss, um die erforderlichen Mittel im Antragsweg geltend machen zu können?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Wenn eine Konzeption vorliegt, dann können wir prüfen, ob wir diese unterstützen. Wir müssen dann prüfen, ob wir Mittel bereitstellen können. Aber Ihnen ist sicherlich bekannt, dass es im Bereich der Bachelorstudiengänge kein Ausbauprogramm gibt. Wir befinden uns vielmehr in der Phase des Rückbaus der zusätzlich aufgebauten Studienkapazitäten. Zumindest in meinem Haus gibt es also keine Finanzierungslinie, aufgrund derer man einfach Mittel bewilligen könnte, sondern es würde dem Haushaltsgesetzgeber anheimgestellt, hierüber zu befinden.

Wir würden aber zunächst einmal in der Sache entscheiden, ob wir ein solches Angebot für tragfähig und für sinnvoll halten.

Anders sieht es im Masterbereich aus. Wie ich eben erläutert habe, sind dort entsprechende Tranchen aufgesetzt. Wir vergeben zurzeit im wettbewerblichen Verfahren die entsprechenden Studiengänge.

(Abg. Nikolaos Sakellariou SPD: Gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Es liegt eine Zusatzfrage des Abg. Rüeck vor.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vielen Dank, Frau Ministerin, für Ihre höchst interessanten Ausführungen, die in der Region mit großem Interesse aufgenommen werden.

Sie sagten, es lägen keine Anträge vor. Liegen denn offizielle oder indirekte Reaktionen der Hochschule in Ludwigsburg auf das Ansinnen aus der Region Schwäbisch Hall vor? Sind Ihnen solche bekannt?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich weiß nicht, ob ich Ihre Frage richtig verstanden habe. Möchten Sie von mir wissen, ob die Hochschule Ludwigsburg auf Wünsche aus Schwäbisch Hall reagiert?

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ob sie positiv reagiert, möchte ich wissen! Wissen Sie das?)

– Diese Frage sollten Sie in der Tat direkt an die Hochschule Ludwigsburg richten. Mir liegen entsprechende Informationen nicht vor. Die Hochschule Ludwigsburg, mit der ich ebenfalls im Gespräch bin, hat bislang keine Konzeption fertiggestellt. Meines Wissen arbeitet sie daran.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen meine Frage!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Abg. Rüeck, bitte.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sie könnten die Frage, ob Ludwigsburg blockiert und das Ministerium deswegen keine Entscheidung trifft, nicht mit Ja beantworten?

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer: Ich glaube, das wäre eine Unterstellung. Ludwigsburg blockiert nicht;

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Das ist nicht die Frage!)

die Hochschule Ludwigsburg ist zunächst einmal mit der Aufgabe gut beschäftigt, die Zahl der Studierenden, die bereits da sind, zu bewältigen, und sie arbeitet daran, zu prüfen, ob ein weiteres Angebot gestemmt werden kann.

Es ist völlig klar – so sprechen wir eigentlich mit allen Regionen; lassen Sie mich das noch einmal deutlich sagen –: Wenn man in dieser Zeit, in der wir konsolidieren und den Masterbereich ausbauen, jenseits dieser Linien Maßnahmen aufsetzen will, dann braucht es ein entsprechendes Engagement, ein nachhaltiges Engagement aus der Region, damit sich der Haushaltsgesetzgeber überhaupt einer solchen Idee nähern kann. Wenn die Voraussetzungen dafür vorhanden sind, ein tragfähiges Konzept vorliegt, dann werden wir Ihnen dieses präsentieren.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Vielen Dank!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Frau Ministerin. – Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 4 beendet.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 auf:

Mündliche Anfrage der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU – Beteiligung der kommunalen Landesverbände an der Jury im Wettbewerb RegioWIN

Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Danke schön. – Ich frage die Landesregierung:

- a) Möchte die Landesregierung die Sichtweisen und die Kompetenzen des Gemeindetags, des Städtetags und des Landkreistags bei der Besetzung der unabhängigen Jury zur Auswahl der besten Strategiekonzepte im Wettbewerbsverfahren „Regionale Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und Nachhaltigkeit“ (RegioWIN) berücksichtigen?
- b) Aus welchen Gründen hat sie bislang den drei kommunalen Landesverbänden den Wunsch nach je einem Sitz in der Jury verweigert?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Für die Landesregierung darf ich Herrn Staatssekretär Rust ans Rednerpult bitten.

Staatssekretär Ingo Rust: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Frage der Frau Kollegin Gurr-Hirsch namens der Landesregierung wie folgt:

Zu a: Die Landesregierung legt großen Wert darauf, die Kompetenz der kommunalen Landesverbände bei der Besetzung der Jury für den Wettbewerb RegioWIN einzubeziehen. Die kommunalen Landesverbände wurden daher bereits frühzeitig mit Schreiben vom 16. April 2013 gebeten, einen Vertreter zu benennen.

Die Jury setzt sich im Übrigen wie folgt zusammen: für das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft Günther Leßnerkraus, für das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Hartmut Alker, für das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Michael Kleiner, für die IHKS als Vertreter der Wirtschaft Dr. Steffen Auer, Präsident der IHK Südlicher Oberrhein, ferner ein Vertreter der kommunalen Landesverbände, der bisher noch nicht benannt wurde, für die Arbeitnehmer Dimitrios Galagas vom DGB Bezirk Baden-Württemberg, für die Naturschutzverbände Professor Hans Diefenbacher, als Vertreter der Regionalverbände Dr. Ekkehard Hein, als Vertreter der Hochschulrektorenkonferenz Professor Dr. Günter Rexer, von der Universität Bern Frau Professorin Dr. Heike Mayer, vom Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Christina Rebmann und – ohne Stimmrecht – vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Thilo Blennemann.

Zu b: Die den Wettbewerbsprozess begleitende Arbeitsgruppe der drei Kooperationsministerien hat sich bewusst für eine unabhängige Zusammensetzung der Jury entschieden. Diese repräsentiert die relevanten Zielgruppen Wissenschafts-, Wirtschafts-, Regional-, Kommunal-, Sozial- und Umweltpartner, die Regionalwissenschaft, die beteiligten Ressorts und das Querschnittsziel Gender. Durch diese Vertreterinnen und Vertreter soll ein möglichst breites Kompetenzspektrum für

die Entscheidungsfindung der Jury verfügbar gemacht werden. Gründe der Gleichbehandlung und Gleichgewichtung der Jurymitglieder und die Wahrung der Arbeitsfähigkeit der Jury haben die Kooperationsressorts dazu bewogen, die oben genannten Zielgruppen mit jeweils einer Person sprechen zu lassen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Darf ich noch eine weitere Frage stellen?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ja. Eine Zusatzfrage der Frau Abg. Gurr-Hirsch. – Bitte schön.

Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Staatssekretär, ich möchte noch die Frage anhängen, ob im Laufe des Auswahlverfahrens die Regeln geändert wurden.

Staatssekretär Ingo Rust: Nach meinem Wissen nicht. Es wird jeweils ein Vertreter entsandt. Beispielsweise haben sich auch die drei Wirtschaftsverbände auf einen Vertreter geeinigt, und mehrere Umweltverbände haben sich auf einen Vertreter geeinigt, sogar die Hochschulen haben sich auf einen Vertreter geeinigt. Ich halte es daher für angemessen, dass auch die kommunalen Landesverbände mit einem Vertreter bzw. einer Vertreterin berücksichtigt werden.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. – Es liegt eine weitere Zusatzfrage des Abg. Rüeck vor.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herr Staatssekretär, zielt die Landesregierung mit RegioWIN insbesondere auf die ländlichen Räume ab?

Staatssekretär Ingo Rust: Ich würde es davon unabhängig machen, ob ländliche Räume oder Ballungsräume.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine weitere Zusatzfrage, bitte schön, Herr Abgeordneter.

Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Zunächst vielen Dank. – Können Sie mir sagen, Herr Staatssekretär, wie viele Projekte unter Beteiligung von Kommunen mit weniger als 50 000 Einwohnern eingereicht wurden, oder, wenn die sofortige Beantwortung nicht möglich ist, mir die Antwort zukommen lassen?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schriftlich nachreichen!)

Staatssekretär Ingo Rust: Das würde ich Ihnen zukommen lassen.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Herzlichen Dank!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Eine Zusatzfrage des Abg. Mack, bitte schön.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Staatssekretär, mit welchen Kosten rechnen Sie in diesem Zusammenhang zum einen aufseiten des Landes und zum anderen aufseiten der Antragsteller?

Staatssekretär Ingo Rust: Auch das würde ich Ihnen zusammenstellen lassen und schriftlich zukommen lassen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Danke schön. – Es liegen keine weiteren Zusatzfragen vor. Damit ist die Mündliche Anfrage unter Ziffer 5 und die Fragestunde insgesamt beendet.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes – Drucksache 15/4225

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/4322

Berichterstatter: Abg. Andreas Schwarz

Die Fraktionen sind übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 15/4225. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/4322. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesreisekostengesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 28. November 2013 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz wurde mehrheitlich zugestimmt. Herzlichen Dank.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

Jetzt würde ich gern Frau Ministerin Öney das Wort zur Begründung des unter Tagesordnungspunkt 6 aufgeführten Gesetzentwurfs Drucksache 15/4352 erteilen. Kann mir jemand sagen, ob die Frau Ministerin auf dem Weg ist?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das kann der Justizminister machen! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Der Innenminister soll es machen! Das Thema war früher eh beim Innenministerium angesiedelt! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ziehen wir einen anderen Punkt vor!)

Sind Sie damit einverstanden, die Behandlung des Tagesordnungspunkts 6 zurückzustellen und zuerst den Tagesordnungspunkt 7 zu behandeln? – Okay, gut.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir setzen es ab, wenn es der Regierung nicht so wichtig ist!)

Dann rufe ich **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum (Zweckentfremdungsverbotsgesetz – ZwEWG) – Drucksache 15/4277

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt sind die Fraktionen übereingekommen, auf eine Aussprache zu verzichten.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir geben die Reden zu Protokoll!)

Das gilt auch für die Landesregierung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Reden werden zu Protokoll gegeben!)

– Die Reden werden zu Protokoll gegeben, sowohl von der Landesregierung als auch von den Fraktionen. (*Siehe Erklärungen zu Protokoll am Schluss des Tagesordnungspunkts.*)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4277 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Punkt 8 noch, dann ist gut!)

*

Erklärungen zu Protokoll

Staatssekretär Ingo Rust: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sind uns doch im Kern alle einig: Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial und kulturell lebendig bleiben. Wir wollen, dass Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. Doch Wollen allein reicht nicht. Vom Wollen allein lösen sich die Probleme am Wohnungsmarkt insbesondere in den Groß- und Hochschulstädten nicht auf.

Genau deshalb handelt diese Landesregierung. Sie handelt, um der zu beobachtenden Verteuerung und Verknappung von preisgünstigem Wohnraum entgegenzutreten.

(Staatssekretär Ingo Rust)

Ein wichtiger Punkt war, dass wir bei den Landeswohnraumförderungsprogrammen einen Paradigmenwechsel vorgenommen haben; denn wir haben den Förderschwerpunkt deutlich zugunsten der sozialen Mietwohnraumförderung verschoben.

Daneben setzen wir zugleich auf die Erhaltung des vorhandenen Wohnungsbestands. Dazu hat die Landesregierung ein wohnungspolitisches Maßnahmenpaket geschnürt.

Der erste Baustein ist die jüngst vom Ministerrat beschlossene Umwandlungsverordnung nach § 172 des Baugesetzbuchs. Damit haben wir einen Genehmigungsvorbehalt für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen eingeführt. In Gebieten von Milieuschutzsatzungen soll mithilfe dieser Rechtsverordnung erreicht werden, dass die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen in einem sehr engen, kontrollierten Rahmen erfolgt. Ganz technisch formuliert ist das Ziel des Ganzen vor allem, „eine spekulativ orientierte Begründung von Sondereigentum zu verhindern“. Untechnisch gesprochen geht es darum, die damit einhergehende Verdrängung der angestammten Mieterschaft zu verhindern; besser bekannt ist dieses Phänomen unter dem Stichwort der Gentrifizierung.

Den zweiten Baustein legen wir heute mit der Einbringung des Regierungsentwurfs für ein Zweckentfremdungsverbotsgesetz vor: Damit geben wir den Gemeinden mit Wohnraum-mangel ein wirksames Instrument an die Hand, um dieses Problem konsequent anzugehen. Denn der Entwurf gibt ihnen die Möglichkeit, durch Satzung für ihr Gebiet – ganz oder in Teilen – ein Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum festzulegen.

Manche mögen sich fragen, wann genau eine Zweckentfremdung vorliegt. Der Gesetzentwurf nennt die Kriterien dafür sehr präzise:

Wenn Wohnraum länger als sechs Monate leer steht, abgerissen wird, überwiegend für gewerbliche oder berufliche Zwecke verwendet oder überlassen oder baulich derart verändert oder in einer Weise genutzt wird, dass er für Wohnzwecke nicht mehr geeignet ist, dann liegt eine Zweckentfremdung vor. Auch eine nicht nur vorübergehend gewerbliche oder gewerblich veranlasste Nutzung für Zwecke der Fremdenbeherbergung soll als Zweckentfremdung gelten, etwa die Vermietung als Ferienwohnung.

Natürlich bleibt auch bei einem solchen Vorhaben Kritik nicht aus. Bei der Ankündigung des Zweckentfremdungsverbotsgesetzes sprachen manche von einem „Verbot, das keiner braucht“. Die Antwort ist klar: Wer ein Zweckentfremdungsverbot nicht braucht, erlässt es eben nicht. Denn die Gemeinden können ja selbst entscheiden. Sie können die Anwendung zugleich auf jene Fälle beschränken, die für sie relevant sind, beispielsweise auf leerstehende Wohnungen. Damit können sie passgenau die Regelung einführen, die sie benötigen; denn sie kennen ihren Wohnungsmarkt, ihre Situation vor Ort am besten, meine Damen und Herren.

Zugleich sorgen wir dafür, dass ein längerer Leerstand beispielsweise aufgrund einer nachweisbar bevorstehenden energetischen Gebäudesanierung ohne bürokratischen Aufwand ermöglicht wird und deshalb nicht unter Genehmigungsvorbehalt steht. Auch dem Klimaschutz steht dieses Gesetz also nicht im Weg.

Kurz gesagt: Die Landesregierung gibt den Kommunen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf ein wichtiges Instrument zum Kampf gegen die grassierende Knappheit von Wohnraum an die Hand. Es ist ein wichtiger Beitrag, um zu verhindern, dass angemessene und bezahlbare Mietwohnungen in Gebieten mit Wohnraum-mangel weiter dem Wohnungsmarkt entzogen werden.

Deshalb bitte ich Sie, diesen Gesetzentwurf zu unterstützen, und bitte Sie um Überweisung an den Finanz- und Wirtschaftsausschuss zur weiteren Beratung.

Herzlichen Dank.

Abg. Tobias Wald CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die derzeitige Landesregierung hat ein wohnungspolitisches Maßnahmenpaket vorgelegt, welches den Wohnungsmangel in Baden-Württemberg bekämpfen soll. Die Betonung liegt auf „soll“; erfüllen kann der Vorschlag der Landesregierung diesen Anspruch leider nicht.

Mit dem Maßnahmenpaket sollte das große Ziel, den Menschen in Baden-Württemberg ausreichend bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, verfolgt werden. Der vorgelegte Gesetzentwurf ermöglicht aus unserer Sicht keine praxisnahe Wohnungspolitik. Mit einem Zweckentfremdungsverbot kuriert die Landesregierung nur die Symptome. Statt vieler Einzelmaßnahmen wäre ein gut abgestimmtes Gesamtkonzept erforderlich.

Von den 13 Verbänden und Organisationen, die Stellungnahmen zu Ihrem Gesetzentwurf abgegeben haben, sprechen sich zehn eindeutig gegen Ihre wohnungspolitischen Maßnahmen aus.

Beide Teile des grün-roten Maßnahmenpakets werden nicht dazu beitragen, dass mehr bezahlbarer Wohnraum in den Ballungsräumen zur Verfügung steht. Diese grün-rote gesetzliche Zwangsmaßnahme ist kein geeignetes Mittel, um den Wohnungsmangel zu beheben, denn damit wird keine einzige Wohnung neu geschaffen, die denjenigen zur Verfügung gestellt werden kann, die nach bezahlbaren Wohnungen suchen.

Um das große Ziel, eine ausreichende Zahl bezahlbarer Wohnungen in Baden-Württemberg, zu erreichen, muss die Politik positive Rahmenbedingungen schaffen, um den Neubau zu forcieren und zu stimulieren. Des Weiteren muss sie Anreize schaffen, damit sanierungsbedürftige Wohngebäude umfassend modernisiert werden.

Baden-Württemberg – bisher das stolze Land der Häuslebauer und Wohneigentümer – entwickelt sich unter der grün-roten Landesregierung zum Entwicklungsland für Wohnungsbau. So haben Sie in den zweieinhalb Jahren Ihrer Regierungszeit nur Maßnahmen ergriffen, welche Bauwillige, Häuslebesitzer und Wohnbauinvestoren verschrecken:

- Die Landeswohnraumförderprogramme 2012 und 2013: nach Ansicht der Experten und Investoren wohnungsbaupolitische Flops.
- Erhöhung der Grunderwerbsteuer um 1,5 %.
- Verknapfung bebaubaren Raumes durch Maßnahmen des Ministeriums für Verkehr und Infrastruktur.
- Die geplante Novelle der Landesbauordnung.

(Tobias Wald)

Und heute: das neue Zweckentfremdungsverbotsgesetz und die Umwandlungsverordnung.

Dieses wohnungspolitische Maßnahmenpaket ist kontraproduktiv und sendet negative Signale an potenzielle Bauherren und Wohnbauinvestoren. Aber vor allem schafft es Verunsicherung, Demotivation und Verärgerung von Bauwilligen und Häuslebauern in Baden-Württemberg. Statt zu mehr Wohnungen wird es zu weniger Investitionen im dringend notwendigen Neubau und bei der Bestandsmodernisierung kommen.

Im Jahr 2006 ist das Zweckentfremdungsverbotsgesetz in Baden-Württemberg nach fünfjähriger Laufzeit ausgelaufen und nicht verlängert worden, weil es nicht die gewünschten Effekte erzielt hatte. Nun holen Sie dieses Gesetz aus der Mottenkiste und preisen es als wohnungspolitisches Wunderwerk an.

Letztendlich, sehr geehrte Damen und Herren, wird es nur wenige konkrete Fälle geben, bei welchen Wohnraum gesichert wird. Demgegenüber stehen jedoch ein hoher Verwaltungsaufwand, unnötige Bürokratie und Kosten aufgrund der Genehmigungsverfahren für die Gebäudeeigentümer.

Diese grün-rote Gesetzesvorlage stellt nach Ansicht der CDU-Landtagsfraktion einen massiven Eingriff in das Eigentumsrecht dar, da auch der Abriss von Immobilien unter dieses Gesetz fällt. Ein Immobilieneigentümer entscheidet sich in unserer sozialen Marktwirtschaft grundsätzlich nur dann für den Abriss einer Immobilie, wenn die Modernisierung und Sanierung eines Objekts wirtschaftlich nicht tragfähig ist und die Vermietbarkeit nicht mehr gewährleistet ist.

Mit diesem Gesetz verhindern Sie sinnvolle Ersatzbauten, die energetisch effektiver sind als vorher und häufig auch mehr Wohnraum schaffen.

Die CDU-Landtagsfraktion wird in der anstehenden Beratung im Finanz- und Wirtschaftsausschuss sämtliche Mängel und Fehler, die dieses Gesetz beinhaltet, darlegen. Glauben Sie mir: Davon gibt es in diesem Gesetz so viele, dass wir es ablehnen werden.

Herzlichen Dank.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Zentrum der jetzigen Debatte steht ein Problem, das viele von uns vermutlich schon länger nicht mehr gehabt haben. Aber Sie kennen das sicher von ihren Kindern oder aus dem Bekanntenkreis: Die Suche nach einer bezahlbaren Wohnung. Gerade in Ballungsgebieten und Zuzugsgebieten kann man problemlos Monate mit der erfolglosen Suche nach einem neuen Zuhause zubringen. Leidgeprüfte Mieter können ein Lied davon singen: Es ist keine Seltenheit, wenn sich 50 Menschen bei der Besichtigung einer Dreizimmerwohnung durch die Flure drücken.

Warum schlagen wir ein Rahmengesetz für kommunale Zweckentfremdungsverbote vor?

Klar ist: Wir haben auf dem Wohnungsmarkt ein Problem. Die gute Nachricht ist: Es ist ein regionales Problem, ein Problem der Ballungs- und Zuzugsgebiete. Denn auch bei uns in Baden-Württemberg werden die regionalen Unterschiede auf dem Wohnungsmarkt immer größer.

– So fehlen in Stuttgart laut einer Studie des Pestel-Instituts rund 8 000 Mietwohnungen.

– Die Mieten in den „Knappheitsstädten“ wie Freiburg, Karlsruhe oder Heidelberg sind im Schnitt seit 2008 um 20 % gestiegen.

– Der Trend in den Ballungsgebieten heißt: Teurere Grundstückspreise, steigende Baukosten und eine wachsende Nachfrage nach Wohnungen in zentraler Lage.

Unser Entwurf für ein Landesrahmengesetz für kommunale Zweckentfremdungsverbote von Wohnraum leistet einen Beitrag, das Problem Wohnraummangel anzugehen. Bayern, NRW und Hamburg haben gute Erfahrungen gemacht mit einem solchen Gesetz, Berlin bringt gerade eines auf den Weg.

Wie wird das Gesetz aussehen?

Das Gesetz wird es Gemeinden mit Wohnraummangel ermöglichen, die Zweckentfremdung von Wohnraum genehmigungspflichtig zu machen. Wer also künftig in einer Wohnung, die laut Gemeinderatsbeschluss in einem solchen Gebiet mit Wohnraummangel liegt, eine Arztpraxis einrichten möchte, braucht dazu eine Genehmigung der Gemeinde.

Eine Zweckentfremdung kann aber auch ein langer Leerstand sein. Wer eine Wohnung ohne Grund mehr als sechs Monate leer stehen lässt, kommt unter Zugzwang.

3,7 % aller Wohnungen in der Landeshauptstadt Stuttgart stehen laut Mikrozensus leer. Das ist überraschend, denn eigentlich wäre zu erwarten, dass der Leerstand sich bei einer so guten Marktlage auf den reinen Umschlag bei Umzügen beschränken müsste. Das ist aber offenkundig nicht der Fall. Durch den Leerstand sinkt daher das Wohnungsangebot in diesem knappen Markt.

Es ist klar, dass in den Kommunen, die dieses Instrument nutzen werden, dadurch keine neue Wohnungen entstehen. Ein gutes Stadtentwicklungskonzept, das Raum auch für günstiges Wohnen schafft, brauchen Kommunen mit knappem Wohnraum auf jeden Fall.

Dennoch kann mit diesem Instrument Wohnraum in den betroffenen Kommunen gesichert werden. Das ist bereits viel wert, und daher unterstützt meine Fraktion diesen Gesetzentwurf.

Auch der Städtetag begrüßt den Gesetzentwurf. Denn er gibt den Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten bei einem Problem, das ihnen unter den Nägeln brennt. Unterhalten Sie sich mit Ihren Kommunalpolitikern vor Ort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Probleme auf den Wohnungsmärkten in vielen Kommunen unseres Landes betreffen viele Bürgerinnen und Bürger, die sich auf der Suche nach erschwinglichem Wohnraum schwertun. Wir sollten jede Schraube, mit der wir die Situation verbessern können, sehr ernsthaft prüfen. Daher setze ich auf konstruktive Beratungen des Gesetzentwurfs hier im Hause.

Herzlichen Dank.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eine Regelung, die die Zweckentfremdung von Wohnraum unter bestimmten Umständen untersagt, hatten wir in Baden-Württemberg über viele Jahre hinweg. Die Erfahrungen waren allerdings durchaus nicht so, dass es sich empfohlen hätte, auf Zeit und Ewigkeit an diesem Instrument festzuhalten.

Mehr und mehr Gemeinden waren – teils auch auf eigenen Wunsch – aus dem Geltungsbereich der damaligen Zweckentfremdungsverordnung ausgeschieden. Zuletzt – in der zwischen 2002 und 2006 geltenden Verordnung – bestand die Gebietskulisse nur noch aus den Städten Freiburg, Heidelberg, Konstanz, Mannheim und Tübingen. Und vor allem: Es ließen sich keinerlei Indizien dafür finden, dass die Verordnung eine belegbare positive Auswirkung auf den Wohnungsmarkt gehabt hätte.

In den Städten, die seit 2002 nicht mehr in den Geltungsbereich der Verordnung fielen – also in Heilbronn, Karlsruhe, Pforzheim, Reutlingen, Stuttgart und Ulm –, konnten keine nachteiligen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt festgestellt werden, und in den fünf verbliebenen Gemeinden keine positiven. Einschlägig Interessierten sei der Bericht der Landesregierung, Drucksache 14/575, zum Nachlesen empfohlen.

Wenn das aber so ist, dann stellt sich schon die Frage, wie die Landesregierung die Eingriffe in die Eigentümerrechte nach Artikel 14 GG rechtfertigen will. Dies gilt umso mehr, als der Geltungsbereich der Verordnung nicht wie früher – oder wie in einschlägigen bundesgesetzlichen Regelungen zur Mieterhöhungsbegrenzung – auf Gebiete bezogen ist, in denen eine ausreichende Wohnraumversorgung nicht gegeben ist, sondern es den Gemeinden selbst überlassen bleibt, sich zu einer „Gemeinde mit Wohnraummangel“ zu erklären und durch Satzungsbeschluss das Instrumentarium des Zweckentfremdungsverbots im Gemeindegebiet oder in Teilen der Gemeinde anzuwenden.

In dieser Vorgehensweise, die in einem kommunalfreundlichen und unbürokratischen Gewand daherkommt, liegen aber erhebliche Risiken: Ich zitiere aus der Drucksache 14/575, in der ausgeführt wird:

Würde die Landesregierung künftig den räumlichen Geltungsbereich der ... Verordnungen allein nach der Einschätzung der jeweiligen Stadt vornehmen, so bestünde ein noch größeres Risiko der Verfassungswidrigkeit. Neben der sachlichen Rechtfertigung für den Eingriff in Eigentümerrechte nach Artikel 14 GG bedürfte es einer sachlichen Rechtfertigung für die innerhalb des Landes entstehende Ungleichbehandlung der Bürger vor dem Hintergrund des Artikels 3 GG.

Mit all dem hält sich die heutige Landesregierung nicht lange auf. Dass dann nebenbei und ohne größere Begründung auch das Recht der Unverletzlichkeit der Wohnung nach Artikel 13 GG eingeschränkt wird, verwundert dann schon nicht mehr.

Wenn es Gemeinden mit Wohnraummangel gibt – und die gibt es ohne jeden Zweifel –, dann wäre es naheliegend, auf die Probleme, die es vor allem in Universitätsstädten gibt, auch situationsangepasst zu reagieren. Der dauerhafte Anstieg der

Studierendenzahlen – Hochschule 2012, Hochschule 2020 – muss dann eben zu einem konsequenten Wiedereinstieg des Landes in die Förderung des studentischen Wohnheimbaus führen; allerdings zu einer Form der Förderung, die andere Formen der Nutzung nach einem Rückgang der Zahl der Studierenden im nächsten Jahrzehnt von vornherein mit einbezieht.

Das wäre der richtige Weg, und nicht der Versuch, dadurch wohnungspolitische Kompetenz zu zeigen, dass man das ganze Land mit einem weitgehend unwirksamen und noch dazu rechtlich überaus zweifelhaften Instrumentarium überzieht.

*

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze – Drucksache 15/4282

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit verzichtet Minister Stichelberger auf die mündliche Begründung des Gesetzentwurfs. Sie schauen so fragend. Gehe ich recht in dieser Annahme?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja, so ist es abgesprochen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Danke, Herr Minister! – Gegenruf des Ministers Rainer Stichelberger: Ich habe gedacht, Sie legen Wert darauf!)

Es ist also abgesprochen, dass der Herr Minister auf die mündliche Begründung des Gesetzentwurfs verzichtet.

Im Präsidium wurde festgelegt, dass in der Ersten Beratung keine Aussprache geführt wird. Stimmt das so?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Passt!)

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4282 zur weiteren Beratung an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. –

(Abg. Winfried Mack CDU: Jawohl, überweisen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Es erhebt sich kein Widerspruch, sondern Wohlwollen. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 8 ist damit erledigt.

(Abg. Winfried Mack CDU: Jetzt machen wir wieder Punkt 6! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf: Sprich einmal ein bisschen schneller!)

– Nein. Es ist 16:51 Uhr. Da kann man schon einmal ein bisschen deutlicher reden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Punkte 9 bis 13! – Zuruf von der CDU: Das ist jetzt neu!)

– Es ist jetzt neu, dass auch Schwäbinnen spätnachmittags nicht schneller, sondern langsamer reden.

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

Ich rufe die **Punkte 9 bis 13** der Tagesordnung gemeinsam auf:

Punkt 9:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung der Landesregierung vom 11. Juni 2010 – Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 2007 – Beitrag Nr. 18: Hochwasserschutz für das Strudelbachtal – Drucksachen 14/6502, 15/4323

Berichterstatter: **Abg. Dr. Markus Rösler**

Punkt 10:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu dem Antrag des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 7. November 2013 – Veräußerung des landeseigenen Grundstücks Corrensstraße 41/41 a in Tübingen – Abschluss eines Nachtrages zum Kaufvertrag vom 6. Juni 2013 (Mindererlösklausel) – Drucksachen 15/4266, 15/4359

Berichterstatter: **Abg. Karl-Wolfgang Jägel**

Punkt 11:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft vom 13. November 2013 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Richtlinie über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf eine Standard-Mehrwertsteuererklärung – Drucksachen 15/4328, 15/4362

Berichterstatter: **Abg. Peter Hofelich**

Punkt 12:

Beschlussempfehlungen und Berichte des Petitionsausschusses zu verschiedenen Eingaben – Drucksachen 15/4329, 15/4330, 15/4331, 15/4332

Punkt 13:

Beschlussempfehlungen und Berichte der Fachausschüsse zu Anträgen von Fraktionen und von Abgeordneten – Drucksache 15/4324

Gemäß § 96 Absatz 5 der Geschäftsordnung stelle ich die Zustimmung entsprechend dem Abstimmungsverhalten in den Ausschüssen fest. Erhebt sich Widerspruch? – Nein. Doch? Frau Kollegin Böhlen, haben Sie eine Zwischenfrage?

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nein, aber Herr Dr. Bullinger! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie hat sich verhört!)

Dann ist es so beschlossen.

Nun kommen wir zu **Punkt 6** der Tagesordnung.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Fraktionen haben es gelesen und können gleich reden!)

– Kollege Schebesta, ich möchte den Gesetzentwurf einfach noch nennen.

(Zuruf: Vorlesen!)

Bei der Ersten Beratung ist das wichtig. Das ist ein wichtiges Gesetz.

(Zuruf: Warum ist dann die Frau Ministerin nicht im Saal?)

Wir haben monatelang darum gerungen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Dann reden halt die Fraktionen zuerst!)

Ich möchte es einfach noch nennen und bitte um etwas Ruhe:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften – Drucksache 15/4352

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das Wort hat Herr Dr. Lasotta!)

Die Landesregierung wird das Gesetz begründen. – Gibt es von Ihrer Seite aus eine Zwischenfrage?

(Lachen bei der CDU)

Nein? Eine Kurzintervention? Keine Kurzintervention.

(Ministerin Bilkay Öney betritt den Plenarsaal.)

– Ich sehe, die Frau Ministerin ist auf dem Weg.

(Vereinzelt Beifall!)

Ich sage es also noch einmal: Es geht nun um das Gesetz zur Neuordnung der Flüchtlingsaufnahme, über die Erstattung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und zur Änderung sonstiger Vorschriften, Drucksache 15/4352.

Das Wort zur Begründung erteile ich Frau Ministerin Öney.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Welche Redezeit ist denn verabredet?)

– Die Ministerin kann so lange reden, wie sie will.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Nein, für die Fraktionen!)

Im Präsidium haben wir für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt. Jetzt erteile ich aber Frau Ministerin Öney das Wort.

Ministerin für Integration Bilkay Öney: Vielen Dank. – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Seit den Flüchtlingstragödien im Mittelmeer steht das Thema Flüchtlingspolitik wieder ganz oben auf der politischen Agenda. Dabei stellen sich ganz grundlegende Fragen: Wie soll Europa seine Flüchtlingspolitik künftig gestalten? Soll Europa so weitermachen wie bisher oder aber Flüchtlingspolitik als integrales Element einer europäischen Einwanderungspolitik begreifen?

(Ministerin Bilkay Öney)

Ich denke, wir werden nicht umhinkommen, die drängenden Fragen bald zu beantworten.

Tatsache ist: Deutschland ist wieder das Ziel vieler Flüchtlinge. Nach dem Königsteiner Schlüssel kommt jeder achte Flüchtling nach Baden-Württemberg. Im Jahr 2013 werden das voraussichtlich ca. 14 000 Menschen sein. Unabhängig davon, ob sie kürzer oder länger hierbleiben, müssen wir uns um diese Menschen kümmern. Dazu gibt es keine Alternative.

Welche Motive die Menschen haben, wenn sie zu uns fliehen, und welche Gründe wir anerkennen, das ist die eine Seite. Wie wir mit den Menschen umgehen, solange sie hier sind, ist die andere Seite. Der Maßstab für diesen Umgang ist unser Grundgesetz und hier insbesondere Artikel 1 Absatz 1, die Achtung der Menschenwürde. Das ist auch der Maßstab, der das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz prägen soll.

Es gibt kritische Stimmen, die sagen, dass humanitäre Regelungen nun wirklich zur Unzeit kommen. Zunächst müssten doch die praktischen Probleme bewältigt werden, die sich aus dem Flüchtlingszustrom ergeben. Ich halte das nur für einen scheinbaren Widerspruch. Wichtig ist, auf unvorhergesehene Situationen flexibel reagieren zu können. Das heißt aber nicht, dass man als richtig erkannte Grundsätze und Ziele über Bord werfen müsste. Die Menschenwürde ist nun einmal nicht disponibel.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Ihnen gleich ein anschauliches Beispiel geben: Statt der bisherigen 4,5 m² streben wir künftig 7 m² Wohn- und Schlaffläche pro Person als Mindeststandard an. Das ist kein Luxus, sondern nach wie vor ein sehr bescheidener Standard. Denken Sie einmal nur an die Quadratmeterzahl Ihrer Wohnung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das habe ich als Wehrpflichtiger nicht gehabt!)

Mit 7 m² liegen wir übrigens auf dem Niveau von Bayern. Zudem sollen 7 m² ab 2016 zwar die Richtgröße sein, im Notfall sind aber wie bisher Ausnahmen zulässig. Wenn die Kreise vor großen Unterbringungsproblemen stehen, kann das Integrationsministerium zeitweilige Befreiungen von Unterbringungsstandards erteilen. Deswegen werden wir aber die Vorgabe von 7 m² nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Das wäre nämlich falsch, denn das Gesetz muss eine klare Richtung vorgeben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ähnlich verhält es sich mit der Unterbringung in Wohnungen. Dies soll für die Kreise eine zusätzliche Option sein. Natürlich begrüßen wir es, wenn Flüchtlinge dezentral in kleineren Einheiten untergebracht werden. Wir müssen aber auch den regionalen Wohnungsmarkt im Auge haben. Wo es nur wenige bezahlbare Wohnungen gibt, bleibt es zunächst bei den Gemeinschaftsunterkünften.

Zudem wollen wir die Unterbringungsdauer insgesamt verkürzen. Die Dauer des Asylverfahrens soll künftig Maßstab und zugleich Obergrenze sein. Eine künstliche Verlängerung

der Wohnpflicht in den Gemeinschaftsunterkünften um ein weiteres Jahr soll es nicht mehr geben.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Das verschafft den Kreisen mehr Spielraum bei der Belegung und ist auch im Interesse der Flüchtlinge.

In die gleiche Richtung geht auch die Verkürzung der vorläufigen Unterbringung. Wenn z. B. jemand arbeitet und sich selbst ein Zimmer oder eine kleine Wohnung mieten kann, dann soll er das auch tun.

Ein wesentlicher Fortschritt für Flüchtlinge und Behörden wird die Abkehr vom reinen Sachleistungsgrundsatz sein. Zu einem selbstbestimmten Leben gehört es nun einmal, selbst zu entscheiden, wo man was zum Essen oder auch zum Anziehen kauft. Die meisten Bundesländer nutzen die Spielräume des Asylbewerberleistungsgesetzes und geben den Flüchtlingen Geld statt Sachleistungen für ihren Alltagsbedarf. Ich denke, einige Landkreise machen dies bereits. Es ist für sie auch praktikabler. Es ist höchste Zeit, dass wir in diesem Punkt nachziehen. Unser Gesetzentwurf lässt den Behörden den Spielraum, ob sie Geld oder andere geldwerte Zahlungsmittel ausgeben wollen. Wenn es einen begründeten Verdacht auf Zweckentfremdung von Geldleistungen gibt, kann die Behörde im Einzelfall auch zu Sachleistungen zurückkehren.

Die meisten arbeitsfähigen Flüchtlinge wollen übrigens keine Leistungen, sondern sie wollen arbeiten und selbst Geld verdienen. Wenn der Bund die Hürden senken würde, wie er es bereits angekündigt hat – so habe ich es im Koalitionsvertrag gelesen –, wäre das ein Vorteil für die Flüchtlinge selbst, aber auch für die Kommunen als Kostenträger. Nicht zuletzt wäre es auch gut für die Akzeptanz der Flüchtlinge in unserer Gesellschaft. Wir müssen nämlich realistisch sein und sehen, dass viele Flüchtlinge langfristig oder sogar auf Dauer hierbleiben.

Deshalb sind im Gesetzentwurf auch integrative Regeln enthalten. An erster Stelle steht dabei das frühzeitige Erlernen der deutschen Sprache. Dies dient nicht nur der einfachen Verständigung der Flüchtlinge untereinander, sondern ist auch im Interesse der Behörden. Wir haben deshalb die gesetzliche Vorgabe aufgenommen, den Flüchtlingen noch während der vorläufigen Unterbringung Angebote zum Spracherwerb zu machen. Hierfür haben wir in der pauschalen Ausgabenerstattung einen Extrabetrag an die Stadt- und Landkreise vorgesehen.

Als letzten beispielhaften Punkt möchte ich die Flüchtlingssozialarbeit nennen. Sie ist unerlässlich für Menschen, die teilweise viel mitgemacht haben und sich nun in einer neuen Umgebung zurechtfinden müssen. Hier werden wir durch Verordnung erstmals qualitative Anforderungen an das Personal und für die Leistungserbringung festschreiben. Dabei ist es gleich, wer die Aufgabe übernimmt – die Kreise selbst oder von ihnen beauftragte Sozialverbände.

Eine strukturierte Sozialbetreuung muss sogar noch früher beginnen, nämlich bei der Erstaufnahme. Deshalb haben wir in der Landeserstaufnahmeeinrichtung ein neues Betreuungs- und Beratungsangebot eingerichtet. Das dient auch dem Zweck, besonders Schutzbedürftige, etwa traumatisierte Personen, besser zu erkennen.

(Ministerin Bilkay Öney)

Wer neue Standards festlegt, muss auch für eine faire Kostenregelung sorgen. Genau das haben wir getan. Wir bleiben zwar grundsätzlich bei der pauschalierten Form der Ausgabenerstattung an die Stadt- und Landkreise, aber wir haben diese Pauschalen an die künftigen Standards angepasst. Grundlage der Berechnungen sind die Prüfungsergebnisse des Landesrechnungshofs aus dem Jahr 2007, die schon damals zu einer deutlichen Erhöhung der Pauschalen geführt hatten. Künftig stocken wir wegen der Asylbewerberleistungen, aber vor allem wegen der größeren Wohn- und Schlaflflächen und der Sprachangebote nochmals deutlich auf.

Das sieht im Einzelnen so aus: Im Jahr 2004 betrug die Einmalpauschale der Vorgängerregierung an die Kreise für jeden Asylbewerber noch 7 845 €. Nach der Revision auf der Grundlage der Prüfergebnisse des Rechnungshofs im Jahr 2008 waren es dann 10 026 €. Ab dem 1. Januar 2014 werden wir bei 12 316 € liegen, und im Jahr 2016 sollen es nach dem Gesetzentwurf für jeden Asylbewerber 13 722 € sein.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Unabhängig vom Alter!)

Die Pauschalen werden sich also nach 12 Jahren immerhin um 75 % erhöht haben. Auch danach ist eine jährliche Dynamisierung von künftig 1,5 % statt 1 % vorgesehen.

Dennoch müssen wir eine solche pauschalierte Erstattungsregelung von Zeit zu Zeit überprüfen und bei Bedarf natürlich auch korrigieren. Das haben wir bereits im Gesetzentwurf verankert. Auf der Zahlengrundlage des Jahres 2016 werden wir gemeinsam mit der kommunalen Seite die Pauschalen einer genauen Überprüfung unterziehen und damit die Basis für die weitere Zukunft schaffen. Das Jahr 2016 ist das richtige Basisjahr, weil dann die im Gesetz vorgesehene Übergangsfrist für die Unterbringungsstandards abgelaufen ist.

Ich kenne die Sorgen der Kreise wegen des knappen und deshalb auch teuren Wohnungsangebots für Flüchtlinge. In den letzten Jahren sind die Mieten, je nach Region, zum Teil erheblich gestiegen. Wir werden deshalb schon bald im neuen Jahr auf die Kreise zugehen und gemeinsam mit ihnen die Istzahlen des Jahres 2013 auswerten. Dabei haben wir auch auf ein mögliches Gefälle zwischen Ballungsräumen und ländlichen Bereichen zu achten. Wenn es erforderlich ist, könnten die Pauschalen nachjustiert werden. Das Gesetz eröffnet diese Möglichkeit jederzeit, bei Bedarf also auch schon vor 2016.

Insgesamt legen wir einen Gesetzentwurf vor, der mehreren zentralen Anforderungen gerecht wird. In humanitärer Hinsicht verbessern wir die Rahmenbedingungen für Unterbringung, Versorgung und Betreuung der Flüchtlinge. Zugleich verbessern wir die Voraussetzungen für eine spätere Integration der Flüchtlinge. In verwaltungspraktischer Hinsicht erleichtern wir den ausführenden Behörden die Arbeit, weil das bisherige starre rechtliche Korsett durch flexiblere Bestimmungen abgelöst wird. Schließlich streben wir einen fairen Kostenausgleich mit den Kommunen an. Deshalb sind wir auch zu einer frühzeitigen Evaluation der Erstattungsregelungen bereit. Das haben wir der kommunalen Seite mehrfach signalisiert.

Ich denke, das künftige Flüchtlingsaufnahmegesetz ist, gemessen an der derzeit schwierigen Ausgangssituation, für al-

le Seiten ein guter Kompromiss. Deshalb bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, für die Aussprache hat das Präsidium, wie bereits mitgeteilt, eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Lasotta das Wort.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute haben wir etwas erlebt, was ich in zwölf Jahren im Landtag noch nicht erlebt habe, nämlich dass die Ministerin fast zu spät gekommen wäre, um ihr eigenes Gesetz zu begründen. So sieht ihre Achtung vor dem Parlament aus. Sie muss sich bei der amtierenden Landtagspräsidentin bedanken. Das ist ein zweites Novum: Ich habe Brigitte Lösch noch nie so langsam Tagesordnungspunkte vorlesen und so oft wiederholen hören wie heute.

(Heiterkeit bei Abgeordneten aller Fraktionen – Abg. Thomas Blenke CDU: Sie hat sogar noch Zurufe eingefordert!)

Aber es hat ja gerade noch geklappt.

(Unruhe)

Gut gemeint ist nicht gut gemacht. Wenn Gesetze, die eine gute Intention haben, auf Kosten der Kommunen gemacht werden – das haben wir gestern beim Landespersonalvertretungsgesetz auch erlebt –, dann ist zwar die Zielrichtung dahinter gut, aber die Auswirkungen für die kommunale Ebene sind schlecht. Damit gefährdet man den Gesamtkompromiss sowie den Respekt und die Achtung davor, wie Flüchtlingshilfe vor Ort organisiert wird.

Deswegen geht mein erster Dank an die Kommunen und auch an alle, die vor Ort aktiv sind, die sich um die Flüchtlinge kümmern. Ich denke, wir können stolz darauf sein, dass sich viele Menschen engagieren, dass eine gute Arbeit geleistet wird und dass Asylbewerber und Flüchtlinge bei uns Zuflucht finden und den Schutz unseres Staates genießen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Mit diesem Gesetz haben Sie jedoch einen massiven Konflikt mit den Kommunen provoziert. Der Landkreistag spricht davon, dass 50 Millionen € im Bereich der pauschalen Erstattung fehlen. Das ist eine erhebliche Summe. Gleichzeitig erhöhen Sie Standards. Gleichzeitig steigen die Flüchtlingszahlen. In diesem Jahr werden 14 000 Flüchtlinge zu uns nach Baden-Württemberg kommen. Das lässt sich nicht in Einklang bringen.

Wenn Sie gute Arbeit vor Ort aufrechterhalten wollen, wenn Sie die Akzeptanz derjenigen, die die Arbeit erledigen, der Bevölkerung in den Kommunen, aufrechterhalten wollen, dann müssen Sie die Sorgen der Kommunen ernst nehmen und die Pauschalen über das, was Sie jetzt beabsichtigen, hinaus deutlich erhöhen.

(Dr. Bernhard Lasotta)

Gleichzeitig erhöhen Sie die Standards bei den Quadratmeterzahlen für die Flächen, die den Flüchtlingen zur Verfügung stehen sollen, bis 2016, ohne gesetzlich zu fixieren, dass die Pauschale auch tatsächlich überprüft wird. Bisher haben Sie nur angekündigt, dass Sie weiter mit den Kommunen reden und Pauschalen erhöhen wollen. Wenn ich die Zahlen im jetzigen Landeshaushalt sehe, die für die Zahlen von Flüchtlingen, die wir erwarten, auch schon zu niedrig angesetzt sind, habe ich einfach keine Hoffnung.

Das heißt, Sie verabschieden ein Gesetz auf Kosten der Kommunen. Eine staatliche Aufgabe wird in Bereiche der kommunalen Finanzierung verlagert.

Es werden deutlich höhere Kosten entstehen. Jetzt müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen: Brauchen wir eine Spitzabrechnung, wie sie die Kommunen fordern, oder nicht? Wir, die CDU-Fraktion, sind auch für eine Pauschale, aber wir sind für eine regelmäßige Überprüfung dieser Pauschale, für einen fairen Finanzierungskompromiss und in einem Teil der Pauschale auch für eine Spitzabrechnung, nämlich in Bezug auf die Gesundheitskosten. Wenn Sie in einem Landkreis oder in einem Stadtkreis schwere Krankheitsfälle haben, einen Dialysefall, eine Krebserkrankung, dann reicht die Pauschale vor Ort nicht aus. Setzen Sie sich entweder dafür ein, dass ein kommunaler Ausgleich stattfindet, oder gestalten Sie diesen Bereich gerechter, damit den Menschen vor Ort die Würde, von der Sie gesprochen haben, auch zuteilwerden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Außerdem glauben wir, dass die Kommunen sehr gut entscheiden können, welche Mischung aus Geld- und Sachleistungen sie vor Ort bevorzugen. Das Bundesgesetz macht eine klare Vorgabe im Bereich der Sachleistungen. Es gibt Kombinationsmodelle. Es gibt viele Möglichkeiten, um wirklich eine gute Versorgung zu erreichen. Schränken Sie hier die Handlungsfreiheit der Kommunen nicht ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Des Weiteren enthält der Koalitionsvertrag des Bundes gute Aussagen: Die Bearbeitungszeit für Asylverfahren soll auf drei Monate reduziert werden. Beim Bundesamt für Migration soll das Personal aufgestockt werden.

Ich glaube, dass wir auch im Land selbst etwas tun können, um die entsprechenden Verfahren zu beschleunigen. Wir müssen schauen, wie wir Landesliegenschaften aktivieren können. Denken Sie darüber nach, ob man nicht auch wieder die Bezirksstellen für Asyl einrichten kann, um schnelle Verfahren aus einer Hand zu gewährleisten.

Finanzieren Sie vor allem auch das, was Sie in dem Gesetz an integrativen Maßnahmen geplant haben. Finanzieren Sie die Deutschkurse für die Kommunen, und lassen Sie sie nicht mit einer kleinen Pauschale allein. Um das Integrationsziel zu erreichen, muss den Kommunen dies auch entsprechend ermöglicht werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir sind uns in vielen Zielen einig. Wir begrüßen die Anhebung von Standards, wenn die Finanzierung nicht auf jemand

anderen verschoben wird, wenn Sie bereit sind, auch die entsprechenden Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Handeln Sie gemeinsam mit den Kommunen. Spalten Sie hier nicht in einem wichtigen Politikfeld, das uns allen ein Herzensanliegen ist, sondern nehmen Sie die Bedenken, die vonseiten der kommunalen Landesverbände geäußert wurden, ernster. Gehen Sie noch einmal in Verhandlungen, damit diese staatliche Aufgabe nicht über kommunale Haushalte finanziert wird. Behandeln Sie die Kommunen fair.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, heute zur Novelle des Flüchtlingsaufnahmegesetzes sprechen zu können. Ich möchte auch im Namen meiner Fraktion allen haupt- und ehrenamtlich Tätigen, die sich im Bereich der Flüchtlingshilfe engagieren, für ihre Arbeit herzlich danken.

Wir erzielen mit diesem Gesetz einen deutlichen Fortschritt in dem Bemühen, die Arbeit dieser Menschen zu erleichtern und ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben in den vergangenen Jahren von der Bundesregierung wenig Hilfe erwarten können. Das Wenige, das kam, war von der EU verordnet oder vom Bundesverfassungsgericht erzwungen. Wir hoffen, dass sich dies perspektivisch ändert. Wir sind auch gespannt, was da an neuen Anregungen aus Berlin kommt.

Ich stelle auch fest, dass Sie an den sachlichen Inhalten, die wir im Gesetz verändern wollen, keine Kritik äußern. Das nehme ich auch wirklich zur Kenntnis.

Sie kritisieren insbesondere die Kostenverteilung, die wir im Gesetz vorsehen. Da gibt es – das muss ich Ihnen sagen – durchaus unterschiedliche Rückmeldungen aus den Kommunen. Wir kennen alle die Stellungnahme des Landkreistags. Wir kennen aber sehr wohl auch Landkreise, die sich eben dezidiert anders äußern und diese Auffassung zumindest für sich so nicht teilen.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Zum Beispiel? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Nennen Sie einmal einen Landkreis!)

– Das können wir nachher am Rande klären, Herr Zimmermann.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ross und Reiter!
– Abg. Dieter Hillebrand CDU: Das müssen Sie auch belegen können!)

Sie haben hier immer von der Spitzabrechnung gesprochen. Die hat es in dieser Form nie gegeben.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

(Daniel Andreas Lede Abal)

Sie haben gerade eben von den Bezirksstellen gesprochen und darauf verwiesen, in den Bezirksstellen könne eine Beschleunigung von Asylverfahren erreicht werden. Das halte ich für eine ziemlich mutige Behauptung. Für die Bezirksstellen wollen Sie Unterbringungsmöglichkeiten schaffen. Da geht es um die Kapazitäten, die in der Landeserstaufnahmeeinrichtung vorgehalten werden. Da sind wir dran und haben im Vergleich zu früher auch ausgebaut, weil dies notwendig war.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Aber Sie können den Personalnotstand, den es in der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Karlsruhe gibt, nicht dadurch wegretuschieren, dass Sie den Personalnotstand nachher auf vier Standorte für mögliche Bezirksstellen verteilen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das verstehen Sie falsch! Das ist etwas anderes! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Da beißt sich die Katze in den Schwanz.

(Zurufe von der CDU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Der Kollege Lede Abal hat das Wort.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Danke. – Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz bringt künftig mehr Humanität durch bessere Unterbringungsstandards, beispielsweise durch eine Erhöhung der Quadratmeterzahl je vorgehaltenem Unterbringungsplatz. Es bringt einen schnelleren Auszug der Flüchtlinge aus den Unterkünften, Klarstellungen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, eine vorrangige Unterbringung von besonders Schutzbedürftigen in geeigneten Wohnungen.

Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz bringt eine bessere Integration durch Sprachförderung, die erstmals im Gesetz festgeschrieben ist,

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ohne ausreichende Finanzierung!)

und durch den Abschied von der Essenskiste, weil wir den Kommunen den Umstieg auf Geldleistungen ans Herz legen und nur noch durch ein Bundesgesetz daran gehindert sind, das bisherige Verfahren ganz abzuschaffen.

Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz bringt auch eine deutliche Verbesserung bei der Flüchtlingssozialarbeit. Es bringt eine Klarstellung und Garantien bei der Flüchtlingssozialarbeit. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion verbessern wir die Standards in der Flüchtlingssozialarbeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir führen festgeschriebene Standards bei der Flüchtlingssozialarbeit ein und stärken die Unabhängigkeit der Sozialarbeit. Wir haben auch in der Landeserstaufnahmeeinrichtung Flüchtlingssozialarbeit geschaffen und mit Hilfe für Traumatisierte in der Landeserstaufnahmeeinrichtung und in den Landkreisen verbunden.

Wir nehmen auch die Bedenken, die es in den Kommunen gibt, auf. Wir überprüfen die Berechnungsgrundlage für die Erstattung der Unterbringungskosten. Wir werden auch die Intervalle für die Revision der Kostenerstattungspauschale vorziehen. Aber – das werden Sie auch zur Kenntnis nehmen müssen – Sie haben damals die sogenannte Spitzabrechnung, die im Detail eigentlich keine war, abgeschafft, eben auch, um ein sparsames und wirtschaftliches Haushalten der Kreise zu erreichen. Auch an diesem Ziel halten wir fest.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das wurde ja gar nicht bemängelt, oder? – Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Wir begrüßen das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz und bitten hier im Landtag um Ihre Unterstützung.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erlaube ich Frau Abg. Grünstein das Wort.

Abg. Rosa Grünstein SPD: Ich kann nur nicht gut gehen, aber gut reden kann ich.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das sehen wir dann!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In vielen Punkten kann ich meinen Vorrednern zustimmen. Wenn es möglich wäre, Herr Kollege Lasotta, würden wir natürlich gern sehr viel mehr Geld in die Hand nehmen und all das verwirklichen, was wir gemeinsam wollen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Anspruch und Wirklichkeit passen halt oft nicht zusammen!)

Die Situation der Flüchtlingsaufnahme in Deutschland hat sich seit 2004, als es die letzte Korrektur gab, erheblich geändert. Dies gilt natürlich auch für Baden-Württemberg. Die Zahl derer, die in ihrer Not zu uns kommen, hat sich drastisch erhöht, und dies stellt uns finanziell und in der praktischen Umsetzung vor große Probleme.

Aber es geht nicht nur um Zahlen, es geht um den humanitären Umgang mit Menschen, die unter dramatischen Umständen geflohen sind und es unter Einsatz ihres Lebens – vielleicht vielfach traumatisiert – bis hierher zu uns nach Baden-Württemberg geschafft haben.

Diesen Aspekten trägt die Novelle Rechnung – zugunsten von mehr Humanität und Integration für die betroffenen Menschen und mehr Flexibilität für die Stadt- und Landkreise.

Bisher war Baden-Württemberg bei den Wohn- und Schlafflächen, die Flüchtlingen zugebilligt wurden, das absolute unmenschliche Schlusslicht. Mit 4,5 m² pro Kopf hat die Vorgängerregierung einen Flächenstandard festgeschrieben, der nach dem Tierschutzrecht nicht einmal einem mittelgroßen Hund gerecht wird. Wir wollen spätestens 2016 endlich 7 m² pro Person haben – mindestens –, und dafür wurde es höchste Zeit. Selbst in Bayern ist das längst gang und gäbe.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Rosa Grünstein)

Mehr Humanität bedeutet aber auch, Flüchtlinge nach Möglichkeit in Wohnungen unterzubringen. Die Ministerin hat das ausführlich erklärt.

Leerstehende Hotels, ehemalige Kasernen und sogar kirchliche Einrichtungen sind derzeit als mögliche Unterkünfte im Gespräch. Das gibt den unteren Aufnahmebehörden mehr Möglichkeiten. Wenn wir die Integration fördern wollen, liegt es doch nahe, dass die Unterkünfte nicht am Ortsrand liegen, sondern möglichst zentral.

Auch die Möglichkeit, die deutsche Sprache zunächst auf einfacher Basis bereits während der Zeit einer vorläufigen Unterbringung zu erwerben, gehört dazu.

Wir wollen, dass sich Asylbewerber bei uns schnell integrieren, dass sie ihren Unterhalt selbstständig verdienen können – auch dazu hat die Ministerin ausführlich gesprochen – und nicht auf Kosten des Staates leben müssen, was sie ja meist auch gar nicht wollen.

Hier muss der Bund noch seinen Teil der Hausaufgaben machen, damit Flüchtlinge früher arbeiten können. Ich hoffe, dass eine neue Bundesregierung die Versäumnisse der letzten Bundesregierung endlich korrigiert.

(Beifall bei der SPD)

Dass höhere Flüchtlingszahlen auch höhere Kosten nach sich ziehen, ist leider eine Tatsache. Wir setzen eine Kostenpauschale für die Stadt- und Landkreise fest, die je nach ihrer Höhe und der Unterbringung der Personen vom Land erstattet werden wird.

Nicht nachvollziehbar ist die jüngste Kritik des Landkreistags. Ich möchte daran erinnern, dass die CDU-FDP/DVP-Landesregierung die Kommunen im Jahr 2004 mit einer bescheidenen Pauschale von 7 900 € je Person abgespeist und dann drei Jahre für die erste Revision gebraucht hat.

Nur mit Nachhilfe des Landesrechnungshofs wurde dieser Betrag dann im Jahr 2008 auf 10 000 € erhöht. Daran knüpfen wir an und heben die Kostenpauschale von derzeit 12 270 € bis 2016 stufenweise auf 13 700 € je untergebrachtem Asylbewerber an – einmalig und dynamisiert.

Das Land hat nicht nur freiwillig bereits die Pauschalen für die höheren Sozialleistungsausgaben der Kreise aufgestockt, sondern es kommt den Stadt- und Landkreisen auch mit einer Revisionsklausel entgegen. Die liegenschaftsbezogenen Kosten sollen erstmals 2014 überprüft werden, also sehr zeitnah, und je nach Ergebnis zeitnah angepasst werden. Darüber hinaus wird es im Jahr 2016 eine umfassende Überprüfung der Kostenpauschale geben.

Die Novelle soll die Lebensbedingungen und die Situation von Flüchtlingen und Asylbewerbern verbessern. Humanität hat Vorfahrt. Dieser Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung wird damit Rechnung getragen. Ich bitte um Ihre Unterstützung.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Glück das Wort.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Vieles wurde bereits gesagt. Soll ich das jetzt auch noch einmal ausführlich sagen?

(Zurufe: Nein!)

Das hätten Sie sich sparen können, wenn man die Abmachung eingehalten hätte, die zuvor die PGF getroffen hatten,

(Beifall des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP)

nämlich dass man nur eine ganz kurze Aussprache durchführt. Aber offensichtlich haben die Abmachungen, die man hier im Hause trifft, leider keinen großen Wert. Das sage ich jetzt wirklich ganz bewusst an alle meine drei Vorredner.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Herr Lede Abal, Sie haben vorhin die Bezirksstellen kritisiert mit der Begründung, man würde quasi nur die Not in die Fläche verteilen. Ich sage Ihnen: Die Landeserstaufnahmestelle ist ohnehin schon überlastet, und man verteilt jetzt die Not, aber verteilt sie ganz genau an die Landkreise und an die Kommunen. Das ist das große Problem, das ist der Casus knacksus in Ihrer Argumentation.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie haben nicht verstanden, was die Erstaufnahmestellen machen! – Gegenruf des Abg. Thomas Blenke CDU: Wir müssen es Ihnen mal erklären!)

– Das kann auch noch länger gehen. Ich kann auch die fünf Minuten ausnutzen, wenn Sie wollen. Ansonsten würde ich raten, zuzuhören.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ursprünglich wurden für dieses Jahr zwischen 6 000 und 9 000 Flüchtlinge erwartet. Vermutlich werden wir jetzt in diesem Jahr 14 000 Flüchtlinge in Baden-Württemberg aufnehmen. Dafür können selbstverständlich die Ministerin und das Ministerium nichts.

Aber ein Ministerium muss eben auch zeitnah auf Entwicklungen reagieren. Frau Ministerin, mit diesem Gesetz – das ist das zweite Mal, dass ich das heute sage – hinken Sie wieder hinterher. Dieses Thema zieht sich jetzt mittlerweile über die Arbeit des letzten Jahres hinweg. Wir haben immer wieder angemahnt und angemahnt: Wann kommt es denn? Jetzt kommt es eben sehr, sehr spät.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sehen es als Problem an, dass die erhöhte Pauschale erst ab 2016 bezahlt werden soll. Sie reicht auch nicht aus.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Stimmt gar nicht! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das wird doch jetzt erhöht!)

Das Nächste ist: Die kommunalen Landesverbände fühlen sich über den Tisch gezogen von der Regelung, wie sie jetzt da steht. Ich möchte hier wirklich konstruktiv vorgehen. Auch wir wollen jetzt nicht unbedingt wieder zu einer Spitzabrechnung zurückgehen. Aber vielleicht gibt es einen Kompromiss. Vielleicht kann man doch an der Pauschale noch etwas drehen, aber andererseits dann auch eine isolierte Abrechnung bei besonderen Härtefällen vornehmen. Ich denke im Sinne der konstruktiven Opposition, hier könnte man vielleicht ei-

(Andreas Glück)

ne stärkere Akzeptanz schaffen. Ich hoffe, dass der Gesetzentwurf noch nicht so in Stein gemeißelt ist, dass wir da gar keine Verbesserungsvorschläge mehr einbringen können.

Ganz putzig fand ich übrigens vorhin, Frau Ministerin, dass Sie sagten, dass jetzt auch privater Wohnraum, private Wohnungen angemietet werden können. Ich bin Gemeinderat in der Stadt Münsingen. Ich kann Ihnen sagen, das ist schon lange die gängige Praxis. Da rennt das Gesetz der Realität hinterher.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Aber Ihr Gesetz hat der Realität nicht standgehalten!)

– Aber Sie lassen ewig auf Ihr Gesetz warten, obwohl Sie es dauernd angekündigt haben.

Die Flüchtlingszahlen steigen. Die Unterbringungsstandards sollen auch erhöht werden. Ich möchte diese Unterbringungsstandards nicht kritisieren; verstehen Sie mich da bitte nicht falsch. Aber wenn Sie den politischen Willen haben, Unterbringungsstandards anzuheben, dann müssen Sie das auch finanzieren, und zwar vollumfänglich. Es kann sein, wenn Kommunen bereits jetzt infolge der steigenden Flüchtlingszahlen Flüchtlingsheime bauen, dass schon jetzt die 7 m² Berücksichtigung finden; diese werden aber erst ab dem Jahr 2016 bezahlt. Das darf nicht sein. Da sind diejenigen die Gelackmeierten, die jetzt mit gutem Beispiel vorangehen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir erklären Ihnen die Pauschale im Ausschuss!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte am Schluss noch sagen, weil wir gerade bei der Finanzierung sind: Insgesamt gilt: Daimler fahren wollen und nur Golf bezahlen wollen, das geht nicht, auch für die Kommunen nicht. Sie dürfen dieses Gesetz nicht auf dem Rücken der Kommunen machen.

Ich mache jetzt am Schluss noch eine Anmerkung in Richtung von Frau Grünstein.

(Abg. Rosa Grünstein SPD unterhält sich mit Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei und Abg. Claus Schmiedel SPD.)

– Frau Kollegin Grünstein, ich würde Sie gern direkt ansprechen, weil Sie vorhin die Finanzierung erwähnt haben.

(Abg. Rosa Grünstein SPD: Ich höre zu!)

Ich war der einzige integrationspolitische Sprecher, der in Bezug auf die Flüchtlingszahlen einen ganz konkreten Gegenfinanzierungsvorschlag eingebracht hat. Ich habe dafür sehr viele Prügel kassiert, und viele waren empört. Ich sage Ihnen: Sie alle haben zu den steigenden Flüchtlingszahlen und den steigenden Kosten geschwiegen. Das ist der Grund, warum ich empört bin.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Haben Sie einmal in den Nachtragshaushalt hineingeschaut? – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter, gestatten Sie zum Abschluss eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Lasotta?

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sehr gern, natürlich.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Lieber Kollege Glück, lieber Andreas, ich wollte nur fragen, ob du jetzt nicht doch froh bist, die fünf Minuten Redezeit gehabt zu haben, weil du gute Beiträge geleistet hast und damit die Debatte auch stark versachlicht hast.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Werter Kollege Lasotta – Kollege in doppelter Hinsicht –, ich hätte diese längere Aussprache nicht gebraucht. Ich glaube nach wie vor, dass wir das im Ausschuss mindestens genauso konstruktiv hinbekommen hätten wie sonst. Aber ganz offensichtlich haben mich die Redebeiträge meiner Vorredner beflügelt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit beendet.

Ich schlage vor, den Gesetzentwurf Drucksache 15/4352 zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Integration zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so beschlossen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Den Rest haben wir auch schon geschafft!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da wir die Punkte 7 bis 13 der Tagesordnung auch schon behandelt haben, bleibt mir jetzt nichts anderes mehr übrig, als die Sitzung zu schließen

(Oh-Rufe – Abg. Volker Schebesta CDU: Gibt es keinen Abgeordnetenbrief? – Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt schon?)

und mich für die interessanten Debattenbeiträge zu bedanken.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 11. Dezember 2013, um 9:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen, wünsche Ihnen noch einen vergnüglichen Abend und schließe die heutige Sitzung.

Schluss: 17:27 Uhr